

#prison-info

Das Magazin zum Straf- und Massnahmenvollzug 1/2025



Alternativen zur Haft

4

Akten in der Jugendhilfe
38

Psychische Gesundheit
40



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Bundesamt für Justiz BJ

Die Redaktion des #prison-info:
Nicola Gattlen, Kaspar Meuli,
Ronald Gramigna (Leitung)



Liebe Leserinnen und Leser,

wie gut erfüllt das Schweizer Justizsystem seinen Zweck? Oder: Werden unsere Gefängnisse eigentlich von den «richtigen Personen» bevölkert? Wie wir bei den Recherchen für diese Ausgaben von «#prison-info» festgestellt haben, landet man unweigerlich bei solchen Fragen, wenn man sich Gedanken über Alternativen zur Haft macht. Das tut beispielsweise André Kuhn, der im Interview auf Seite 23 sagt: «Es zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit unseres Strafrechts. Man will einer Person beibringen in Freiheit zu leben und sich den Normen zu fügen, indem man ihr die Freiheit entzieht. Das Gefängnis ist wahrscheinlich das einzige Instrument aus dem 16. Jahrhundert, das wir heute noch verwenden.» Und Julie De Dardel erklärt auf Seite 12: «Alternativen zum strafenden Ansatz können soziale, therapeutische, pädagogische oder sogar kulturelle Massnahmen sein. Die Entkriminalisierung ist keine Sache von Idealisten, sondern eine rationale Art, die Ressourcen des Staates so zu verteilen, dass das Zusammenleben bestmöglich gewährleistet wird – ohne Gewalt, ohne Risiken, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen.»

André Kuhn und Julie De Dardel sind nicht etwa staatszersetzende Aktivistinnen und Aktivisten, sondern renommierte Forschende sowie Professor beziehungsweise Professorin an einer Schweizer Universität. Die Diskussion über Alternativen im Strafvollzug wird also nicht mehr von philosophischen Ideen dominiert (Stichwort: Abolitionismus), sondern zunehmend von nüchternem Kosten-Nutzen-Denken. In dieser Diskussion steht immer mehr die Frage im Zentrum: Wie effizient ist der heutige Strafvollzug. Diese Überlegung war auch der Ausgangspunkt für höchst erfolgreiche Reformen in Finnland, wie ein weiterer Artikel in diesem «#prison-info» zeigt. Es ist deshalb gut möglich, dass in Zeiten leerer öffentlicher Kassen auch in der Schweiz mit Blick auf Strafrechtsreformen und Strafvollzug Gedanken zur Effizienz an Bedeutung gewinnen.

Online-Version:



In dieser Nummer von «#prison-info» mag es Texte zu lesen geben, die für unser Magazin teilweise ungewohnt kritisch sind – wir verstehen diese allerdings nicht als Fundamentalkritik am Strafvollzug, sondern als Diskussionsbeiträge und als einen anregenden Blick von aussen. In diesem Sinn wünschen wir Ihnen gute Lektüre.

Inhalt

Fokus: Alternativen zur Haft

Alternative Vollzugsformen wie das Electronic Monitoring oder die gemeinnützige Arbeit werden in Zeiten übervoller Justizvollzugsanstalten breit diskutiert. Doch ihrem verbreiteten Einsatz stehen zahlreiche Hürden im Weg.

- 4 Das Interesse an Alternativen wächst
- 9 «Ich geh immer wieder rein»
- 12 Alternativen zu Gefängnisstrafen
- 15 Ungleichheiten beim Zugang zu Alternativen
- 18 Grosse Hoffnungen, begrenzter Einsatz
- 21 Reformieren oder ganz abschaffen?
- 23 «Strafen trägt nicht zur Befriedung bei»
- 26 Von Finnland lernen
- 29 Fünf Fragen an Nathalie Dorn



Foto: Peter Schulthess, 2025

Neue Empfehlungen des Europarats

Der Schutz und die Förderung der psychischen Gesundheit von Häftlingen und Personen auf Bewährung gewährleisten nicht nur ihre menschliche Würde, sondern erleichtern auch ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Der Europarat fordert deshalb in seinen neuen Empfehlungen, dass Personen so bald als möglich nach der Aufnahme in die Anstalt die erforderliche Unterstützung erhalten.

- 30 Die kriminologisch-forensische Zusammenarbeit während des Vollzugs von Massnahmen
- 32 Bericht des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter
- 34 Ein innovatives Projekt
- 36 Rekordhohe Anzahl von Personen in Untersuchungs- und Sicherheitshaft
- 38 Von der Geschichte in die Zukunft
- 40 Die psychische Gesundheit fördern und schützen
- 43 Kurzinformationen
- 49 Veranstaltungen
- 50 Publikationen
- 51 Eine Mauer als Horizont



Foto: JVA Solothurn



Das Bild zeigt ein Beispiel gemeinnütziger Arbeit im Kanton Bern. Der Arbeitseinsatz findet im Rahmen eines Projekts der auf soziale Eingliederung spezialisierten Felber-Stiftung statt.

Foto Titelseite: Peter Schulthess, 2025

Das Interesse an Alternativen wächst

Gemeinnützige Arbeit, Electronic Monitoring und Halbgefangenschaft

Zahlreiche Schweizer Justizvollzugsanstalten sind überbelegt. Unter anderem aus diesem Grund werden alternative Vollzugsformen zurzeit breit diskutiert. Doch ihrem verbreiteten Einsatz stehen einige Hürden im Weg.

Kaspar Meuli

«Es wird nicht möglich sein, unendlich viele Gefängnisse zu bauen.»

Immer mehr Plätze für Straffällige schaffen ist keine Lösung. «Es wird nicht möglich sein, unendlich viele Gefängnisse zu bauen», erklärte jedenfalls Justizdirektor Vassilis Venizelos, als er der Presse im vergangenen Februar zwei Berichte zur Überbelegung der Waadtländer Gefängnisse vorstellte. Die Erfahrung zeige, dass neue Bauten dem Strafvollzug zwar etwas Luft verschafften, doch das Problem lösten sie nicht. Was also tun? Die Zeitung «Le Temps» berichtete, unter den Vorschlägen, die der Justizdirektor präsentierte, hätten sich «alle grossen Klassiker» befunden: die gemeinnützige Arbeit verstärken, Halbgefangenschaft anwenden und vermehrt elektronische Fussfesseln einsetzen.

Die Hoffnung, die kantonale Behörden in alternative Vollzugsformen setzen, ist zum Teil gross. Denn auch dort, wo man der Überbelegung mit neuen Gefängnissen Abhilfe schaffen möchte, ist dies schneller gesagt als getan. Das zeigte sich etwa beim Projekt Les Dardelles in Genf. Der Bau von 450 zusätzlichen Plätzen als Ergänzung zum chronisch überbelegten Gefängnis Champ-Dollon sollte rund 260 Millionen Franken kosten – und für den Betrieb wären zusätzlich Dutzende von Millionen Franken pro Jahr nötig gewesen. Der Genfer Grosse Rat lehnte das Projekt 2020 ab. Ausschlaggebend dafür waren nicht nur die Kosten in finanziell angespannten Zeiten, sondern auch der Verbrauch von Landwirtschaftsland und negative Folgen für die Biodiversität. Genau aus diesen Gründen hatte eine Bürgerinnen- und Bürgerbewegung mit dem Referendum gedroht – offenbar mit guten Chancen bei einer Volksabstimmung.

Kurze Gefängnisstrafen sind umstritten

Nicht nur im Fall eines kostspieligen Grossprojekts wie in Genf ist das Interesse der Öffentlichkeit am Strafvollzug gross. Kaum je machten Probleme wie Überbelegung so viele Schlagzeilen wie heute. Das

sorgt in der Politik für zusätzliches Interesse an Alternativen zum Strafvollzug. Kommt dazu, dass längst nicht nur Menschen hinter Gittern sind, vor denen es die Gesellschaft zu schützen gilt. Die Gefängnisse sind zu einem grossen Teil mit Inhaftierten belegt, die kurze Strafen verbüssen – nicht zuletzt Ersatzfreiheitsstrafen für nicht bezahlte Bussen (siehe Artikel Seite 9). Sinn und Zweck dieser Gefängnisaufenthalte sind umstritten: «Aus wissenschaftlicher wie empirischer Sicht können die kurzen unbedingten Freiheitsstrafen mit Fug kritisiert, ja gar als unnütz bis hin zu schädlich bezeichnet werden», schreibt etwa der Jurist und Vollzugsexperte Benjamin Brägger in einer Publikation der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie. «Der Schweizer Gesetzgeber hat sich – insbesondere aus Gründen der Abschreckung – für deren Beibehaltung entschieden.» Brägger spricht sich dafür aus, statt mit Freiheitsentzug vermehrt «nicht-kustodiale, das heisst nicht freiheitsentziehende Sanktionen» wie gemeinnützige Arbeit und Electronic Monitoring als Vollzugsformen anzuwenden.

An Argumenten für die sogenannten «besonderen Vollzugsformen» fehlt es also nicht. Doch ein Blick auf die Statistik des Sanktionenvollzugs des Bundesamts für Statistik (BFS) zeigt, dass deren Einsatz stagniert. Am stärksten verbreitet waren die «besonderen Vollzugsformen» im Verhältnis zum Normalvollzug im Jahr 2006, seither sind die Zahlen wieder etwas rückläufig. So oder so fallen sie ins Gewicht. Bezogen auf die ganze Schweiz entfällt rund ein Viertel aller Vollzüge auf gemeinnützige Arbeit. Zum künftigen Stellenwert dieser Vollzugsform sagt etwa Michael Bühl, Leiter der Abteilung Alternativer Strafvollzug bei Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe): «Mit Blick auf die angespannte Haftplatzsituation wollen wir die gemeinnützige Arbeit fördern und gehen auf Verurteilte, die dafür in Frage kommen, sehr proaktiv zu.»



Gemeinnützige Arbeit in der Stadt Zürich: Im Werkraum4 betreibt die Stiftung zsge im Auftrag des Kantons eine Sammelstelle und Recyclingwerkstatt für Elektroschrott. Foto: JuWe

Die drei besonderen Vollzugsformen

Wie das in Zürich konkret geschieht, später. Doch zuerst ein kleiner Überblick: Wer eine Freiheitsstrafe oder eine Ersatzfreiheitsstrafe (d. h. bei einer nicht bezahlten und auf dem Betreibungsweg uneinbringlichen Busse oder Geldstrafe) vollziehen muss, kann diese in einer von drei besonderen Vollzugsformen verbüssen: gemeinnützige Arbeit, Electronic Monitoring und Halbgefangenschaft. Voraussetzung für alle drei alternativen Vollzugsformen ist, dass weder die Gefahr einer Flucht noch einer erneuten Straftat besteht.

Bei der gemeinnützigen Arbeit arbeiten straffällig gewordene Personen ihre Strafe in der Freizeit ab. In sozialen Einrichtungen wie Spitälern, Altersheimen oder in Natur- und Umweltschutzorganisa-

Bei der gemeinnützigen Arbeit arbeiten straffällig gewordene Personen ihre Strafe in sozialen Einrichtungen ab. Zum Beispiel in der Küche des Vollzugszentrums Klosterfechten am Stadtrand von Basel.
Foto: Peter Schulthess, 2025



tionen. Auch beim Electronic Monitoring setzen Verurteilte ihre bisherige Arbeit oder Ausbildung fort. Ihre Ruhe- und Freizeit hingegen verbringen sie im elektronisch überwachten Hausarrest. In der Halbgefangenschaft schliesslich verbringen verurteilte Personen Ruhe- und Freizeit in einer Institution des Freiheitsentzugs.

Am weitesten verbreitet von diesen Alternativen ist laut den Angaben des BFS zum Sanktionenvollzug die gemeinnützige Arbeit. Electronic Monitoring wird rund siebenmal weniger häufig eingesetzt, und die Halbgefangenschaft, die noch bis in die 1990er Jahre häufig war, spielt mittlerweile nur noch eine untergeordnete Rolle. Interessant ist ein Kostenvergleich in der Publikation «Alternativen: Von der alternativen Sanktion zur Alternativen Kriminologie» (2023): Gemäss dieser Veröffentlichung ist Electronic Monitoring die kostengünstigste unter den alternativen Sanktionen. Sie ist allerdings nur unwesentlich günstiger als gemeinnützige Arbeit. Am teuersten sind Halbgefangenschaft und Normalvollzug.

Problematische Ersatzfreiheitsstrafen

Die Öffentlichkeit interessiert sich insbesondere für die Möglichkeiten des Electronic Monitoring. Und auch die Erwartungen von Politikerinnen und Politiker an diese Alternative sind gross. Noch bleibt der Einsatz der elektronischen Überwachung aber ziemlich eng begrenzt. Im Kanton Neuenburg etwa sind permanent zwischen fünf und acht elektronische Fussfesseln im Einsatz. Eine Auswertung des Jahres 2021 ergab, dass dadurch vier Gefängnisplätze ersetzt werden konnten. Und der Kanton Freiburg verfügt über acht Fussfesseln, die allerdings permanent im Einsatz sind – im Jahr 2024 bei insgesamt 25 Personen. Etwas anders präsentiert sich die Situation im Kanton Bern. Dort fehlt es nicht etwa an Geräten, sondern personellen Ressourcen. Eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Bewährungs- und Vollzugsdienste kann maximal zehn Klienten oder Klientinnen beaufsichtigen – für das Electronic Monitoring-Programm gibt es deshalb, obwohl permanent 25 bis 35 Fussfesseln in Betrieb sind, der hohen Nachfrage wegen eine Warteliste.

Die Situation der elektronischen Überwachung in der Schweiz könnte sich in naher Zukunft durch das neue «Swiss-Eagle» System verändern, das Anfang dieses Jahres eingeführt wurde (siehe Artikel auf S. 18).

Das Bundesamt für Justiz arbeitet zurzeit an einer vertieften Analyse zum Einsatz von Electronic Monitoring. Sie wird unter anderem die kantonalen Unterschiede beleuchten und den Gründen nachgehen, weshalb sich diese besondere Vollzugsform bis anhin nicht stärker durchgesetzt hat.

Bei der gemeinnützigen Arbeit als Alternative zum Vollzug stellen sich ähnliche Fragen. Eine grosse



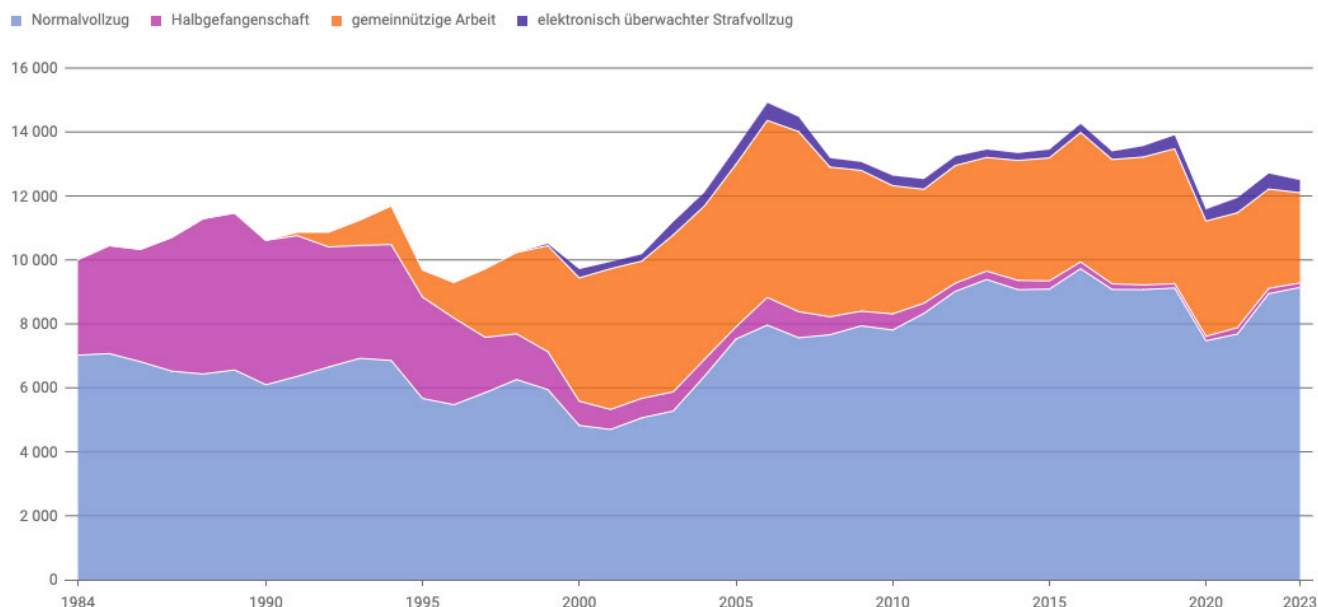
Das Vollzugszentrum Klosterfiechten ist das Kompetenzzentrum für den ausserorientierten Straf- und Massnahmenvollzug des Kantons Basel-Stadt. Hier kann unter anderem Halbgefangenschaft verbüsst werden.
Foto: Peter Schulthess, 2025

Hürde ist hier eine rechtliche Bestimmung: Ersatzfreiheitsstrafen, die unter anderem bei nicht bezahlten Bussen ausgesprochen werden, dürfen nicht in gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden. «Das ist einer der Hauptgründe, weshalb es nicht mehr

Verurteilte gibt, die ihre Strafe auf diese Weise verbüssen», sagt Stefan Weiss, Sekretär des Strafvollzugskonkordats Nordwest- und Innerschweiz. Er bedauert, dass Menschen im Gefängnis landen und aus ihrem gewohnten Leben gerissen werden, ob-

Vollzug von Sanktionen nach Vollzugsart

Vollzugsbeginn



Wie die Statistik des Bundesamts für Statistik (BFS) zeigt, stagniert der Einsatz von besonderen Vollzugsformen (Datenstand Oktober 2024). Grafik: BFS

01 Bezahlen Sie Ihre Strafe



Bringen Sie es hinter sich. Bezahlen Sie noch heute Ihre Strafe. Sie haben Zeit bis zum Datum, an dem Sie sonst ins Gefängnis müssen. Das Datum finden Sie auf der Vorladung. Es steht auf der 1. Seite unter «Strafantritt» (weisses Dokument). Der Einzahlungsschein ist am Ende der Vorladung.

Haben Sie eine Frage zu Ihrer Strafe? Hier können Sie anrufen: 043 258 36 59

02 Oder arbeiten Sie Ihre Strafe ab



Sie können die Strafe nicht zahlen? Dann können Sie für die Gemeinschaft arbeiten durch gemeinnützige Arbeit. Hier machen Sie Arbeiten wie zum Beispiel:

- In einem Atelier Dinge verpacken oder zuschneiden
- In einer Werkstatt Elektro-Geräte auseinandernehmen und sortieren
- In der Velo-Werkstatt Fahrräder flicken

Falls nötig, können Sie die Arbeit auch im Sitzen machen.

Im Kanton Zürich machen die Strafvollzugsbehörden mit einem Flyer in sechs Sprachen gut verständlich auf das Angebot aufmerksam, eine Busse oder Geldstrafe in gemeinnützige Arbeit umzuwandeln.

Grafik: JuWe

wohl es dazu Alternativen gäbe. «Das Erhalten der Selbständigkeit ist ein hohes Gut.»

Der Vollzugsexperte Benjamin Brägger äusserte sich kürzlich in einem Interview mit der Zeitung «Der Bund» zur Problematik der Ersatzfreiheitsstrafen und sagte: «Es bräuchte eine Sanktionsform, die kleine Delikte weder mit Bussen noch Freiheitsstrafen ahndet. Gemeinnützige Arbeit ist eine Form.» Und weshalb wird dieser erleichterte Vollzug nicht häufiger ausgesprochen? «Es fehlen die Institutionen, in denen sich die Arbeit verrichten liesse.»

Das sieht man in der Praxis zum Teil anders. «Wir verfügen im Kanton Bern über 300 Einsatzbetriebe und haben genügend Platz für alle GA-Leistenden», erklärt Marko Stanic von den Bewährungs- und Vollzugsdiensten des Kantons Bern. Geeignete Einsatzmöglichkeit würden gemeinsam mit den Verurteilten abgeklärt, und dank der Zusammenarbeit mit der auf soziale Eingliederung spezialisierten Felber-Stiftung gäbe es auch Einsatzplätze für suchtkranke oder psychisch beeinträchtigte Menschen, die in ihrer Leistung beeinträchtigt seien.

Niederschwelliges Angebot

Besonders dezidiert auf gemeinnützige Arbeit setzt der Kanton Zürich. «Wir können mit unserem niederschwelligen Angebot zeigen, dass diese Vollzugsform in den meisten Situationen funktioniert», erklärt Michael Bühl, Leiter der Abteilung Alternativer Strafvollzug bei Justizvollzug und Wiedereingliederung (JuWe). Die meisten Eingesetzten arbeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt, zum Beispiel in Küchen von Spitälern oder Pflegezentren. Für schwieriger zu vermittelnde Personen – dazu zählen auch Leute, die lediglich ein paar Stunden gemeinnützige Arbeit leisten müssen – arbeitet man auch in Zürich mit einer spezialisierten Stiftung zusammen. Diese betreibt unter anderem mitten in der Stadt Zürich den Werkraum4, eine Sammelstelle und Recyclingwerkstatt für Elektroschrott. Auch die sogenannte Bussenanlaufstelle wird von der Stiftung zsg betrieben.

Diese Beratungsstelle unterstützt auf möglichst unkomplizierte Art Menschen, die ihre Busse oder Geldstrafe in gemeinnützige Arbeit umwandeln möchten und hilft ihnen nicht zuletzt beim Schreiben des nötigen Gesuchs. Der Flyer von JuWe, der auf das Angebot aufmerksam macht, existiert in sechs Sprachen, und er spricht Klartext: «Sie haben Ihre Strafe im Kanton Zürich nicht bezahlt. Darum müssen Sie ins Gefängnis. Wenn Sie nicht ins Gefängnis wollen, haben Sie zwei Optionen: 1. Bezahlen Sie Ihre Strafe. 2. Arbeiten Sie Ihre Strafe ab.» Um dieses Beratungsangebot bekanntzumachen, geht der Kanton proaktiv vor: «Wir suchen den Kontakt zu allen Personen, bei denen die Zahlungsaufforderung und das Betreibungsverfahren gescheitert sind und schreiben ihnen einen Brief», erzählt Michael Bühl. Die direkte Ansprache zeigt Erfolg: Die meisten Angeschriebenen zahlen ihre Busse, manche entscheiden sich für gemeinnützige Arbeit, und einige landen trotz allem im Gefängnis. Übrigens: die Abbruchquote bei gemeinnütziger Arbeit liegt im Kanton Zürich bei gerade mal 20 Prozent.

Möglich ist dieses Vorgehen nur, weil die Behörden, die als Inkassostelle für das Eintreiben von Bussen verantwortlich sind, diese nicht automatisch in Ersatzfreiheitsstrafen umwandeln, wenn sie nicht bezahlt werden. «Der Kanton Zürich hat seine Rechtsauffassung in Bezug auf uneinbringliche Bussen und Geldstrafen geändert», so Michael Bühl. Mit anderen Worten: Bevor Leute wegen Bagatelldelikten wie Schwarzfahren hinter Gitter landen, werden sie auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, gemeinnützige Arbeit zu leisten. Das entlastet nicht nur die Gefängnisse, sondern ergibt auch gesellschaftlich Sinn. Michael Bühl jedenfalls sieht gemeinnützige Arbeit als «Wiedergutmachung, von der die Gesellschaft profitiert».

«Ich geh immer wieder rein»

Diskussionen über die Entkriminalisierung des Schwarzfahrens

Tausende Personen sitzen jährlich eine Kurzstrafe wegen Schwarzfahrens ab. Betroffen sind fast ausschliesslich Randständige. Sie belasten mit solchen Bagatelldelikten die Gefängnisse zusätzlich. In Deutschland haben deshalb erste Städte begonnen, das Fahren ohne Fahrschein zu entkriminalisieren – ein Stadtrat möchte dies auch in der Stadt Bern.

Reto Liniger



Zeichnung: Patrick Tondeux

Die Heiliggeistkirche auf dem Berner Bahnhofplatz ist zu einem Treffpunkt für Randständige geworden. Auch Daniel Stettler (48) sitzt an diesem Dienstag-nachmittag auf den Bänken rund um die Kirche. Er raucht, seine Hände sind gelblich und seine Stimme rau. Er trägt eine löcherige Winterjacke und spricht in breitem Berndeutsch. Stettler – der seinen richtigen Namen in der Zeitschrift nicht lesen möchte – hat eine lange Drogenkarriere hinter sich.

Nur ein paar Schritte von der Kirche entfernt, verkehren die Busse und Trams der städtischen Verkehrsbetriebe Bernmobil. Stettler nutzt jeden Tag mehrmals das Tram der Linie 3 an den Eigerplatz, dort bezieht er sein Heroin in der nahegelegenen Abgabestelle. Und nicht selten wird er im Tram ohne

gültige Fahrkarte erwischt. Unter anderem darum hat er schon mehrere sogenannte Ersatzfreiheitsstrafen abgesessen. Solche Kurzstrafen werden dann verhängt, wenn jemand eine Busse für kleinere Vergehen – wie eben das Fahren ohne gültiges Ticket – trotz mehrmaligen Mahnungen nicht bezahlt.

Ersatzfreiheitsstrafen belasten die Gefängnisse

Und dies geschieht oft in der Schweiz: 53 Prozent aller Gefängniseinweisungen im Jahr 2023 waren Ersatzfreiheitsstrafen. Rund 4400 Ersatzfreiheitsstrafen werden jährlich allein im Kanton Bern vollzogen. Die Strafen dauern meist nur wenige Tage – hundert Franken Busse entsprechen einem Tag Gefängnis. «Bei den meisten Personen, die eine Er-

«Das Fahren ohne Ticket ist das häufigste Delikt; an zweiter Stelle folgen Delikte gegen das Strassenverkehrs-gesetz, an dritter Stelle Drogendelikte.»

«In Deutschland wird u. a. folgender Ansatz diskutiert: Schwarzfahren soll nicht unter das Strafrecht fallen, sondern unter das Zivilrecht.»

satzfreiheitsstrafe verbüssen, ist das Fahren ohne Ticket nur eines von mehreren Delikten», sagt Olivier Aebischer vom Berner Amt für Justizvollzug. «Klar ist aber: Das Fahren ohne Ticket ist das häufigste Delikt; an zweiter Stelle folgen Delikte gegen das Strassenverkehrsgesetz, an dritter Stelle Drogendelikte.»

Unweigerlich entsteht der Eindruck, dass hier mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird. Ins Gefängnis wegen Schwarzfahrens wandern fast ausschliesslich Menschen wie Daniel Stettler – Randständige und solche in prekären Lebensverhältnissen. Diese belasten dann die bereits übervollen Gefängnisse und die Staatsanwaltschaften zusätzlich. «Hinter Gitter wegen Bagatelldelikten» oder «Armutsbestrafung» – Schweizer Medienhäuser haben das Thema längst auf der Agenda. In Deutschland ist die Thematik gar Gegenstand einer landesweiten politischen Debatte. In einem offenen Brief an den deutschen Justizminister fordern Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler die vollständige Entkriminalisierung des Fahrens ohne gültiges Ticket. Sie argumentieren unter anderem, dass das «Erschleichen von Leistung», wie das Schwarzfahren in Deutschland heisst, ein klassisches Armutsdelikt sei.

Menschen aus prekären Verhältnissen

Wer im Strassenverkehr zu einer Geldstrafe verurteilt wird, kann diese meist irgendwie bezahlen und muss daher keine Strafe absitzen. Wer aber wegen Schwarzfahrens verurteilt wurde, tilgt in den meisten Fällen die Geldstrafe mit einer Ersatzfreiheitsstrafe – weil ihm oder ihr keine andere Möglichkeit bleibt.

Wer eine Ersatzfreiheitsstrafe absitze, sei nicht von krimineller Energie getrieben, sondern von faktischen Zwängen, schreibt die Kriminologin Nicole Bögelein von der Universität Köln. «In meiner Forschung in Gefängnissen spreche ich mit diesen Menschen und sehe, dass es sich hier um Menschen in äusserst prekären Lebensbedingungen handelt, die suchtbelastet sind und denen es nicht mehr gelingt, sich um Verwaltungsdinge zu kümmern.» Die angedrohte Gefängnisstrafe entfaltet folglich auch keine abschreckende Wirkung. Dies bestätigt Daniel Stettler – er habe sicherlich schon 20 Ersatzfreiheitsstrafen abgesessen. «Ich geh einfach immer wieder rein», sagt er. In dieses Bild passt auch Marcel Brugger, der in der SRF-Sendung 10vor10 im November 2024 portraitiert wurde. Über 50 solcher Kurzstrafen habe er abgesessen. Und ein Ende sei nicht in Sicht.

In ihrer kriminologischen Forschung beschreibt Nicole Bögelein die Betroffenen als: arm, abgehängt, erkrankt. In einer Studie aus dem Jahre 2019 hat sie den sozialen und psychischen Zustand der Betroffenen umrissen: Neun von zehn sind entweder ledig oder geschieden und haben damit meist niemanden, der ihnen helfen könnte, die Geldstrafe zu be-

zahlen. 76 Prozent sind arbeitslos, 30 Prozent haben eine Suchterkrankung und 25 Prozent durchliefen eine psychiatrische Behandlung. Ein Fazit der Studie: Diese Menschen sind nicht zahlungsunwillig, sondern zahlungsunfähig.

Neben diesen Überlegungen werden auch die hohen Kosten als Argument für die Entkriminalisierung angeführt: Bögelein hat errechnet, wie viel es den deutschen Staat kostet, den Straftatbestand des «Fahrens ohne Fahrschein» zu verfolgen. Fazit: «114 Millionen Euro wendet der deutsche Staat jedes Jahr auf, um das Fahren ohne Fahrschein zu verfolgen, zu verurteilen und die Urteile zu vollstrecken.» In der Schweiz kostet die Strafe den Steuerzahlenden pro Insasse rund 300 Franken pro Tag – die Verwaltungskosten bis zum Haftantritt sind nicht mitgerechnet. Dies ergibt hochgerechnet jährlich einen zweistelligen Millionenbetrag.

Nationale Lösung gefordert

Deutsche Städte wie Köln oder Düsseldorf haben deshalb begonnen, das Fahren ohne Ticket zu entkriminalisieren – der Jurist und Berner GFL-Stadtrat Michael Burkard möchte dies auch für die Stadt Bern. Mit seinem Vorstoss «Stopp der Kriminalisierung von Armutsbetroffenen durch Bernmobil» will er erreichen, dass mittellose Personen ohne gültiges Billett nicht mehr angezeigt werden. Dies seien äusserst aufwändige Verfahren, die schlussendlich nur die vollen Gefängnisse und die Staatsanwaltschaften zusätzlich belasteten, sagt Burkard. «Die Verfahren kosten nur und der strafrechtliche Unrechtsgehalt ist gering – Armut darf nicht zusätzlich bestraft werden.» Der städtische Verkehrsbetrieb Bernmobil lehnt den Vorschlag nicht kategorisch ab. «Bei armutsbetroffenen Personen können wir uns eine Entkriminalisierung vorstellen», sagt Bernmobil auf Anfrage. Es dürfe aber nicht zu Einzellösungen von Städten oder Transportunternehmen kommen, es müsse eine nationale Lösung gefunden werden.

In Deutschland wird unter anderem folgender Ansatz diskutiert: Schwarzfahren soll nicht unter das Strafrecht fallen, sondern unter das Zivilrecht. Es würden also keine Gefängnisstrafen mehr anfallen. Die Verkehrsbetriebe müssten wie alle Privatunternehmen das Geld selbst eintreiben – wie in jedem zivilrechtlichen Prozess.

Daniel Stettler würde begrüssen, wenn er keine Kurzstrafen mehr absitzen müsste. Wie wäre es, gemeinnützige Arbeit zu leisten, um Schulden abzuarbeiten? «Ich glaub, ich könnte das nicht. Ich habe Mühe zu arbeiten und Termine einzuhalten», sagt Stettler und verabschiedet sich, um am nahegelegenen Eigerplatz sein Heroin zu beziehen. Leider brauche er dies und werde wohl nie ohne leben können, sagt er und verschwindet im Tram der Linie 3.



Das Fahren ohne Ticket endet bei Randständigen oft im Gefängnis. Bernmobil kann sich «bei armutsbetroffenen Personen eine Entkriminalisierung vorstellen». Es müsse aber eine nationale Lösung gefunden werden. Foto: Wikimedia Commons

Alternativen zu Gefängnisstrafen

Es sollten keine Menschen eingesperrt werden, die nichts im Gefängnis zu suchen haben

Julie de Dardel, Professorin an der Universität Genf, ist Expertin für nicht-gefängnisorientierte oder gar nicht-bestrafende Ansätze in der Justiz. Sie argumentiert, die Lösung für die Überbelegung sollte nicht im Bau von neuen Gefängnissen liegen. Vielmehr gelte es, einen Abbau einzuleiten, der mit einer neuen Denkweise einhergehen müsse.

Patricia Meylan

#prison-info: Einige Gefängnisse in der Westschweiz sind überfüllt, vor allem in den Kantonen Waadt und Genf. Welche strafrechtlichen Alternativen gibt es zur Inhaftierung?

Julie de Dardel: Die kritische Auseinandersetzung mit der Strafjustiz kennt verschiedene Strömungen. Am radikalsten ist der abolitionistische Ansatz, der eine vollständige Neugestaltung des Rechtswesens fordert, einschliesslich der Abschaffung von Gefängnissen und aller strafrechtlichen Sanktionen. Für Abolitionisten können und müssen Problemsituationen und Gewalt auf andere Weise als durch Bestrafung bewältigt werden. Der reduktionistische Ansatz ist nuanciert. Er wird insbesondere in den nordischen Ländern seit langem praktiziert. Er bedeutet, die Justiz so umzugestalten, dass möglichst wenig auf Strafen und Gefängnisse zurückgegriffen wird.

Die Alternativen zum Freiheitsentzug, an die man sofort denkt, sind die elektronische Fussfessel und die gemeinnützige Arbeit. Es geht nicht darum, diese Massnahmen zu diskreditieren, aber man muss das System grundlegend überdenken, einen globalen Ansatz verfolgen, der weniger auf Bestrafung abzielt, und die Mittel bereitstellen, um darauf hinzuarbeiten, dass tatsächlich weniger auf Haftstrafen zurückgegriffen wird.

Welche Alternativen zu Gefängnisstrafen halten Sie für vorrangig?

In der Praxis könnten Alternativen zum Freiheitsentzug bereits im Rahmen des bestehenden Strafrechts oder durch kleine Gesetzesänderungen umgesetzt werden. Meiner Meinung nach ist es in der Schweiz am dringendsten, die Umwandlung von



Zur Person

Julie de Dardel ist Professorin für Kultur- und Politische Geographie an der Universität Genf. Ihre Forschungsgebiete sind einerseits die Geographie der Gefängnisse und der Strafpolitik sowie andererseits die Geschlechtergleichheit und die Mobilisierung von Frauen. Derzeit leitet sie ein Forschungsprogramm mit Sitz in Genf, das vom Schweizerischen Nationalfonds finanziert wird und den Titel «Décroissance carcérale: Géo-ethnographie du réductionnisme carcéral et des alternatives non pénales» trägt.



Bussen und Geldstrafen in unbedingte Gefängnisstrafen zu unterbinden. Derzeit erklären sich 53 Prozent der Inhaftierungen im Strafvollzug durch diese Umwandlungen unbezahlter Beträge. Wir sprechen hier von gefährdeten Bevölkerungsgruppen, die geringfügige Straftaten begehen – wie das Fahren im öffentlichen Verkehr ohne gültigen Fahrausweis, Drogenkonsum oder Betteln. Diese Menschen kommen ins Gefängnis, weil sie finanziell nicht in der Lage sind zu zahlen, während zahlungsfähige Personen betrieben werden. Dies ist ein Mechanismus zur Kriminalisierung von Armut. Die Rückkehr des «Schuldgefangnisses» verletzt das Gerechtigkeitsempfinden und verursacht zudem massive Kosten für die Steuerzahler, ohne dass eine Wirksamkeit in Bezug auf Prävention und Rückfallrate nachgewiesen werden kann.

Wie kann man bestimmte Verhaltensweisen entkriminalisieren und gleichzeitig die Sicherheit der Gesellschaft gewährleisten?

Es ist nicht einfach, die intuitive Vorstellung in Frage zu stellen, mehr Strafverfolgung erhöhe die Sicherheit. Doch Studien zeigen, dass eine repressive Reaktion oft ineffektiv ist, um gesellschaftliche Gewalt

oder problematische Situationen zu verringern. Eine ganze Reihe von Handlungen liesse sich entkriminalisiert, und der Staat könnte ihnen wirksam auf andere, nicht bestrafende Weise entgegenzutreten.

Dies gilt zum Beispiel für den Umgang mit Straftaten, die von Minderjährigen begangen werden. Es ist bekannt, dass der strafrechtliche Ansatz für problematisches Verhalten bei Jugendlichen so ziemlich der sicherste Weg ist, um sie zu marginalisierten und zu rückfälligen Erwachsenen zu machen.

Alternativen zum strafenden Ansatz können soziale, therapeutische, pädagogische oder sogar kulturelle Massnahmen sein. Die Entkriminalisierung ist keine Sache von Idealisten, sondern eine rationale Art, die Ressourcen des Staates so zu verteilen, dass das Zusammenleben bestmöglich gewährleistet wird – ohne Gewalt, ohne Risiken, insbesondere für vulnerable Bevölkerungsgruppen.

Hat die Schweiz Erfahrung mit solchen neuen Ansätzen?

Ja, sie war sogar ein weltweit anerkanntes Modell für diese Art von veränderten Ansätzen. Die Umgestaltung der Drogenpolitik in der Schweiz Ende der 1990er-Jahre war ein grosser Erfolg – ein

Statistisch gesehen machen in der Schweiz schwere Straftaten weniger als 10 Prozent der Verurteilungen zu Gefängnisstrafen aus. Im Bild das Zentralgefängnis Lenzburg.
Foto: Peter Schulthess, 2019

Pionierbeispiel. Die Vier-Säulen-Politik behielt die Strafverfolgung des Drogenhandels bei, entkriminalisierte aber weitgehend den Konsum, während sie Prävention, Therapie und Schadensminderung mit echten Mitteln ausstattete. Anstatt Drogenabhängige als Kriminelle zu betrachten, wurden sie als Kranke behandelt, die Hilfe benötigten. Die Schweiz hat es einer beträchtlichen Anzahl von Abhängigen ermöglicht, den Weg in die Würde und in die medizinische Versorgung zu finden. Gleichzeitig sind die drogenbedingten Straftaten stark zurückgegangen, und offene Drogenszenen sind nahezu verschwunden.

Ausserdem sei daran erinnert, dass die repressive Herangehensweise an die Drogenproblematik seit Jahrzehnten international gescheitert ist. Egal wie viel Geld in den Krieg gegen Drogen gesteckt wird, es gelingt kaum, den illegalen Markt zu stören, da er immer wieder neue Wege findet, sich anzupassen. Nur durch die Legalisierung von Drogen liesse sich die Macht des organisierten Verbrechens schwächen und den schädlichen Auswirkungen bestimmter Substanzen entgegenwirken. Das zeigt etwa die ausgezeichnete Arbeit der Globalen Kommission für Drogenpolitik, der auch die ehemalige Bundesrätin Ruth Dreifuss angehört. Die Legalisierung würde sich auch auf die Überfüllung der Gefängnisse in der Schweiz auswirken, da das Betäubungsmittelgesetz nach wie vor einer der Hauptgründe für Inhaftierungen ist.

Würde nicht die Sicherheit der Bevölkerung beeinträchtigt, wenn weniger Straftäter inhaftiert würden?

Es ist sogar wahrscheinlich, dass die Sicherheit gestärkt würde, wenn die Mittel auf rationale Weise für politische Massnahmen – Prävention, Ausbildung, Gestaltung des öffentlichen Raums – umverteilt würden, deren positive Auswirkungen auf die Sicherheit der Bevölkerung gut dokumentiert sind. Das Silodenken sollte ganzheitlichen und integrierten Überlegungen weichen, um die Massnahmen der öffentlichen Hand in verschiedenen Bereichen besser zu koordinieren.

Haben Personen, die sexuelle Gewalt oder Mord begehen, ebenfalls Anspruch auf eine Entkriminalisierung ihres Verhaltens?

Statistisch gesehen machen schwere Straftaten – begangen von Personen, die zu mehr als drei Jahren Haft verurteilt wurden – weniger als 10 Prozent der Verurteilungen zu Gefängnisstrafen in der Schweiz aus. Ein Abbau der Gefängnisstrukturen könnte bereits eingeleitet werden, würde man sich auf die übrigen Insassen konzentrieren,

den Grossteil der Inhaftierte, die kurze Strafen verbüssen oder weniger schwerer Straftaten verdächtigt werden.

Sie würden es begrüssen, wenn die Umwandlung von Geldstrafen in Freiheitsstrafen abgeschafft würde. Welche anderen Änderungen schlagen Sie vor?

Es liesse sich ein grosser Teil der Untersuchungshaft vermeiden. Erinnern wir daran, dass die Schweiz eine Rekordquote in Europa aufweist: 46 Prozent aller Inhaftierten sind Personen, die auf ein Gerichtsverfahren warten. Das ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass das Fluchtrisiko von Ausländern überschätzt wird, selbst wenn sie nur geringfügiger Straftaten verdächtigt werden. Die Untersuchungshaft muss immer die ultima ratio sein, nicht die Regel.

In Genf beispielsweise werden mehr als 80 Prozent der Personen, die Untersuchungshaft verbüssen, letztendlich nicht zu einer Gefängnisstrafe ohne Bewährung verurteilt. Das zeigt in den meisten Fällen, dass die Taten, die zu dieser Untersuchungshaft geführt haben, wenig schwerwiegend sind. Ausserdem gibt es keine Statistiken über Einstellungen und Freisprüche nach Untersuchungshaft, aber sie existieren, und sie sind ein weiterer Grund, diese Massnahme sehr zurückhaltend einzusetzen.

Darüber hinaus sind die Statistiken im Bereich des Straf- und Strafvollzugs in der Schweiz sehr lückenhaft, obwohl nur eine Politik, die auf Daten basiert, gute Ergebnisse erzielen kann. Daher sind die aktuellen Budgetkürzungen beim Bundesamt für Statistik ein sehr beunruhigendes Signal – das Gegenteil sollte getan werden. Anstatt die Budgets für den Bau von Gefängnissen aufzublähen, insbesondere in Genf und in der Waadt, die viel mehr inhaftieren als andere Kantone, sollten die politischen Entscheidungsträger Mittel für die Erhebung von Daten und die wissenschaftliche Bewertung der öffentlichen Massnahmen bereitstellen.

Ist die Schweizer Bevölkerung bereit, eine Politik der Entkriminalisierung zu unterstützen?

Das Thema Strafvollzug ist eines der Stiefkinder der öffentlichen Debatte in der Schweiz, die oft durch einen gewissen Strafrechtspopulismus behindert wird. Doch er kann an Grenzen stossen, da die Bevölkerung nicht bereit ist, endlos in extrem teure Politiken zu investieren, die über eine reine Sicherheitsrhetorik hinaus keinen wirklichen Nutzen bringen. Der Bau neuer, oftmals überdimensionierter Gefängnisse könnte aufgrund der Kostenfrage gestoppt werden.

Ungleichheiten beim Zugang zu Alternativen

Warum nicht alle Verurteilten in den Genuss von besonderen Vollzugsformen kommen

Die ausländische und/oder marginalisierte Bevölkerung der Schweiz profitiert aus rechtlichen, politischen und gesellschaftlichen Gründen weniger von Haftalternativen. Aber kann man wirklich von «profitieren» sprechen?

Patricia Michaud

Die Zahlen sprechen für sich: Von den Personen, die in unserem Land gemeinnützige Arbeit leisten, sind nur vier von zehn ausländischer Nationalität. In den Schweizer Gefängnissen ist das Verhältnis vollkommen anders: Nur ein Fünftel der Insassinnen und Insassen hat die Schweizer Staatsbürgerschaft. Luca Gnaedinger, Doktorand am Geografischen Institut der Universität Neuenburg, bezeichnet diesen eingeschränkten Zugang eines Teils der ausländischen Bevölkerung zu Haftalternativen als «indirekte Diskriminierung».

In seiner Dissertation befasst sich Gnaedinger mit dem Stellenwert der (administrativen und strafrechtlichen) Inhaftierung im Rahmen politischer Konzepte zur Kontrolle der sogenannten «unerwünschten» Einwanderung. Die von ihm erhobenen Zahlen bestätigen diese Kritik. Während 1984 mehr als 70 Prozent der Inhaftierten in unseren Gefängnissen schweizerischer Nationalität waren, und der Ausländeranteil etwa 30 Prozent betrug, ist das Verhältnis heute genau umgekehrt: Im Zeitraum 2015–2017 handelte es sich bei 65 Prozent der zu einem Freiheitsentzug verurteilten Personen um Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung, 21 Prozent hatten die Schweizer Staatsbürgerschaft und 14 Prozent waren Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsgenehmigung (Quelle: BFS). Nicht gleich deutlich zeigt sich diese Entwicklung allerdings bei den ausländischen verurteilten Personen, die in den Genuss alternativer Massnahmen kommen. Im gleichen Zeitraum 2015–2017 betrafen die Verurteilungen zu gemeinnütziger Arbeit zu 60 Prozent Schweizerinnen und Schweizer, zu 32 Prozent ausländische Personen mit einer Aufenthaltsbewilligung und nur zu 8 Prozent ausländische Personen ohne Aufenthaltsgenehmigung. Gemäss den jüngsten vom BFS veröffentlichten Zahlen traten 2023 rund 399 Personen den Vollzug mit elektroni-



Für die elektronische Überwachung kommen nur Gefangene in Frage, die einer geregelten Beschäftigung nachgehen oder einen festen Wohnsitz haben. Das Bild zeigt eine elektronische Fussfessel und das Kontrollgerät, das beim Klienten zuhause installiert wird.

Foto: Peter Schulthess, 2025

scher Überwachung an. Davon waren 242 Personen schweizerischer Nationalität, 157 Personen waren Ausländerinnen oder Ausländer mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus.

Auch die Groupe Infoprison, eine zivile Plattform, die sich mit strafrechtlichen Sanktionen und dem Strafvollzug befasst, hat in den letzten Jahren die vielversprechende Bilanz der Alternativen zum Strafvollzug immer wieder relativiert und in ihrem Newsletter sowohl die gemeinnützige Arbeit als auch die elektronische Überwachung kritisiert. Während Erstere sich manchmal als «gesellschaftlich diskriminierend» herausstelle, könne letztere «Ungleichheiten fördern und aufdecken».

Strafe durch Selbstbestrafung

Selbst wenn man von den potenziell diskriminierenden Aspekten absieht, sind Haftalternativen nicht unumstritten. Einige Stimmen kritisieren, dass solche Massnahmen den Einfluss des Strafsystems eher ausbauen als reduzieren. Diese Kritik bezieht sich auf das Konzept des «net-widening» («Netzwerkeite-

«Selbst wenn man von den potenziell diskriminierenden Aspekten absieht, sind Haftalternativen nicht unumstritten.»

rung»), das in den 1970er-Jahren von Stanley Cohen eingeführt wurde. Der amerikanische Soziologe vertrat die Ansicht, dass alternative Massnahmen zur Inhaftierung die soziale und gerichtliche Kontrolle über das Individuum erhöhen. In diesem Sinne äusserte sich 2018 auch Annie Devos, die oberste Leiterin der «Maisons de Justice» in Belgien, eine staatliche Institution, die unter anderem Rechtsberatung bietet: «Wir erleben, dass sich das Gefängnis innerhalb der Gemeinschaft ausbreitet; man verlangt vom Rechtsunterworfenen, seine Strafe selbst zu verwalten; die Selbstbestrafung wird zum Prinzip der Besserung.» (Zitat Groupe Infoprison)

Auch der französische Philosoph Michel Foucault warnte in den 1970er-Jahren davor, dass die Ausweitung der Gefängnisfunktionen den Freiheitsentzug nicht ersetzen würde. Stattdessen dehne man die Gefängnismauern auf die gesamte Gesellschaft aus.

Einwanderungskontrolle?

Was Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit betrifft, so schränken mehrere vom Strafgesetzbuch vorgegebene Bedingungen den Zugang zu gemeinnütziger Arbeit und elektronischer Überwachung für manche von ihnen stark ein. Sowohl Artikel 79a (Gemeinnützige Arbeit) als auch Artikel 79b (Elektronische Überwachung) schliessen solche Massnahmen bei Fluchtgefahr aus, was sie für Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltsbewilligung schwer zugänglich macht. Im Falle der elektronischen Fussfessel kommen zwei weitere Hürden hinzu: Die betroffene Person muss einen festen Wohnsitz haben und einer geregelten Beschäftigung von mindestens 20 Stunden pro Woche nachgehen, was den Kreis der Personen, die von dieser Möglichkeit profitieren können, weiter einschränkt.

In seiner Dissertation formuliert Luca Gnaedinger die Hypothese, dass die Steuerung der Zuwanderung zu einer der Hauptfunktionen der Schweizer Gefängnisse geworden sei. Zudem tendiere die Kontrolllogik des Strafvollzugs dazu, sich in die Kontrolle der Einwanderung auszuweiten. Ähnlich äusserte sich der Generalstaatsanwalt des Kantons Neuenburg, Pierre Aubert, bei einer Diskussion auf Radio RTS im Jahr 2024. Auf die Frage der Moderatorin, ob das Gefängnis eine Möglichkeit sei, die Migration in unserem Land zu steuern, antwortete er: «Es ist bedauerlich, das sagen zu müssen, aber natürlich ist dem so.» Der Vorteil des Gefängnisses gegenüber den Haftalternativen, so Aubert, bestehe darin, dass sich die beschuldigte Person an der Vollstreckung einer Strafe nicht selbst beteiligen müsse.

Gleicher Kanton, andere Einschätzung. Laut der Leiterin des Neuenburger Justizvollzugs Natalia Delgrande ist der Ausländeranteil unter den

Inhaftierten in der Schweiz zwar vergleichsweise sehr hoch, zumal der europäische Medianwert bei 16 Prozent liegt. Doch, so Delgrande, «man kann nicht von einer Kriminalisierung der Migration sprechen.» Tatsächlich sei der Anteil der nicht verurteilten Ausländer im Vergleich zu den ausländischen Personen, die eine Strafe verbüssen und sich in Haft befinden, nahezu 50 zu 50. «Wenn die Hypothese der Einwanderungskontrolle zuträfe, läge der Anteil der verurteilten Ausländerinnen und Ausländer viel höher.»

Nicht durch die Maschen fallen

Zwar sind die verurteilten Personen schweizerischer Nationalität unter den Nutzniesserinnen und Nutzniessern von Haftalternativen verhältnismässig stärker vertreten als Ausländerinnen und Ausländer. Das bedeutet aber nicht, dass Schweizerinnen und Schweizer solche Massnahmen gleichermaßen beanspruchen können. Personen, die sich gesellschaftlich und wirtschaftlich in einer prekären Lage befinden, die einen als instabil zu bezeichnenden Lebensstil führen, und/oder Personen mit Suchtverhalten landen bei gleichwertigen Delikten häufiger im Gefängnis als andere. Auch hier ist die Erklärung bei den Voraussetzungen für den Zugang zu gemeinnütziger Arbeit und elektronischer Überwachung zu suchen.

Bei der elektronischen Überwachung kann die Verpflichtung, einer geregelten Beschäftigung nachzugehen oder einen festen Wohnsitz zu haben, ein echtes Hindernis darstellen. Obwohl die Zulassungskriterien bei der gemeinnützigen Arbeit auf den ersten Blick flexibler sind, erfordere auch sie die Fähigkeit zur Selbstdisziplin, sagt Marko Stanic Bereichsleiter bei den Bewährungs- und Vollzugsdiensten des Kantons Bern. Das gelte auch für die elektronische Überwachung. Personen, die nicht in der Lage sind, sich an einen Zeitplan zu halten oder ihren Tagesablauf zu strukturieren – beispielsweise aufgrund einer langen Phase, in der ihre soziale Bindungen zerbrochen sind – haben in der Regel Schwierigkeiten, von diesen Massnahmen profitieren oder den Vollzug auf diese Weise beenden zu können.

Marko Stanic und sein Team tun ihr Bestes, um den Zugang zu gemeinnütziger Arbeit zu erleichtern. So sagt er: «Wir haben zum Beispiel eine Informationskampagne bei den Betreuungseinrichtungen durchgeführt, um auf diese oft noch zu wenig bekannte Möglichkeit hinzuweisen.» Der Bewährungs- und Vollzugsexperte ist überzeugt, dass gemeinnützige Arbeit für marginalisierte Personen ein Mittel ist, «sich wieder nützlich und wertvoll zu fühlen und nicht erneut durch die Maschen des sozialen Netzes zu fallen».



Bei den besonderen Vollzugsformen sind Ausländer unterrepräsentiert. In den Gefängnissen hingegen stellen sie die grosse Mehrheit. Hier eine Aufnahme aus dem Massnahmenzentrum Uitikon.

Foto: Peter Schulthess, 2018

Grosse Hoffnungen, begrenzter Einsatz

Die elektronische Fussfessel im Schweizer Strafvollzug

Seit 2018 dürfen die Kantone das elektronische Monitoring (EM) als alternative Vollzugsform bei Freiheitsstrafen von 20 Tagen bis zu 12 Monaten nutzen. Gewährt wird die elektronische Fussfessel aber relativ selten. Was sind die Gründe? Und welches Potenzial hat das EM?

Nicola Gattlen

In den USA schon weit verbreitet, weckt die elektronische Fussfessel in den 1990er-Jahren auch in der Schweiz Hoffnungen: Sie gilt als günstige und humane Alternative zum Gefängnis. 1999 er-

mächtigt der Bund einige Kantone (BE, BL, BS, VD, GE, TI), das elektronische Monitoring (EM) zu testen. Obwohl die Ergebnisse dieser Versuche positiv ausfallen – in der Evaluation wird von «tiefen Kosten», «wenigen Abbrüchen», «wenigen Rückfällen» und «der sozialverträglichsten Vollzugsform im schweizerischen Strafvollzugssystem» gesprochen – konzentrieren sich Parlament und Regierung bei einer Revision des Strafgesetzbuches in den frühen 2000er-Jahren auf die Umwandlung kurzer Freiheitsstrafen in Geldstrafen oder gemeinnützige Arbeit.

Die 2007 in Kraft getretene Revision zeigt jedoch schnell Handlungsbedarf; 2015 macht das Parlament die Revision teilweise rückgängig. Seit 2018 sieht das Schweizer Strafgesetzbuch die elektronische Überwachung als Alternative zum Vollzug von Freiheitsstrafen von 20 Tagen bis zu 12 Monaten sowie als Vollzugslockerung anstelle des Arbeitsexternates oder des Arbeits- und Wohnexternates gegen das Ende längerer Freiheitsstrafen für die Dauer von 3 bis 12 Monaten vor.

Die Fussfessel wird selten eingesetzt

Die Statistik zeigt, dass die elektronische Fussfessel relativ selten eingesetzt wird: 2022 waren schweizweit 491 Personen im elektronisch überwachten Strafvollzug; für 2023 weist die Statistik 399 Personen aus. «Das hat im Wesentlichen damit zu tun, dass im Hauptanwendungsbereich von bis zu 180 Strafeinheiten ein Vorrang der Geldstrafe vor der Freiheitsstrafe besteht», erklärt Jonas Weber, Strafrechtsprofessor an der Universität Bern. «Nur wer sich von einer Geldstrafe in der Vergangenheit nicht hat abschrecken lassen oder wer eine Geldstrafe mutmasslich nicht bezahlen kann bzw. bezahlen wird, kann überhaupt zu einer Freiheitsstrafe verurteilt werden. In dieser



Bei der Gewährung der elektronischen Fussfessel gibt es regional grosse Unterschiede. Das Bundesamt für Justiz ist derzeit daran, die Erfahrungen der Kantone mit der elektronischen Überwachung zu evaluieren.
Foto: Peter Schulthess, 2025

Gruppe finden sich viele Verurteilte, die entweder ein randständiges Leben führen und keiner regelmässigen Arbeit nachgehen oder die nicht über einen Wohnsitz in der Schweiz verfügen. Diese Personen kommen in der Regel für EM nicht in Betracht.»

«Die Anordnung des EM erfolgte bisher im Wesentlichen zu Lasten der Halbgefangenschaft», bilanziert Thomas Noll, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Zürcher Amt für Justizvollzug und Wiedereingliederung (Juwe), in einem Tagungsband der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie zum Thema «Alternativen» (2023). Eine Verdrängung des Normalvollzugs durch die Einführung des EM könne nicht festgestellt werden, schreibt Noll, was angesichts der positiven Evaluation der Pilotprojekte erstaune.

Grosse regionale Unterschiede

Auffällig sind die grossen regionalen Unterschiede: 2023 wurden im Kanton Bern rund 5700 Vollzugstage im Elektronischen Monitoring vollzogen, in Luzern 500, in Graubünden 118. Jonas Weber, Strafrechtsprofessor an der Universität Bern, hat diese regionalen Unterschiede untersucht. «Zuerst vermuteten wir, dass es damit zu tun hat, dass es grosse Unterschiede gibt bei den Verurteilten. Aber dem ist nicht so», sagt Weber. Die Differenzen liessen sich eher mit der Zulassungspraxis der Kantone erklären. Das Strafgesetzbuch gibt zwar Kriterien für eine Zulassung zum EM vor: So darf beispielsweise keine Fluchtgefahr bestehen und die Person muss in der Schweiz eine geregelte Unterkunft und Arbeit haben. «Doch es gibt einen Ermessensspielraum», sagt Jonas Weber. So werde beispielsweise die Fluchtgefahr unterschiedlich bewertet. Manche Kantone seien da vorsichtiger, vielleicht auch, weil ihnen die Erfahrung mit der elektronischen Überwachung fehle. Andere Kantone kennen das Instrument schon seit 25 Jahren.

Die Strafvollzugskonkordate der Deutschschweiz haben im Oktober 2024 eine neue Richtlinie für den Vollzug und die Zulassung der besonderen Vollzugsformen (EM, gemeinnützige Arbeit, Halbgefangenschaft) genehmigt. Ziel ist es, die Praxis in den Kantonen zu harmonisieren. Ob künftig mehr Personen eine elektronische Überwachung gewährt wird, lässt sich noch nicht abschätzen.

Bundesgericht weitet Einsatzmöglichkeiten aus

Offen ist auch, ob der Einsatzbereich des EM ausgeweitet wird. Das Bundesamt für Justiz ist derzeit daran, die Erfahrungen der Kantone mit der elektronischen Überwachung zu evaluieren (Um-

setzung des Postulat 16.3632). Dabei wird geprüft, ob die Erfahrungen eine Ausweitung des Einsatzbereichs nahelegen. Der Kanton Baselland hatte 2015 in einer Standesinitiative gefordert, EM als Vollzugsform für Freiheitsstrafen von fünf Tagen bis zu drei Jahren zuzulassen. In eine andere Richtung zielt die parlamentarische Initiative 24.430, die im Juni 2024 als Reaktion auf ein kurz zuvor veröffentlichtes Urteil des Bundesgerichts eingereicht wurde. Das Gericht weitete mit seinem Urteil die Möglichkeit von EM auf teilbedingte Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren aus – sofern der unbedingte Teil maximal zwölf Monate beträgt. Die parlamentarische Initiative fordert stattdessen, dass die Gesamtdauer der Strafe massgeblich ist. Während das Bundesgerichtsurteil die Ausweitung des Anwendungsbereichs mit der positiven Spezialprävention begründet, knüpft die parlamentarische Initiative am Verschulden des Täters an.

Werden die JVA entlastet?

Die Kantone begrüsst den Entscheid des Bundesgerichts, der ihnen «mehr Handlungsspielraum» gibt. Darüber hinaus führe die Änderung wohl dazu, dass Justizvollzugsanstalten punktuell entlastet würden. Mit einer grossen Entlastung aber rechnen zumindest die Deutschschweizer Strafvollzugskonkordate nicht. Der Grund: Das EM stehe nun in direkter «Konkurrenz» zur Strafvollzugsform der Halbgefangenschaft, die in vielen Kantonen in spezialisierten Institutionen vollzogen werden. Plätze, die aufgrund von EM-Vollzügen in diesen Institutionen frei werden, können nicht für den geschlossenen Vollzug umgenutzt werden.

Die Auswirkungen auf die Kosten des Strafvollzugs können gemäss den Deutschschweizer Strafvollzugskonkordaten zurzeit nur schlecht abgeschätzt werden. Zwar kostet der Vollzug mit der elektronischen Fussfessel deutlich weniger als ein Haftplatz, doch der Betreuungsaufwand liegt gemäss einer Berechnung des Kantons Aargau «deutlich» über demjenigen der Halbgefangenschaft. In Relation zu den Gesamtkosten sei also mit nur «geringfügige Einsparungen» zu rechnen.

Verein EM setzt auf Swiss Eagle

Senken liessen sich die Kosten des EM, wenn alle Kantone ein einheitliches System anwenden und eine gemeinsame Kontrollzentrale schaffen. Entsprechende Pläne gibt es schon lange. Nun ist man einen Schritt vorangekommen: Im Dezember 2024 haben 21 Mitgliedskantone des Vereins Electronic

«Die Anordnung des EM erfolgte bisher im Wesentlichen zu Lasten der Halbgefangenschaft»

Monitoring das neue System «Swiss-Eagle» in Betrieb genommen (der Kanton Neuenburg ist auch Mitglied, nutzt aber noch das System Geosatis. Dieses wird auch von den Kantonen Tessin, Wallis, Jura und Fribourg eingesetzt). «Swiss-Eagle» hat einen modularen Aufbau und lässt sich so für unterschiedliche Überwachungsformen nutzen. Einige Geräte sind mit GPS-Technologie ausgerüstet. Noch offen

ist hingegen, ob eine gemeinsame Überwachungszentrale beschafft wird und wann diese einsatzbereit wäre. «Die Mitglieder des Vereins haben diesbezüglich noch keinen Beschluss gefasst», erklärt Daniel Siegrist, Geschäftsführer des Vereins EM. «Das Swiss-Eagle-System erfüllt die Grundvoraussetzungen für diese Option.»

Von der «Schwitzgebel-Maschine» zur schlanken Fussfessel

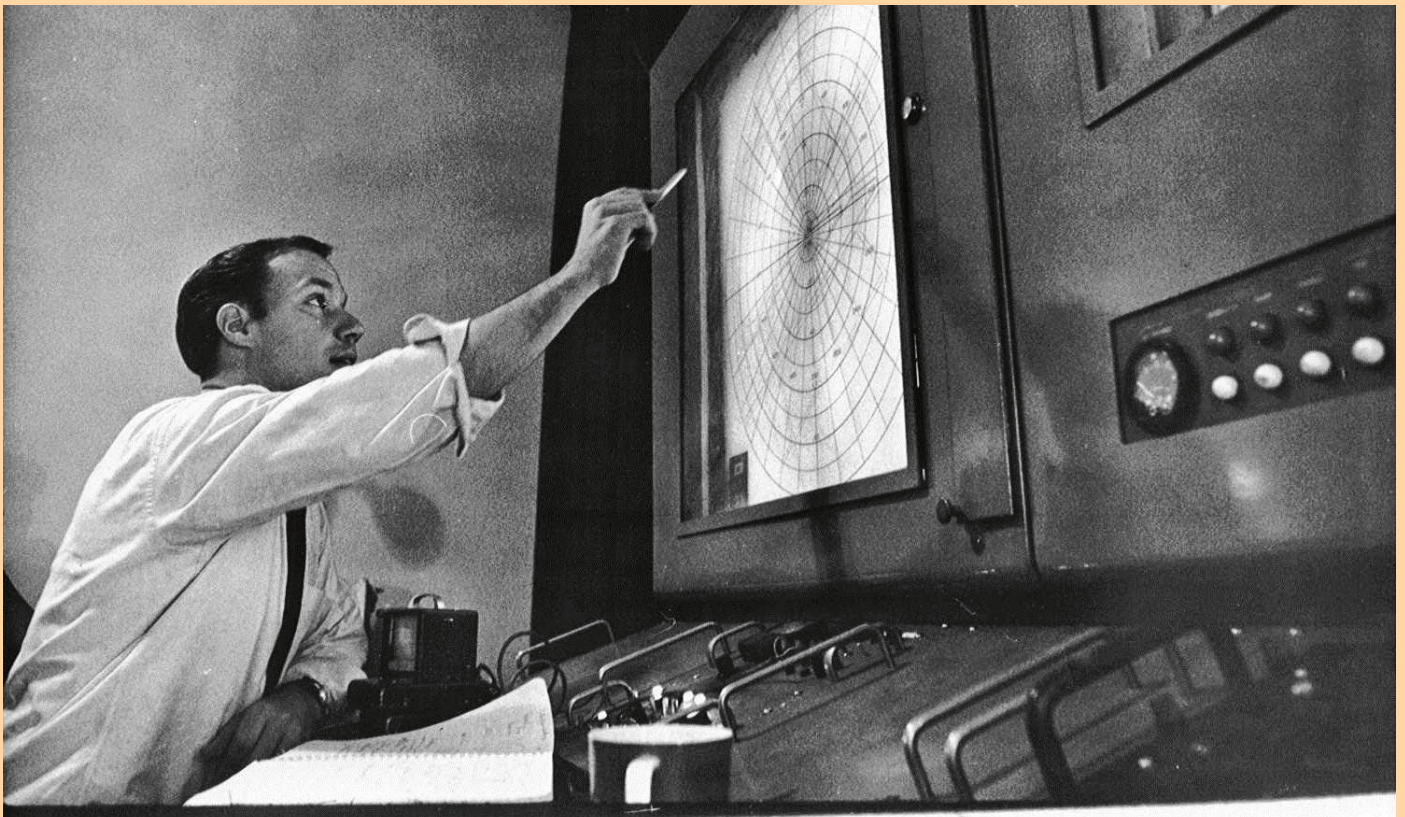
Mitte der 1960er-Jahre bastelte der amerikanische Professor Ralph K. Schwitzgebel in seinem Labor für Bevölkerungspsychiatrie an der Harvard Universität an einer Technologie, die ihrer Zeit voraus war: Vor Schwitzgebel blinkten auf einem Quartierplan Glühlampen auf. Die Radio-Signale, die der Professor einfing, stammten von kiloschweren Sendergeräten, die Versuchspersonen umgeschallt worden waren. Sie ermöglichten es dem Forscher, über 400 Meter Distanz jede Bewegung der Probanden zu verfolgen. Schwitzgebel plante sogar den Einsatz von Sensoren zur Fernkontrolle von Herztönen, Hirnwellen und Pulsschlag, um Erregungszustände zu erkennen.

Grosse Erfolgsgeschichte

Die «Schwitzgebel-Maschine», die er 1969 patentieren liess, geriet jedoch bald in Vergessenheit. Eingeführt hat die elektronische Fussfessel anderthalb Jahrzehnte später der Bezirksrichter Jack Love aus Albuquerque im

US-Staat New Mexico. Nach einem dreiwöchigen Selbstversuch verhängte Love 1983 die elektronische Überwachung gegenüber fünf Straftätern, wobei die Bewährungshilfe die Kontrolle übernahm. Damit begann eine grosse Erfolgsgeschichte. Vor allem die Überfüllung der Gefängnisse in den USA, aber auch technische Entwicklungen trugen dazu bei, dass sich das Electronic Monitoring als Alternative zum Gefängnis ausbreitete. Zu den ersten europäischen Ländern, die eine elektronische Überwachung des Hausarrests einsetzten, gehörten Grossbritannien, Schweden und die Niederlande. Ab 1999 wurden dann auch in Portugal, Spanien, Italien, Frankreich, Belgien und der Schweiz Pilotprojekte gestartet.

Der Harvard-Professor Ralph Schwitzgebel gilt als Erfinder der elektronischen Überwachung. Foto: Wordpress



Reformieren oder ganz abschaffen?

Kriminalpolitische Überlegungen zur Reform der Ersatzfreiheitsstrafen

Ersatzfreiheitsstrafe sind in mehrerer Hinsicht problematisch, nicht zuletzt belasten sie den Justizvollzug. Eine ganze Palette von Massnahmen könnten dazu beitragen, dass weniger Ersatzfreiheitsstrafe angewandt würden. Dadurch liesse sich nicht nur die Belastung des Justizsystems verringern, sondern auch die soziale Gerechtigkeit fördern.

Christoph Urwyler

Die Anwendung der Ersatzfreiheitsstrafe (EFS), die aus der Umwandlung einer Geldstrafe oder Busse in eine Freiheitsstrafe resultiert, hat in der Schweiz in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Die hohe Zahl an Einweisungen (2023: 4964) belastet die Justizvollzugseinrichtungen (siehe Seite 4) und provoziert die Frage nach Kosten und Nutzen. Angesichts dieser Situation und der Praxis in anderen europäischen Ländern, die von der EFS viel seltener oder gar nicht Gebrauch machen, stellt sich die grundsätzliche Frage, wie die Fallzahlen und die damit verbundenen Belastungen für die Betroffenen und für das Justizsystem reduziert werden können – ohne dadurch die Ansprüche an Rechtsstaatlichkeit, Strafverbindlichkeit und Gleichbehandlung aufzugeben. Angelehnt an die Überlegungen der Arbeitsgruppe Sanktionenrecht der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung möchte ich hier eine Übersicht über die möglichen Stellschrauben für Veränderungen geben.

Viele von einer EFS bedrohten Personen leben in ökonomisch und sozial prekären Verhältnissen. Wie eine Studie aus dem Kanton Zürich und Erfahrungen aus der Praxis zeigen, können sie eine Geldstrafe zum Zeitpunkt der Verurteilung nicht zahlen und diese auch nicht in Form gemeinnütziger Arbeit ableisten – etwa aufgrund fehlender Tagesstruktur bei Suchtmittelabhängigkeit, langer Anfahrtswege, mangelnder Verabredungsfähigkeit, etc. Um zu verhindern, dass diese Personen «straffrei» ausgehen, sollten die von Gesetzes wegen möglichen flexiblen Zahlungsmöglichkeiten von den Vollzugsbehörden aktiv angeboten werden. Zum Beispiel in der Form individueller Ratenzahlungsplänen, die es finanziell schwachen Personen ermöglichen, ihre Geldstrafe in kleinen

Beträgen über einen längeren Zeitraum zu begleichen. Auch sollten die Betreibungsbehörden ihrerseits alles dafür tun, die Betreuung zu vollstrecken und diese nur im Ausnahmefall als «uneinbringlich» (Art. 36 StGB) erklären. Durch so eine Praxis soll möglichst verhindert werden, dass es zu EFS anstelle von Geldstrafen kommt.

Aktives Angebot der gemeinnützigen Arbeit

Den Verurteilten sollten aktiv angeboten werden, ihre Geldstrafe oder Busse abzuarbeiten. Doch nicht in allen Kantonen lässt sich unkompliziert ein Antrag für gemeinnützige Arbeit stellen. Möglich ist dies etwa im Kanton Zürich, der eine zentrale Busseanlaufstelle eingerichtet hat, um die Verurteilten bei der Antragstellung zu beraten und zu unterstützen. In anderen Kantonen hingegen sind die Zugangsschwellen höher. Am effizientesten wäre, wenn dem Verurteilten im Falle einer Nichtzahlung von Geldstrafen automatisch angeboten würde, sie in Form von gemeinnütziger Arbeit abzuleisten, statt diese Option nur auf Antrag anstelle einer Ersatzfreiheitsstrafe zu gewähren. Im Weiteren sollte das Netz zur Leistung von gemeinnütziger Arbeit flächendeckend gestärkt werden, um so die Distanz zwischen Wohn- und Einsatzort zu reduzieren bzw. möglichst vielen Personen einen Einsatz zu ermöglichen.

Stärkung der aufsuchenden Sozialarbeit und Armutsprävention

Da ein Grossteil der von Ersatzfreiheitsstrafe Betroffenen von multiplen persönlichen Problemlagen und sozialer Marginalisierung betroffen ist, sollten die aufsuchende Sozialarbeit sowie eine systematische Armuts- und Suchtprävention gestärkt werden. Durch die frühzeitige Kontaktauf-



Christoph Urwyler, Dr. iur. lic. rer. soc., ist Abteilungsleiter Monitoring Justizvollzug und Stv. Leiter Analyse und Praxisentwicklung, im Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV). Seine Expertengebiete sind: Statistik und Datenanalyse, Standards und Qualität, Bewährungshilfe, sowie Umgang mit besonderen Personengruppen (ältere und pflegebedürftige Personen, ausländische Personen). Der vorliegende Beitrag gibt seinen persönlichen Standpunkt wieder.

«Die Geldstrafe droht zu einer unbedingten Freiheitsstrafe für arme und Desozialisierte zu geraten.»

nahme mit den Verurteilten können gemeinsam mit ihnen – beispielsweise auf einer Schuldenberatungsstellen oder bei den Sozialdiensten – Lösungen gefunden werden, um entweder die Geldstrafe zu bezahlen oder sie im Rahmen von sozialpädagogisch begleiteter gemeinnütziger Arbeit abzarbeiten.

Tagessatzsystem: Kein Minimum und eine faire Umrechnung

Eine Geldstrafe setzt sich aus einer bestimmten Anzahl Tagessätze zu einem bestimmten Geldbetrag zusammen. Die Anzahl der Tagessätze ist abhängig von der Straftat, für die ein Gericht eine Person verurteilt. Die Höhe eines einzelnen Tagessatzes legt es aufgrund der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der straffälligen Person zum Zeitpunkt des Urteils fest (Einkommen, Vermögen, Lebensaufwand, Unterstützungspflichten, Existenzminimum).

Vor der StGB-Revision 2007 hatte der Gesetzgeber bewusst auf ein Minimum bei der Tagessatzfestlegung verzichtet, damit für Menschen in wirtschaftlich ungünstigen Verhältnissen fundierte und faire Urteile möglich sind. Seit der Revision des StGB gilt jedoch ein Mindestsatz von 10 Franken, der nur ausnahmsweise – wenn die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Täters dies gebieten – angewendet werden kann. In der Literatur wird diese «Mindestgeldstrafe» unisono kritisiert, weil die Geldstrafe damit zu einer unbedingten Freiheitsstrafe für arme und Desozialisierte zu geraten drohe.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass ein Freiheitsentzug schwerer wiegt als die Zahlung einer Geldstrafe, sollte das Tagessatzsystem modifiziert werden: Drei Tagessätze einer Geldstrafe sollten künftig mit einem Tag EFS abgegolten werden (statt der heutigen Regelung, die vorsieht, dass ein Tagessatz mit einem Tag EFS abgegolten wird), was sich auch theoretisch gut begründen lässt.

Effektivere Berechnung des Netto-Einkommens

Das Tagessatzsystem der Geldstrafe will den Mehrbetrag pro Arbeitstag abschöpfen, welcher Verurteilten in einem regulären Arbeitsverhältnis netto zur Verfügung stünde. Geht man davon aus, dass dieser Nettobetrag in zwei bis drei Stunden erarbeitet wird, könnten pro Hafttag (mit einer gesetzlichen Regelarbeitszeit von acht

Stunden) hypothetisch also rund drei Tagessätze ausgeglichen werden. Die Umrechnung von Tagessätzen einer Geldstrafe zu Hafttagen einer Ersatzfreiheitsstrafe entzieht sich einer einfachen mathematischen Logik. Hier werden zwei Güter – Geld und Freiheitsentzug – gegeneinander abgewogen, die nicht äquivalent sind. Jede Umrechnung ist in gewisser Weise angreifbar, was (siehe oben) ein grundsätzliches Argument für eine komplette Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe darstellt.

Die korrekte Berechnung des Netto-Einkommens, auf dem die Tagessätze beruhen, ist in vielen Fällen schwierig und benötigt sehr viel Zeit, die bei Gerichtsverhandlungen meist nicht zur Verfügung steht. Hilfreich wäre deshalb eine «Tarifizierung in Form einer Verordnung, die einem vereinfachten Steuererlass ähneln würde», wie der Strafrechtler Martin Killias bereits 2011 schrieb. «Dies wäre die Mindestvoraussetzung, um das Funktionieren des Systems der Tagessatz-Geldstrafe sicherzustellen.» Neben den grundsätzlichen Gerechtigkeitserwägungen, die für diese Konkretisierung sprechen, sollte so eine Reform auch die Chancen erhöhen, dass die Verurteilten eine Geldstrafe tatsächlich zahlen können.

Abschaffung der EFS für Bagatelldelikte

Ein pragmatischer Ansatz, um die Anzahl von EFS zu reduzieren, wäre die gezielte Entkriminalisierung von Bagatelldelikten (Übertretungen), die besonders häufig die Verhängung von Ersatzfreiheitsstrafen nach sich ziehen. Hier kommt unter anderem Reisen ohne gültigen Fahrausweis in Betracht (siehe Artikel S. 12). Flankierend oder alternativ zu einer Entkriminalisierung des Schwarzfahrens im öffentlichen Verkehr könnte die Last der Ersatzfreiheitsstrafe auch dadurch reduziert werden, dass man die Beförderung im ÖV als öffentliches Gut betrachten würde und sie generell kostenfrei wäre – oder zumindest für bestimmte bedürftige Bevölkerungsgruppen.

Die hier umrissenen Massnahmen, die auch den Stand der deutschen Debatte reflektieren, könnten – wenn man nicht gar so weit gehen möchte, ganz auf die EFS zu verzichten, wie es viele Ländern bereits tun – effektiv dazu beitragen, die Anzahl der Ersatzfreiheitsstrafen zu vermindern. Dadurch würde die Belastung des Justizsystems verringert, und es würde ein Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit geleistet.

«Strafen trägt nicht zur Befriedung bei»

Strafrechtsprofessor André Kuhn stellt das Strafen auf den Prüfstand

Wenn man von Alternativen spricht, denkt man vor allem an Alternativen zur Gefängnisstrafe. Der Neuenburger Strafrechtsprofessor und Kriminologe André Kuhn geht einen Schritt weiter: Er fordert, das ganze Strafrechtssystem zu überdenken.

Nicola Gattlen

Herr Kuhn, was ist eigentlich der Sinn und Zweck des Strafens?

Das Strafen umfasst seit jeher eine moralische Komponente: Man will mit Vergeltung Gerechtigkeit schaffen. Also werden dem Straftäter Tadel und Übel auferlegt. Doch mit Vergeltung lassen sich in einer modernen Gesellschaft derart einschneidende Massnahmen wie Freiheitsentzüge nur schwer rechtfertigen. Also packt man noch weitere Komponenten drauf. Das Strafen soll auch nützlich sein. Das Schweizer Strafgesetzbuch und das Bundesgericht stellen die abschreckende Wirkung des Strafens in den Vordergrund. Einerseits soll der Täter davor abgeschreckt werden, weitere Straftaten zu begehen, andererseits erhofft man sich eine generelle Prävention. Der Vollzug der Strafe dient dann der Resozialisierung des Straftäters.

Tritt die erwünschte Wirkung ein?

Die Kriminalitätsstatistiken zeigen, dass die generelle Abschreckung nicht wirklich gut funktioniert. Nehmen wir das Beispiel Strassenverkehr: Jedes Jahr werden Tausende Personen wegen groben Verkehrsverletzungen verurteilt. Oder das Beispiel Drogenkonsum und -handel: Die Strafe zeigt kaum Wirkung. Sobald ein Dealer eingesperrt ist, taucht ein neuer auf den Strassen auf.

Vielleicht sind die Sanktionen zu schwach...

Bisher konnten keine Studien belegen, dass zwischen der angedrohten Sanktionshärte und der Häufigkeit der Begehung von Straftaten generell eine direkte Korrelation besteht. Vielmehr geht die Forschung von einer Austauschbarkeit von Sanktionen aus. Ob «hart» oder «weich», Strafen wirken nicht so abschreckend wie sich das der Gesetzgeber

«Die Kriminalitätsstatistiken zeigen, dass die generelle Abschreckung nicht wirklich gut funktioniert.»



Zur Person

André Kuhn ist Professor für Strafrecht und Kriminologie an den Universitäten Neuenburg und Genf und Mitgründer des Vereins Ajuress, der sich für die Restaurative Justiz engagiert (ajures.ch). Er forscht u. a. zu Themen wie Strafzumessung, öffentliches Sicherheitsempfinden und strafrechtliche Mediation. Kuhn ist Co-Herausgeber des Sammelbands der Schweizerischen Arbeitsgruppe für Kriminologie zum Thema «Alternativen: Von der alternativen Sanktion zur alternativen Kriminologie» (Helbing Lichterhahn, 2023). Foto: zvg

«Die Idee des Gefängnisses wurzelt im Religiösen. Sie ist eng mit Sünde, Sühne und sakrosankter Arbeit verbunden.»

wünscht. Auch wenn es intuitiv plausibel erscheint, dass zwischen der Strafandrohung und der Delinquenz ein direkter Zusammenhang besteht, sind es oft andere Faktoren wie zum Beispiel moralische Skrupel, die Menschen davon abhalten, Straftaten zu begehen.

Neben der generellen Prävention sollen Strafen auch direkt auf die Ersttäterinnen und -Täter einwirken und Wiederholungstaten verhindern.

Auch diesbezüglich werden die Erwartungen nicht erfüllt: So zeigt beispielsweise eine grosse Kohortenstudie des Bundesamts für Statistik, dass rund 38 Prozent der im Jahr 1966 geborenen Schweizer Erwachsenen, die bereits einmal für ein Vergehen oder Verbrechen verurteilt worden waren, in den neun Jahren nach der ersten Verurteilung ein zweites Mal verurteilt wurden.

Das Strafgesetzbuch sieht bei unbedingten Strafen Resozialisierungsmassnahmen vor. Der Strafvollzug soll nicht nur Strafe sein und abschreckend wirken, sondern den Straffälligen zu einem sozial konformen Verhalten nach der Entlassung und zu einer Wiedereingliederung in die Gesellschaft verhelfen.

Hier zeigt sich die ganze Widersprüchlichkeit unseres Strafrechts. Man will einer Person beibringen in Freiheit zu leben und sich den Normen zu fügen, indem man ihr die Freiheit entzieht. Das Gefängnis ist wahrscheinlich das einzige Instrument aus dem 16. Jahrhundert, das wir heute noch verwenden. Es ist zudem in eine Denkweise eingebettet, die ebenfalls aus dem 16. Jahrhundert stammt.

Erklären Sie bitte...

Als Reaktion auf die Exzesse der von der katholischen Kirche orchestrierten Inquisition und der darauffolgenden Spaltung der Christengemeinschaft schufen die Reformierten sogenannte Arbeitshäuser, wo «Tunichtsgute» und andere «schlechte Menschen» lernten, richtig zu arbeiten und sich dadurch Gott zuzuwenden. So entstanden in Holland und Grossbritannien die Vorläufer der modernen Gefängnisse – mit der Erwartung, dass der Freiheitsentzug und der Arbeitszwang im «Zuchthaus» eine erzieherische und sozialisierende Wirkung entfalten. Die Idee des Gefängnisses wurzelt also im Religiösen. Sie ist eng mit Begriffen wie Sünde, Sühne und sakrosankter Arbeit verbunden. Nicht die «schlechte Tat» steht im Vordergrund, sondern die «schlechte Person», die es zu korrigieren gilt.

Manche Expertinnen und Experten plädieren auch deshalb für ein reines Tatstrafrecht. Es bemisst die

Strafe allein an der Tat und sorgt mit einem auferlegten «Übel» (z. B. Freiheitsentzug) für Gerechtigkeit und Befriedung. Aspekte wie die Prävention und die Resozialisierung fallen weg oder spielen eine untergeordnete Rolle.

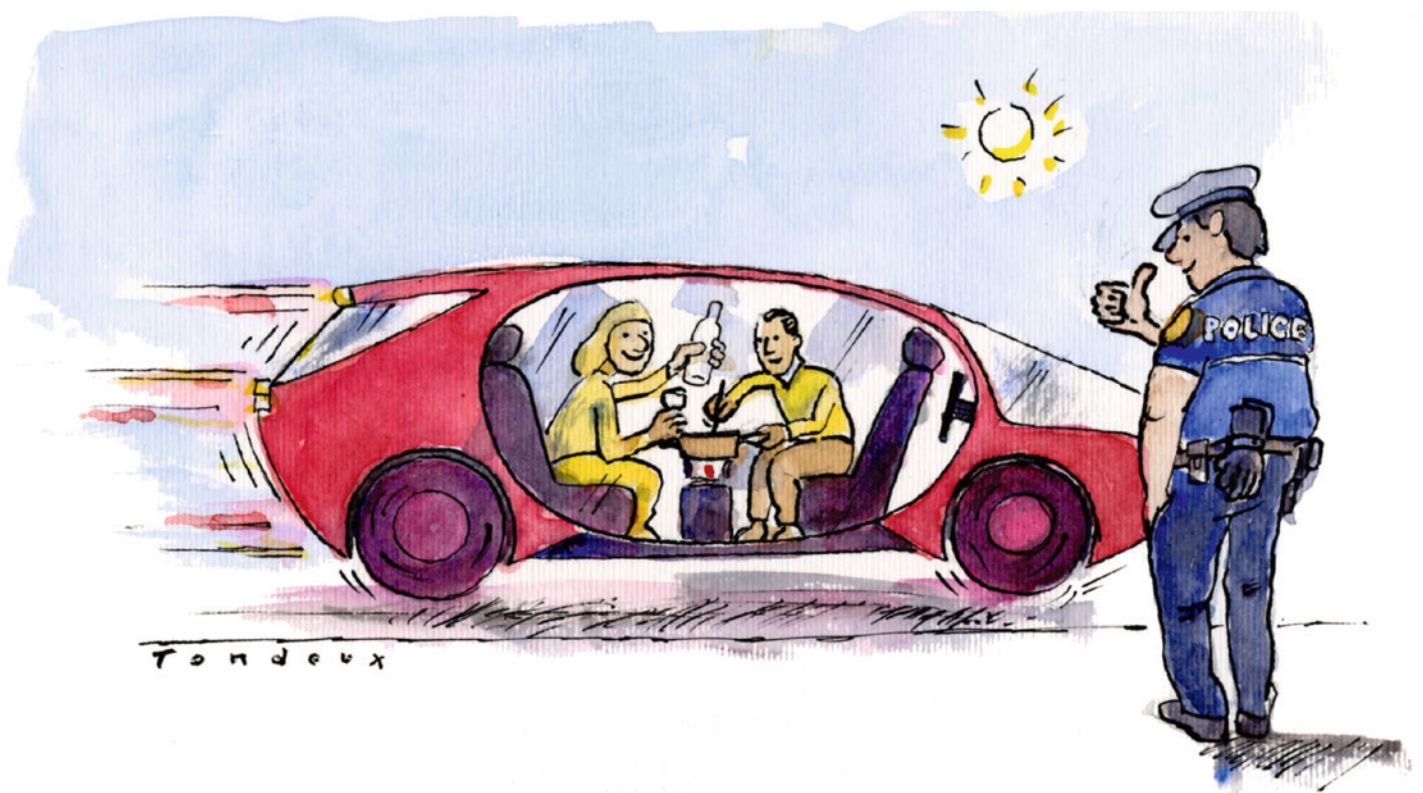
Das Tatstrafrecht ist eine Art zivilisiertes Racherecht. Es lässt sich aber nicht begründen, warum mittels eines auferlegten Übels Gerechtigkeit hergestellt werden soll und kann. Ein Übel, das sich im Übrigen gar nicht bemessen lässt, ohne in theologisch-religiöse Gefilde abzudriften. Wie gross muss das auferlegte Übel sein, um Gerechtigkeit zu bringen? Darauf gibt es keine wissenschaftlich und ethisch haltbare Antwort. Auch trägt das Strafen nicht zur Befriedung eines Konflikts bei, im Gegenteil: Es befeuert ihn. Der Täter wird während des Verfahrens von seinem Anwalt dazu gedrängt, möglichst wenig zuzugeben, um das Strafmass gering zu halten, was das Tatopfer als ungerecht empfindet. Der Konflikt schwelt weiter. Das Strafen stärkt zweifellos die Autorität des Staates, aber es hilft den Opfern nicht und bringt den Täter kaum zu Einsicht und Reue.

Strafe muss sein! So lautet doch eine klassische Erziehungsregel.

Die Sozial- und Pädagogikwissenschaften haben vielfach nachgewiesen, dass das Strafen nicht funktioniert: Es hilft lediglich den Eltern, den Lead zu übernehmen und lehrt die bestraften Kinder, später selber zum Mittel des Strafens zu greifen. Ich denke, wir sollten uns nicht mehr nur darauf fokussieren, wie wir die Gefängnisse verbessern oder humanere Alternativen zum Gefängnis wie beispielsweise das Electronic Monitoring entwickeln können. Denn das bedeutet, dass wir in diesem auf Bestrafung und Abschreckung aufgebauten System verharren. Wir sollten vielmehr das Strafrechtssystem selbst infrage stellen. Der über das Strafrecht geführte «Krieg gegen die Kriminalität» führt nicht zu einer Befriedung. Es braucht andere Ansätze.

Was schlagen Sie vor?

Unsere Gesellschaft versucht, viele Probleme über das Strafrecht zu regeln und vergisst dabei die Ursachen dieser Probleme: Beispiel Drogenkonsum und der damit verbundene Drogenhandel. Es ist essenziell, dass wir die Probleme bei den Wurzeln anpacken. Das Strafrecht soll und kann nicht dazu dienen, Probleme zu lösen, für die die Gesellschaft keine Antworten gefunden hat oder für die sie nicht bereit ist, Antworten zu finden. Der Staat könnte zudem in vielen Bereichen mit spezifischen Präventionsmassnahmen dafür sorgen, dass Normen eingehalten werden, u. a. mit technischen Lösungen.



Haben Sie uns ein Beispiel?

Bei Autos etwa könnte der Staat die Geschwindigkeit über GPS und Tempomat regeln. Mit einer vorgeschriebenen Alkohol-Zündschlossperre liessen sich zudem die Alkoholfahrten reduzieren. Dabei misst ein Detektor die Alkoholkonzentration im Atem des Fahrers, sendet ein elektronisches Signal an das Bordsystem, das dann entscheidet, ob ein Startvorgang oder ein Weiterfahren erlaubt ist oder nicht. In Schweden sind solche Alkohol-Interlocks in Behördenfahrzeugen vorgeschrieben. Auch in Finnland gibt es seit 2019 ein Alkohol-Interlock-Gesetz. Das Potenzial dieser «situativen Prävention» ist riesig: Verstösse gegen das Strassenverkehrsgesetz machen mehr als 50 Prozent der im Schweizer Strafregister eingetragenen Verbrechen und Delikte aus.

Eine gute Sozial- und Präventionspolitik wird aber nicht alle Verbrechen aus der Welt schaffen. Und die Bevölkerung hat ein Sicherheitsbedürfnis. In jüngster Zeit wurde der Ruf nach Law&Order immer lauter: Man will die gefährlichen Straftäter hinter Gittern sehen.

Es ist klar, dass man gewisse Täterinnen und Täter in staatlichen Institutionen unterbringen muss. Zu vielen Tätern aber wird heute dieselbe Behandlung verschrieben: das Gefängnis. Nötig wären personalisierte Programme ausserhalb der Gefängnisse,

die sich an den spezifischen Bedürfnissen der Täter ausrichten, um ihnen eine Zukunftsperspektive für ein gelingendes Leben zu eröffnen. In der Gesundheitsversorgung ist es ja auch nicht so, dass man allen Menschen dasselbe Medikament gibt oder dieselbe Behandlung zukommen lässt.

Wichtig ist auch, dass die durch die Tat verursachten zwischenmenschlichen Konflikte und die Leiden gemildert, bestenfalls behoben werden. Und dies so früh wie möglich – bevor der Konflikt eskaliert und das Leid sich verfestigt. Ich sehe den Staat in der Verantwortung, die nötigen Voraussetzungen für eine Befriedung zu schaffen.

Woran denken Sie dabei?

Etwa an Täter-Opfer-Dialoge oder andere Formate der Restaurativen Justiz. Die Restaurative Justiz unterscheidet die Tat von der Person. Auch «gute Personen» können «böse Taten» verüben. Erst diese Unterscheidung ermöglicht es, das zerrissene Band wieder zusammenzunähen. Im Unterschied zur Vergeltungsjustiz, die Gerechtigkeit mittels Auferlegung einer Strafe erbringen will, schafft die Restaurative Justiz Gerechtigkeit.

Alternative zu strafrechtlichen Lösungen: Der Staat könnte in vielen Bereichen mit «situativer Prävention» dafür sorgen, dass Normen eingehalten werden. Beispielsweise mit vorgeschriebenen Alkohol-Interlocks, mit staatlicher Geschwindigkeitsregelung über GPS und Tempomat oder mit der ausschliesslichen Zulassung von selbstfahrenden Autos.

Zeichnung: Patrick Tondeux

Von Finnland lernen

Erfahrungen mit reduktionistischer Gefängnispolitik

Finnland ist es gelungen, seine Inhaftiertenrate von der höchsten in Europa zu einer der tiefsten zu senken. Die Gefängnisse haben sich auf spektakuläre Weise geleert, der Strafvollzug ist so effizient, wie kaum anderswo. Was kann sich die Schweiz von diesen Erfahrungen abschauen?

Kaspar Meuli

Der finnische Kriminologe Patrik Törnudd war um starke Worte nicht verlegen. Der mittlerweile verstorbene Direktor des Forschungsinstituts für Justizpolitik sprach von einer «nationalen Schande», wenn er auf die Verhältnisse im finnischen Strafvollzug Mitte des 20. Jahrhunderts zurückblickte. Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte sich die Situation in den Gefängnissen dramatisch verschlechtert, und mit einer Rate von etwa 300 Inhaftierten pro 100 000 Einwohner waren diese chronisch überbelegt. «Die Finnen sahen sich mit der schwiegen Frage konfrontiert», so Törnudd, «warum wir drei- bis viermal mehr Gefangene haben sollten als unsere skandinavischen Nachbarn.»

Die Situation in Finnland hatte viel mit der geografischen Lage des Landes und dem Einfluss der Sowjetunion zu tun. «Im Allgemeinen war das finnische Strafrechtssystem in den 1950er und 1960er Jahren weniger einfallsreich, weniger flexibel und repressiver als jenes seiner nordischen Anrainer»,

sagt Tapio Lappi-Seppälä, Kriminologe von internationalem Ruf und emeritierter Professor an der Universität Helsinki.

Die Reform des Strafvollzugs, die danach einsetzte, sorgt unter Spezialistinnen und Spezialisten auf der ganzen Welt bis heute für grosses Interesse, denn Finnland ist es gelungen, seine Inhaftierungsquote radikal zu senken. Nicht über Nacht, doch über einen Zeitraum von rund 30 Jahren. Im Jahr 2005 etwa betrug die Rate nur noch rund 70 Inhaftierte pro 100 000 Einwohner, und 2023 lag sie laut der Strafverfolgungsstatistik des Europarats SPACE bei 51 Inhaftierten – einer der tiefsten Werte Europas. Zum Vergleich: In der Schweiz waren 2023 73 Personen pro 100 000 Einwohner inhaftiert.

Grosser politischer Konsens

Die Massnahmen, die zu diesem spektakulären Wandel geführt haben, mögen im Einzelnen komplex sein, doch aus Sicht von Tapio Lappi-Seppälä

Das Gefängnis von Vantaa wurde 2002 gebaut. Es dient als geschlossene Haftanstalt und als Untersuchungsgefängnis.

Foto: Wikimedia Commons



haben sie viel mit einem politischen Konsens zu tun. In einem Artikel in der Fachzeitschrift «Scandinavian Studies in Law» zog er 2012 Bilanz: «Alles in allem kann man die finnische Kriminalpolitik der letzten Jahrzehnte als rational und human bezeichnen. Sie spiegelt die Werte des nordischen Wohlfahrtsstaatsideals wider und betont, dass Massnahmen gegen soziale Ausgrenzung und für mehr Gleichheit auch der Kriminalität entgegenwirken. Unsere Politik unterstreicht die Auffassung, dass Verbrechensbekämpfung und Kriminalpolitik Teil der sozialen Gerechtigkeit sind und nicht bloss eine Frage der Kontrolle gefährlicher Individuen.» Seit Anfang der 1970er Jahre, so Lappi-Seppälä, hätten Experten, Politikerinnen und Behörden gemeinsam die Überzeugung vertreten, das Strafrecht sei nur ein Mittel unter vielen bei der Verbrechensverhütung, und andere Mittel seien oft weitaus wichtiger.

Die reduktionistische Politik, die Finnland ab 1971 einschlug, folgte drei Stossrichtungen: Erstens wurden die Struktur des Strafsystems und Lösungen für die Strafzumessung neu gedacht. Zweitens veränderten sich unter anderem das Strafmass bei bestimmten Straftaten. Und drittens passte man den Strafvollzug und das System der bedingten Entlassung an.

Vorrangiges Ziel der Gesetzesreformen, die sich konsequent auf Forschungsergebnisse abstützten, war, sowohl die Zahl der inhaftierten Straftäter als auch die Dauer der Haftstrafe zu verringern: So wurde unter anderem die Untersuchungshaft auf gefährliche Straftäter beschränkt, es wurden Strafen reduziert (Diebstähle, Verkehrsdelikte, Drogen usw.), es gab Reformen unter anderem für chronische Rückfalltäter (Bussgeldsünder, Trunkenheit am Steuer), und der Einsatz von Geldstrafen wurde ausgeweitet. Die letzte Stufe in dieser Entwicklung war die Einführung der gemeinnützigen Arbeit, die ab 1991 erprobt und 1995 landesweit eingeführt wurde.

Weit verbreiteter Dienst an der Gesellschaft

Zum Stellenwert der gemeinnützigen Arbeit schreibt Kriminologe Lappi-Seppälä in «Scandinavian Studies in Law». Mehr als die Hälfte der Einsätze würden wegen Trunkenheit am Steuer verhängt. Und die Gerichte ordneten für rund 40 Prozent der umwandelbaren Freiheitsstrafen (Strafen von höchstens acht Monaten) «Gemeinschaftsdienst» an, wie die gemeinnützige Arbeit in Finnland genannt wird. Dieser Dienst an der Gesellschaft wird in der Regel an zwei Tagen pro Woche unter Aufsicht in Abschnitten von drei oder vier Stunden geleistet. Den Grossteil der Einsatzmöglichkeiten bieten die Stadtverwaltungen an.

Zudem wird in Finnland bereits seit den 1990er Jahren Electronic Monitoring eingesetzt, und es gab vermehrt Entlassungen auf Bewährung – alles Mittel, die nicht etwa finnische Erfindungen sind, sondern in anderen Ländern auch und teils viel früher eingesetzt wurden – vielleicht aber nicht mit derselben Konsequenz und vor demselben gesellschaftlichen Hintergrund wie in Finnland. Dazu kommt, dass die reduktionistische Politik pragmatisch war – und wohl nicht zuletzt deshalb mehrheitsfähig. Gemäss Tapio Lappi-Seppälä war eines der Ziele immer auch, die Kosten und die schädlichen Auswirkungen von Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung zu minimieren.

Argumente, die auch Schweizer Politikerinnen und Politiker für das finnische Modell einnehmen könnten, meint Julie De Dardel, Geographieprofessorin an der Universität Genf (siehe Interview S. 12). Sie leitet ein Forschungsprojekt zu «Prison Degrowth», das unter anderem untersucht, welche Faktoren in Finnland dazu geführt haben, dass sich die Gefängnisse leerten. «Das finnische Modell zeigt extrem gute Ergebnisse», sagt die Forscherin, «es ist nachgewiesenermassen besonders effizient.» Und was für die Schweizer Politik von Interesse könnte, so De Dardel, sei nicht zuletzt der Umstand, dass Finnland seinen Strafvollzug reformiert habe, damit er effizienter werde und nicht nur, um das politische Ideal einer humaneren Gesellschaft zu verfolgen.

Die Kriminalitätsraten sind gesunken

«Die finnische Entkriminalisierungspolitik zugunsten einer rationalen, effizienten, gerechten und humanen Kriminaljustiz beruht auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und stellt einen weltweit einzigartigen Fall von Gefängnisabbau dar», sagt Mathilde Marendaz, die als Doktorandin im Projekt «Prison Degrowth» arbeitet. «Die Wirksamkeit dieses auf die Rehabilitation ausgerichteten Modells, das fernab vom Einfluss des Strafrechtspopulismus entwickelten Modells und sein Nutzen für die Gesellschaft ist vielfach nachgewiesen.»

Mathilde Marendaz untersucht das finnische Modell in einem Forschungsaufenthalt vor Ort und ist der Ansicht, dieses könnte der Schweiz aus verschiedenen Gründen als Vorbild dienen. So beweise es beispielsweise, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Variabilität der Kriminalitätsraten und der Inhaftierungsraten gebe. Finnische Kriminalitätsraten folgten denen der anderen nordischen Länder. Und das Land habe gezeigt, dass sich die Inhaftierungsraten durch verschiedene Strategien der Kriminaljustiz erheblich beeinflussen liessen. «Die Finnen haben eine der niedrigsten Rückfallquoten der Welt erreicht.»

«Es wurde gemeinsam die Überzeugung vertreten, das Strafrecht sei bei der Verbrechensverhütung nur ein Mittel unter vielen.»

Der umfassende Wandel im finnischen Strafvollzug hatte allerdings auch mit einigen spezifischen Umständen und Massnahmen zu tun. Der politische Wille, die Inhaftierungsquote zu senken, wurde von allen direkt betroffenen Kreisen – Beamte, Richterinnen, Strafvollzugsbehörden – geteilt, und die Politikerinnen und Politiker haben sich nicht gegen die Reformpläne gewehrt. Nach Ansicht von Tapio Lappi-Seppälä ist dieser seltene allgemeine Konsens auf mehrere Faktoren zurückzuführen: Unter anderem seien Richter und Staatsanwältinnen in Finnland aufgeschlossener für alternative Vollzugsformen, da an den juristischen Fakultäten Kriminologie und Strafrechtspolitik ins Studium einbezogen würden. Und eine grosse Rolle hätten bei der Umsetzung der reduktionistischen Politik auch die Medien gespielt. So hätten Expertinnen auf den Redaktionen Informations- und Aufklärungsarbeit geleistet, um die neue Strategie zu erklären und zu begründen. Vor allem aber hätten die Zeitungen eine «nüchterne und vernünftige Haltung» zu Fragen der Kriminalpolitik bewahrt und zeigten wenig Neigung zu Sensationsberichten über die Kriminalität. «Wir sind weitgehend vor Populismus auf niedrigem Niveau verschont worden», so Lappi-Seppälä in seinem Artikel von 2012.

Hält der Konsens auch in Zukunft?

Ob diese Analyse immer noch gilt, und ob der gesellschaftliche Konsens zur reduktionistischen Politik weiterhin hält, wird sich zeigen. Einerseits wurde Finnland soeben zum achten Mal in Folge von Glücksforschern zum glücklichsten Land der Welt gekürt, was für die soziale Stabilität spricht. Doch auch in Finnland hat die Bedeutung der gedruckten Presse nachgelassen, und die Menschen informieren sich heute vermehrt auf den stark polarisierenden sozialen Medien. Vor allem aber ist mit der «Finnenpartei» (früher: «Wahre Finnen») seit 2023 eine klar populistische und xenophobe Partei, die auf strengere Strafen schwört, an der Regierung beteiligt. Und das hat Folgen.

«Im finnischen Amt für Strafvollzug und Bewährungshilfe wurden Haushaltskürzungen und Entlassungen vorgenommen, die das Gefängnisssystem in eine Krise stürzen», sagt Mathilde Marendaz. Die Strafrechtspolitik würde wieder verschärft, ohne auf die Expertise von Wissenschaftlern zurückzugreifen, was die Inhaftierungsraten erhöht. «Die Expertinnen und Experten wurden von einer Situation überrascht, die es seit der strafrechtlichen Transformation nicht mehr gab», so die Genfer Forscherin in Helsinki. «Sie suchen ihre Rolle und hoffen ungeduldig auf einen Regierungswechsel bei den nächsten Parlamentswahlen im Jahr 2028.»

Gemeinnützige Arbeit ist im finnischen Strafvollzug weitverbreitet. Das Bild oben zeigt einen Einsatz bei einer Stadtgärtnerei.

Der Gefängniscomplex von Konnunsuo (Bild unten) steht nahe der russischen Grenze und war von 1918 bis 2011 in Betrieb. Das Gefängnis ist heute ein Kulturerbe von nationaler Bedeutung und dokumentiert die Entwicklung der Strafvollzugsanstalten im 20. Jahrhunderts.

Fotos: Prison and Probation Service of Finland



Fünf Fragen an Nathalie Dorn

«Wir haben bereits erweiterte Kontrollmöglichkeiten für synthetische Drogen eingeführt.»

Nathalie Dorn, Direktorin der Untersuchungsgefängnisse Zürich, hält die Idee von drogenfreien Gefängnissen für illusorisch. Im Kurz-Interview erklärt sie, was in Zürich getan wird, um den Schmuggel und Konsum zu minimieren und wie man mit dem problematischen «Angstblocker» Pregabalin umgeht.



Der Kanton Freiburg hat im Gefängnis Bellechasse zwischen 2019 und 2022 rund 1200 Urintests auf Drogen analysiert. Die Analysen zeigen, dass 10% der Inhaftierten Drogen konsumieren. Sind die Zahlen vergleichbar mit jenen in Zürich?

Wir führen dazu keine Statistik. Für die Untersuchungsgefängnisse des Kantons Zürich lässt sich feststellen, dass der Besitz von Drogen in der Regel Einzelfälle betrifft. Dies liegt daran, dass die Untersuchungshaft geschlossen geführt wird und die Kontaktmöglichkeiten zur Aussenwelt aufgrund des Verfahrensschutzes sehr viel restriktiver sind als im Vollzug. Dennoch stossen wir auch in der Untersuchungshaft immer wieder auf illegale Substanzen.

Ist ein drogenfreies Gefängnis illusorisch?

Ja. Es ist ein Fakt, dass viele Menschen in Haft mit Suchtmittelproblematiken zu kämpfen haben, und es ist nicht absehbar, dass sich dies in naher Zukunft ändern wird. Deshalb wird der Druck von inhaftierten Personen, an entsprechende Substanzen zu kommen, weiterhin hoch bleiben. Es wird auch in Zukunft nicht möglich sein, den Drogenschmuggel oder Konsum in Gefängnissen vollständig zu unterbinden. Dennoch setzen wir alles daran, beides so weit wie möglich zu minimieren. Durch den Einsatz von ausgebildetem Personal und einem gut abgedeckten Gesundheitsdienst können wir Suchterkrankungen und den damit verbundenen Schwierigkeiten gezielt begegnen. Zusätzlich bieten wir präventive Massnahmen an und vermitteln den Betroffenen therapeutische Programme

oder Beratungsstellen, um ihnen langfristig zu helfen.

Welche Drogen werden konsumiert?

Das Gefängnis ist auch ein Spiegelbild der Gesellschaft. Entsprechend sind die Bedürfnisse innerhalb der Mauern oft mit denen ausserhalb vergleichbar. Das gilt auch für Suchtmittel und entsprechende Trends. Wir begegnen Menschen mit den unterschiedlichsten Erkrankungen und Abhängigkeiten. Diese bestehen in der Regel bereits vor der Inhaftierung, wobei die Krise, die eine Inhaftierung auslösen kann, die psychische Belastung und damit den Suchtdruck noch verstärken kann. Der Wunsch, sich zu betäuben, ist dabei nicht zu unterschätzen. Alkohol spielt oft eine grosse Rolle, aber auch der Missbrauch von Medikamenten, THC oder Kokain ist verbreitet.

In Deutschland werden vermehrt synthetische Drogen entdeckt, die auf Briefpapier geträufelt in die Gefängnisse gelangen. Wird diese Art von Schmuggel auch in Zürich praktiziert?

Die Möglichkeit einer solchen Einfuhr von Drogen ist uns bekannt und sie wurde mit unterschiedlichen Fachpersonen eingehend erörtert. Bislang haben wir jedoch keine Hinweise darauf, dass ein solcher Fall in einer unserer Institutionen vorgekommen ist. Wir haben bereits erweiterte Kontrollmöglichkeiten für synthetische Drogen eingeführt, die jedoch keine zusätzlichen Hinweise auf Schmuggel erbracht haben. Trotz dieser Massnahmen bleiben wir wachsam

und setzen kontinuierlich auf Prävention und Schulung des Personals, um mögliche Risiken frühzeitig zu erkennen und zu minimieren. Wir möchten ein so weit wie möglich drogenfreies Umfeld schaffen und damit die Sicherheit aller inhaftierten Personen, aber auch jene der Mitarbeitenden gewährleisten.

Viele Gefängnisärzte berichten, dass in letzter Zeit die Nachfrage nach dem «Angstblocker» Pregabalin gestiegen sei und die Inhaftierten teils sehr aggressiv reagieren, wenn sie den Wirkstoff nicht in der gewohnten, viel zu hohen Dosis bekommen. Wie gehen Sie mit dieser Problematik um?

Pregabalin ist auch in Zürcher Gefängnissen ein Thema, da das Medikament ein hohes Risiko für Abhängigkeit mit sich bringt und von vielen suchterkrankten Menschen konsumiert wird. Bei inhaftierten Personen, die Pregabalin verlangen, wird die medizinische Indikation sorgfältig abgeklärt. Wir verzichten darauf, Pregabalin zu verschreiben, sondern stützen uns auf eine alternative Behandlungsmöglichkeit. Besteht bereits vor der Inhaftierung eine Behandlung mit Pregabalin, wird wenn immer möglich versucht, das Pregabalin abzusetzen und eine andere Medikation einzuführen, die weniger Risiken für eine Suchterkrankung mit sich bringt. Zusätzlich bieten wir umfassende Unterstützung und Beratung für betroffene Personen an, um den Übergang zu alternativen Therapien zu erleichtern. Unser Ziel ist es, die Gesundheit der inhaftierten Personen zu fördern und gleichzeitig das Risiko von Abhängigkeiten zu minimieren. (nig)

Die kriminologisch-forensische Zusammenarbeit während des Vollzugs von Massnahmen

Einblicke in die Betreuung von Sexualstraftätern im Kanton Freiburg

Angesichts der geringen Verfügbarkeit von geeigneten Einrichtungen im Konkordat der lateinischen Schweiz muss die forensische Therapie von Sexualstraftätern in Gefängnissen stattfinden. Sexualstraftäter tendieren dazu, Teams zu spalten. Eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Kriminologen ist daher unerlässlich und zahlt sich trotz ihrer Komplexität aus.

Corinne Devaud Cornaz,
Agathe Azzola,
Eleonora Renevey,
Martine Courvoisier

In den Kantonen des Strafvollzugskonkordats der lateinischen Schweiz gibt es nur wenige geeignete Einrichtungen zur Betreuung von Sexualstraftätern. Betroffene Personen müssen deshalb im Gefängnis betreut werden. Forensische Therapeuten arbeiten hier neben dem Gefängnispersonal und sollen eine Betreuung bieten, die sowohl auf die klinischen Bedürfnisse des Patienten als auch auf die Ziele des Strafvollzugsplans zugeschnitten ist. Dieser Umstand erfordert eine enge interdisziplinäre Zusammenarbeit. Sie ist umso wichtiger, weil es sich bei Sexualstraftätern oft um Personen mit einem hohen Risiko für eine Persönlichkeitsspaltung handelt; die Abschottung im Gefängnis verschärft das Risiko zusätzlich.

Beispiel Freiburg

Im Kanton Freiburg ist das Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe (JVBHA) für den Vollzug der Verurteilungen zuständig. Es entscheidet über die Fortschritte der inhaftierten Person während des Strafvollzugs und erteilt Aufträge an die Einrichtungen und Fachpersonen des Gesundheitswesens. Ausserdem beobachtet es die Risiken, sammelt Informationen von Partnerstellen und beauftragt bei Bedarf Fachpersonen der beratenden Kommission für bedingte Straferlassung und die Abklärung der Gemeingefährlichkeit.

Der Kriminologische Dienst der Freiburger Strafanstalt (FRSA) bewertet die Risiken im Verlauf der Inhaftierung einer Person und strebt dabei ein Gleichgewicht zwischen deren Resozialisierung und der öffentlichen Sicherheit an. Die kriminologische Beurteilung stützt sich auf Gespräche, die mithilfe von standardisierten Instrumenten geführt werden, und nutzt den besonderen Blickwinkel der interdisziplinären Partner.

Die forensische Psychiatrie und die forensische Psychologie sind Fachgebiete, die Recht und Strafvollzug miteinander verknüpfen. So ist auch die Abteilung für Therapien des Zentrums für forensische Psychiatrie (ZFP) des Freiburger Netzwerks für psychische Gesundheit (FNPG) im Gefängnis aktiv. Sie berichtet über die Fortschritte der inhaftierten Personen und stellt diese in den Zusammenhang mit ihrer psychiatrischen Pathologie.

Problematik

Verfügen die Fachleute nicht über die relevanten Informationen, wird der betreffende Fall verkürzt dargestellt. Werden die Ergebnisse einer psychotherapeutischen Betreuung nicht mitgeteilt, ist es unmöglich, über die Fortschritte der inhaftierten Person zu entscheiden. So würde beispielsweise der regelmässige Pornografiekonsum eines Sexualstraftäters im Gefängnis unbemerkt bleiben, wenn es keinen Austausch zwischen den Fachleuten gäbe. Solche Informationen müssen unbedingt weitergegeben werden, um die Wiederholung von Straftaten zu verhindern.

Interdisziplinärer Ansatz

Fundierte Entscheidungen sind abhängig vom Zugang auf aktuelle Informationen und einem regelmässigen interdisziplinären Austausch zwischen Fachleuten (Kriminologen, Psychotherapeuten, Vollzugsbeamten, Werkstattleiter, Sozialarbeiter usw.). Dieser Austausch findet formell im Rahmen von interdisziplinären Netzwerksitzungen statt, oder informell dort, wo die Beteiligten im Gefängnisalltag der inhaftierten Personen tätig sind. Er steht im Mittelpunkt der Zusammenarbeit, die für die Entscheidungsfindung, die Betreuung der inhaftierten Personen, die institutionelle Verwaltung der Gefängnisse (dynamische Sicherheit) und die Risikoprä-



Corinne Devaud Cornaz, Assistenzärztin im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) sowie im Zentrum für forensische Psychiatrie (ZFP)



Agathe Azzola, Rechtspsychologin im Freiburger Netzwerk für psychische Gesundheit (FNPG) sowie im Zentrum für forensische Psychiatrie (ZFP)



Eleonora Renevey, Kriminologin, Amt für Justizvollzug und Bewährungshilfe (JVBHA) des Kantons Freiburg

Martine Courvoisier, Leiterin des Kriminologischen Dienstes der Freiburger Strafanstalt (FRSA)-Bellechasse

vention von entscheidender Bedeutung ist. Von dieser bereichsübergreifenden Zusammenarbeit profitiert auch die therapeutische Betreuung, bei der das Behandlungsteam seine klinischen Beobachtungen wiedergibt. Durch das interdisziplinäre Vorgehen wird den inhaftierten Personen eine intensive institutionelle Betreuung mit einer massgeschneiderten psycho-sozialen und gerichtlichen Begleitung geboten. Weit über die enge Zusammenarbeit der verschiedenen Partner hinaus ist in der Freiburger Strafanstalt ein solides Vertrauensverhältnis entstanden, das auf gegenseitigem Verständnis und den Bemühungen beruht, sich gegenseitig zu kennen und zu respektieren.

Die enge Koordination zwischen den Einheiten ermöglicht den Therapeuten eine zeitliche Abstimmung der Fortschritte mit der Pflege, indem der gerichtliche Rahmen an die psychiatrischen Bedürfnisse des Patienten bzw. der inhaftierten Person angepasst wird. Dieser dialektische Ansatz soll zunächst einen echten Raum für die psychische Pflege gewährleisten und gleichzeitig die Sicherheitsaspekte berücksichtigen.

Zwei Logiken

Diese beiden Logiken sind keineswegs gegensätzlich, sondern müssen ständig hinterfragt werden, um eine Instrumentalisierung der Therapie im Dienst des reinen Risikomanagements zu verhindern. Der Austausch mit den Kriminologen hilft den Therapeuten, die Sicherheitsfrage nicht in den Mittelpunkt zu stellen. Umgekehrt bringt die Teilnahme an Netzwerksitzungen Konsistenz in die Therapie: Die Beobachtungen der Beteiligten helfen, das zwischenmenschliche Funktionieren zu veranschaulichen. Dieser Blick von aussen ergänzt und bereichert die introspektive Arbeit. Der daraus hervorgehende Holding- bzw. Containment-Effekt erweist sich als sehr wirksam, um der Zerrissenheit der Sexualstraftäter entgegenzuwirken.

Umfassende Sicht auf inhaftierte Person

Eine gute interdisziplinäre Zusammenarbeit ermöglicht jeder Berufsgruppe eine umfassende Sicht auf die inhaftierte Person während des Strafvollzugs, sei es in Bezug auf ihre Fortschritte, ihre tägliche Begleitung, die Vorbereitung auf die Entlassung oder Sicherheitsaspekte.

Sie wird durch die kriminologische Beurteilung eingeleitet, die Beobachtungen vor Ort sammelt, einschliesslich klinisch-forensischer Indikatoren, um die Entwicklung der inhaftierten Person im Licht des RPB-Modells (Modell zur Beurteilung und Rehabilitation von Straftätern auf der Grundlage der Prinzipien von Risiko, Bedürfnissen und Empfänglichkeit) zu analysieren.

Innerhalb dieses interdisziplinären Ansatzes, in dem die Kriminologen die Aufgaben der Konfrontation mit der Straftat und der Sicherheit übernehmen, erhält der therapeutische Raum für den Patienten/die inhaftierte Person wieder eine rein klinische Bedeutung und die Therapeuten finden ihre ursprüngliche Aufgabe wieder: primär rehabilitativ tätig zu sein.

Eine solche Zusammenarbeit wird für die Betreuung von Sexualstraftätern unumgänglich. Dennoch erfordert eine effektive Nutzung auf beiden Seiten eine ausgezeichnete Kenntnis der Ziele und der Aufgaben im jeweiligen Bereich sowie Transparenz gegenüber dem Patienten/der inhaftierten Person, die unbedingt einbezogen werden muss, da sonst die gesamte Zusammenarbeit ins Leere laufen würde.

Wir stellen fest, dass diese enge Zusammenarbeit zwischen den am Vollzug der Massnahmen beteiligten Stellen funktioniert. Für die meisten inhaftierten Personen ist sie von Vorteil: Die mit den spezifischen Zielen einhergehenden Anpassungen des Rahmens des Massnahmenvollzugs sowie eine bewusstere Therapieführung haben die Entwicklung der Sexualstraftäter zweifellos begünstigt.

Bericht des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter

Das CPT ist besorgt über die Unwirksamkeit einiger Empfehlungen

Bei seinem neunten Besuch in der Schweiz untersuchte das Europäische Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) die Behandlung von Personen, die sich in der Westschweiz in Polizeigewahrsam oder in Untersuchungshaft befanden. Das CPT überprüfte insbesondere die Umsetzung der schon vor längerer Zeit abgegebenen Empfehlungen. Der Bundesrat hat zum entsprechenden Bericht Stellung genommen.

Patricia Meylan

Im März 2024 besuchte eine Delegation des CPT Justizvollzugsanstalten und polizeiliche Hafteinrichtungen in den Kantonen Waadt, Genf, Freiburg und Wallis. In seinem Bericht unterstreicht das CPT die ausgezeichnete Zusammenarbeit mit den politischen Behörden wie auch mit dem Personal der besuchten Einrichtungen.

Es hält fest, dass «die Schweizer Behörden mehrere Empfehlungen, von denen einige schon vor langer Zeit abgegeben wurden, noch immer nicht umgesetzt haben». Das Komitee hofft, es müsse nicht auf die im Übereinkommen zur Verhütung von Folger vorgesehene öffentliche Erklärung zurückgreifen und zeigt sich insbesondere besorgt über Einschränkungen der Kontakte zur Aussenwelt, über die Überbelegung der Gefängnisse und über bestimmte Verfahrensgarantien.

Verschiedenartige Gewalt

Die vom CPT gesammelten Anschuldigungen betrafen Schläge mit Schlagstöcken, Faustschläge und Fusstritte, Ohrfeigen, gewaltsames zu Boden werfen oder rassistische Äusserungen von Polizisten. In seiner im Januar 2025 veröffentlichten Antwort an das CPT hält der Bundesrat fest, «die zuständigen kantonalen Behörden versichern, dass sie keine rassistisch motivierten Misshandlungen,

Beleidigungen oder Beschimpfungen durch Polizeiangehörige dulden». Der Bundesrat präzisiert, allfällige Missbräuche würden untersucht und disziplinarisch geahndet oder gar strafrechtlich verfolgt.

Zwei vom Komitee befragte Personen gaben an, sie seien von Polizeihunden mehrfach angegriffen und gebissen worden, obwohl sie bereits überwältigt worden waren. Die Fälle haben sich offenbar in Freiburg und in Genf ereignet. Das CPT möchte über die Folgemassnahmen in diesen Fällen informiert werden. Der Bundesrat hält fest, dass der Einsatz von Polizeihunden in den beiden Kantonen streng geregelt sei. Er versichert, dass der Ausschuss informiert werde, sobald die zuständigen Justizbehörden den Sachverhalt festgestellt hätten.

Zur Verhinderung von Misshandlungen bei der polizeilichen Anhaltung empfiehlt das CPT, die Uniformen der Polizeiangehörigen mit einem deutlich sichtbaren und lesbaren Identifikationsmerkmal zu versehen. Eine weitere Empfehlung des Komitees betrifft das Tragen von Bodycams bei Anhaltungen. Der Bundesrat hält fest, dass liege in der Zuständigkeit der Kantone, die betreffenden Behörden würden jedoch auf diese Empfehlungen aufmerksam gemacht.

Folter als eigener Straftatbestand

Das Strafgesetzbuch kennt keinen Straftatbestand der «Folter». Ein solches Verhalten wird als anderer Straftatbestand (Mord, Körperverletzung, Amtsmissbrauch usw.) geahndet. Die CPT legt der Schweiz nahe, die Folter ausdrücklich ins Strafgesetzbuch aufzunehmen.

Im Jahr 2020 wurde eine entsprechende parlamentarische Initiative (20.504) von Nationalrat Beat Flach eingereicht. Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrates (RK-N) hat beschlossen, diesem Vorstoss Folge zu geben. In seiner Antwort an das CPT hält der Bundesrat fest, dass die RK-N im November 2024 einen Vorentwurf verabschiedet habe,

dass noch in diesem Jahr eine Vernehmlassung zu zwei Varianten durchgeführt würde und dass die Frist für die Umsetzung dieser Initiative auf das Frühjahr 2026 festgelegt sei.

Verfahrensgarantien

Das CPT erinnert daran, dass es seit seinem ersten Besuch in der Schweiz im Jahr 1991 in ständigem Dialog mit der Schweiz stehe, um sicherzustellen, dass allen Personen unter Freiheitsentzug ab dem Zeitpunkt der polizeilichen Anhaltung drei Verfahrensgarantien gewährt würden. Es sind dies das Recht, Drittpersonen über ihre Situation zu informieren, das Recht auf Zugang zu einem Anwalt oder zu einer Anwältin und das Recht auf Zugang zu einer Ärztin oder zu einem Arzt. Gemäss dem CPT müssen diese Rechte «von Beginn des Freiheitsentzugs an – das heisst ab dem Zeitpunkt, in dem die Person von der Polizei ihrer Fortbewegungsfreiheit beraubt wird» gewährt werden. Das CPT hält fest, dass diese Garantien erst ab dem Zeitpunkt der vorläufigen Festnahme wirksam würden, dies trotz entsprechender Empfehlungen an die Schweizer Behörden in seinen sieben vorhergegangenen Berichten.

Diesbezüglich hält der Bundesrat fest, dass «die drei vom Ausschuss erwähnten Verfahrensgarantien in der Schweiz wirksam sind und sogar über die internationalen Standards im betreffenden Bereich hinausgehen». Er betont, dass das Recht auf Benachrichtigung der Angehörigen respektiert werde (vorbehaltlich der Einschränkung wegen Kollisionsgefahr), dass die bestehenden gesetzlichen Grundlagen für den Zugang zu einer amtlichen Verteidigung ausreichend seien und dass der Zugang zu einer Ärztin oder einem Arzt gewährleistet sei.

Überbelegung der Gefängnisse

Der Bericht des CPT nennt statistische Daten per 31. Januar 2024. An diesem Stichtag betrug die Rate der Inhaftierten 77 Personen



Die Gefängnisse in Genf und der Waadt sind stark überbelegt. Das Bild zeigt eine Zelle im Lausanner Gefängnis Bois-Mermet, in der ein Einzelbett kurzerhand zum Doppelbett umfunktioniert wurde. Foto: Peter Schulthess, 2017

auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (+7 Prozent gegenüber dem Vorjahr). Zum Zeitpunkt des Besuchs der Delegation lag die Auslastung des Gefängnisses Champ-Dollon bei 132 Prozent, jene des Gefängnisses Bois-Mermet bei 166 Prozent. Das CPT hält fest, dass trotz seiner Empfehlungen in den vier vorhergegangenen Berichten die Bemühungen zur Bekämpfung dieses Phänomens nicht ausreichen und gewisse Haftbedingungen «erbärmlich» sei-

en. Er fordert alle kantonalen Behörden auf, «ihre Bemühungen fortzusetzen, um die Politik zur Verringerung der Überbelegung von Gefängnissen auf kantonaler Ebene umzusetzen und die Justiz- und Strafverfolgungsbehörden dafür zu sensibilisieren, Haftstrafen nur als letztes Mittel einzusetzen.» Mit anderen Worten: Das CPT fordert die Schweiz auf, sich auf eine Politik einer verminderten Zahl von Strafanstalten zuzubewegen.

Der Bundesrat verweist in diesem Zusammenhang auf die laufenden Renovierungs- und Neubauprojekte. Er hält zudem fest, gegenwärtig würde der Einsatz von Electronic Monitoring analysiert. Die Ergebnisse der Analyse würden gegen Ende dieses Jahres vorgelegt. Zudem unterstreicht der Bundesrat, dass die Universität Genf, ganz im Sinne des CPT, ein Forschungsprojekt über den Abbau von Gefängnisstrukturen und Alternativen zum Freiheitsentzug durchführe.

Ein innovatives Projekt

Das Projekt «Je VAUD la peine» fördert die soziale Inklusion von straffällig gewordenen Personen

Mit dem Projekt «Je VAUD la peine» lädt die Fondation Vaudoise de Probation straffällig gewordene Personen zur Teilnahme an Kunstworkshops ein. Über die dabei entstehenden Werke wird ein Dialog mit der Gesellschaft aufgenommen. Ziel ist es, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren und der Stigmatisierung entgegenzuwirken.

Aurélie Stoll,
Claudia Campistol,
François Nicolin

Wer mit dem Gesetz in Konflikt gerät und inhaftiert wird, erfährt tiefgreifende Veränderungen im Leben. Eine Inhaftierung wirkt sich auf die körperliche und psychische Gesundheit, auf die finanziellen Möglichkeiten und den Zugang zum Wohnungs- und Arbeitsmarkt aus. Die Selbstwahrnehmung und das Selbstwertgefühl sowie die Beziehungen zu anderen Menschen werden beeinträchtigt. Das Verhältnis zur Gesellschaft

ist geprägt von einer Dynamik der Ausgrenzung, von Isolation und Stigmatisierung. Bleibt diese über längere Zeit bestehen, behindert sie die soziale Integration und den Ausstieg aus der Kriminalität. Die Fondation Vaudoise de Probation hat nun mit «Je VAUD la peine» ein Projekt initiiert, das die Umbrüche im Leben der Betroffenen abschwächen soll, indem ihre soziale Inklusion gefördert wird und sie die Möglichkeit erhalten, sich anders darzustellen als es die Öffentlichkeit erwartet.

Finanziert wird das Projekt über den Prix Solidarité 2024 der Versicherungsgesellschaft Retraites Populaires. Es bringt die von der Fondation Vaudoise de Probation (FVP) begleiteten straffällig gewordenen Personen mit Fachleuten, Forschenden und Studierenden der Schule für Kriminalwissenschaften der Universität Lausanne zusammen und integriert so Fachwissen aus der Praxis, Erkenntnisse aus der akademischen Forschung und Erfahrungen mit der Strafjustiz.

Kunstworkshops

«Je VAUD la peine» vermittelt in Workshops Möglichkeiten des künstlerischen Ausdrucks in Form von Graffiti und Fotografie. In diesen Workshops können sich straffällig gewordene Personen mit ihren Stärken und Ressourcen auseinandersetzen und ihren Lebensweg überdenken. Sie ermöglichen auch den Aufbau eines Peer-Support-Netzwerks mit anderen Personen, die vor ähnlichen Herausforderungen stehen, weil sie mit der Strafjustiz in Berührung gekommen oder strafrechtlich verurteilt worden sind.

An den Workshops, die an zwei Tagen im September und Oktober 2024 durchgeführt wurden, nahmen drei Projektleitende, fünfzehn straffällig gewordene Personen, ein Fotograf, ein Graffitikünstler und eine Bewährungshelferin teil. Später kamen eine Dozentin und Studierende hinzu, die im Rahmen ihres Masterstudiums in Kriminologie an der Universität Lausanne einen Kurs in Kriminalitätsprävention (LabPrev 2024) ab-





Aurélie Stoll ist Postdoktorandin des Schweizerischen Nationalfonds (SNF) an der Hochschule für Soziale Arbeit Freiburg (HSA-FR).



Claudia Campistol ist Koordinatorin-Animatorin bei der Fondation Vaudoise de Probation (FVP).



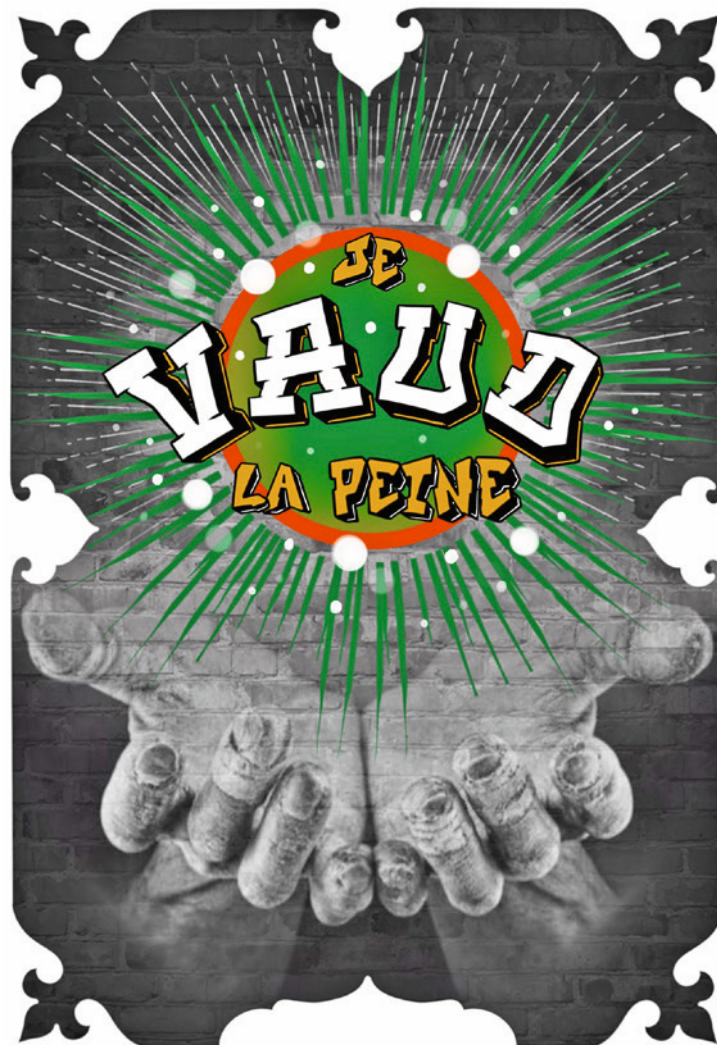
François Nicolin ist Mitarbeiter des Projekts «Je VAUD la peine».

solviert haben. Aus diesem Austausch zwischen Künstlern und Studierenden gingen ein Audioguide und eine Kurzbiografie zu den einzelnen Werken hervor. Daraus entsteht nun eine Wanderausstellung, die von öffentlichen Diskussionsrunden begleitet wird. Die Ausstellung wird mit einer Vernissage am 25. und 26. September 2025 im Salon des Casinos de Montbenon in Lausanne eröffnet.

Annäherung an die Zivilgesellschaft

«Je VAUD la peine» ist ein solidarisches und innovatives Projekt, das die soziale Inklusion und den Weg aus der Kriminalität unterstützen soll. Solidarisch deshalb, weil es eine Annäherung von straffällig gewordenen Per-

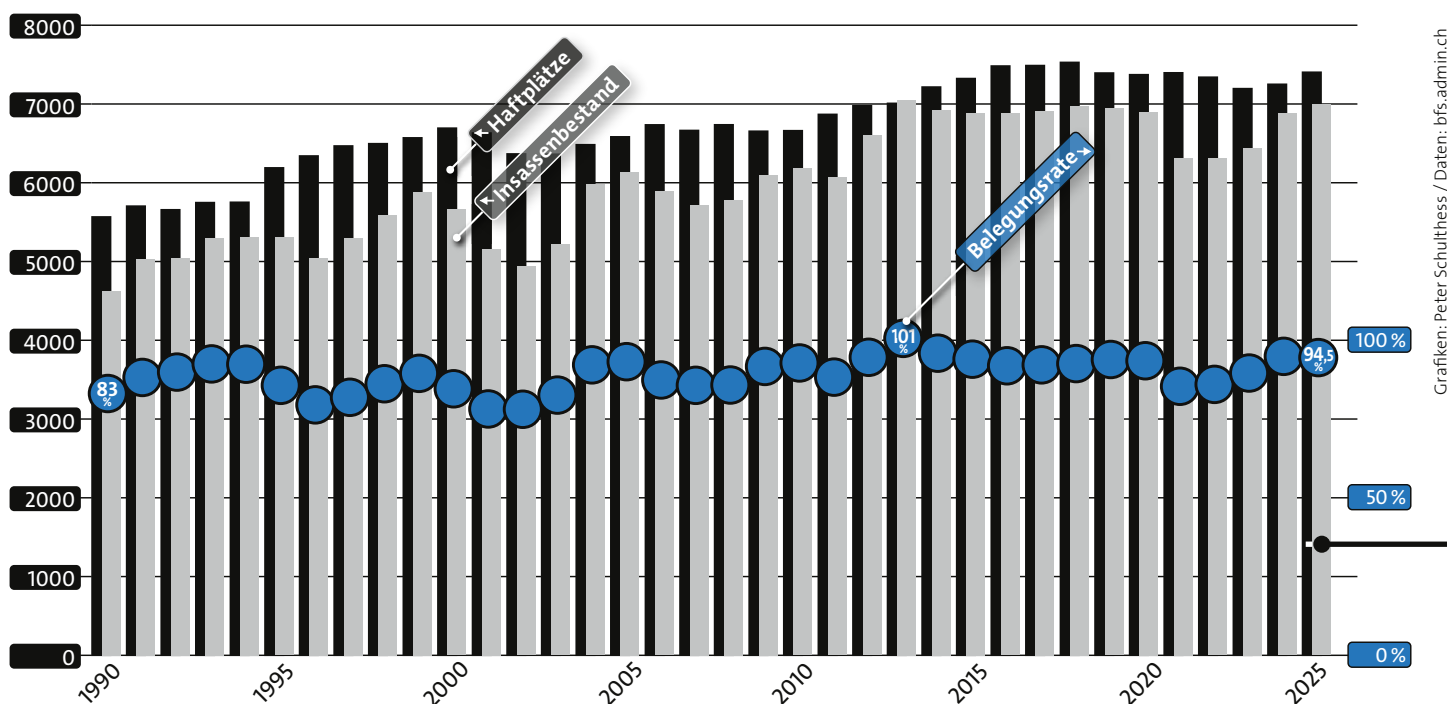
sonen an die Zivilgesellschaft ermöglicht, indem die Kunst als Mittel zur Förderung des Dialogs, des gegenseitigen Kennenlernens und der Interaktion genutzt wird. Innovativ ist das Projekt, weil es für und mit diesen Personen konzipiert wird und deren Erfahrungen und Stimmen berücksichtigt. Dies ermöglicht es, Lehren aus den Erfahrungen zu ziehen, das System zu verbessern und positive Signale für einen Ausstieg aus der Kriminalität zu senden. «Je VAUD la peine» zeichnet sich insbesondere dadurch aus, dass die Beteiligten viel Zeit und Energie in den Aufbau von vertrauensvollen Beziehungen investieren. Diese gewährleisten eine sorgfältige, konstruktive und nachhaltige Zusammenarbeit.



In den Workshops konnten gerichtlich belangte Personen ihre Gefühle und Gedanken künstlerisch ausdrücken sowie neue wertvolle Beziehungen knüpfen. Ab 25. September 2025 sind die Werke im Casino de Montbenon in Lausanne zu sehen. Fotos: Projekt «Je VAUD la peine»

Rekordhohe Anzahl von Personen in Untersuchungs- und Sicherheitshaft

Erhebung des BFS zum Freiheitsentzug

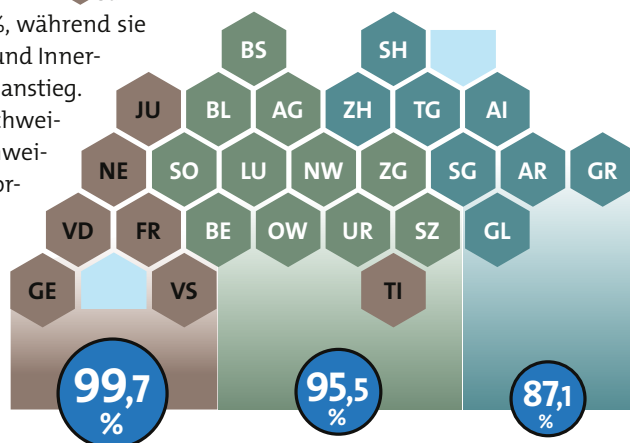


Grafiken: Peter Schultness / Daten: bfs.admin.ch

Am 31. Januar 2025 waren in der Schweiz **6994 Personen inhaftiert**. Das waren 2% mehr als am entsprechenden Stichtag 2024.

Auch die **Zahl der Haftplätze** (7404) und der Justizvollzugseinrichtungen (90) ist gegenüber dem 31. Januar 2024 ebenfalls angestiegen. Das hatte eine Stabilisierung der **Belegungsrate** schweizweit bei 94,5% zur Folge.

Zwar ist die Belegungsrate für die ganze Schweiz gegenüber 2024 gleichgeblieben, doch es gab regionale Verschiebungen. Im Konkordat der lateinischen Schweiz sank die Rate von 102,4% auf 99,7%, während sie im Konkordat der Nordwest- und Inner-schweiz von 92,7% auf 95,5% anstieg. Weiterhin unter der gesamtschweizerischen Rate liegt das Ostschweizer Konkordat mit 87,1% (Vorjahr 88,4%).



Von den 6994 inhaftierten Personen befanden sich **62,4%** im **Straf- oder Massnahmenvollzug (inkl. vorzeitigem Strafantritt)**,

62,4%

31,6% sassen in **Untersuchungs- oder Sicherheitshaft**,

31,6%

und **6%** waren aus **anderen Gründen** inhaftiert.

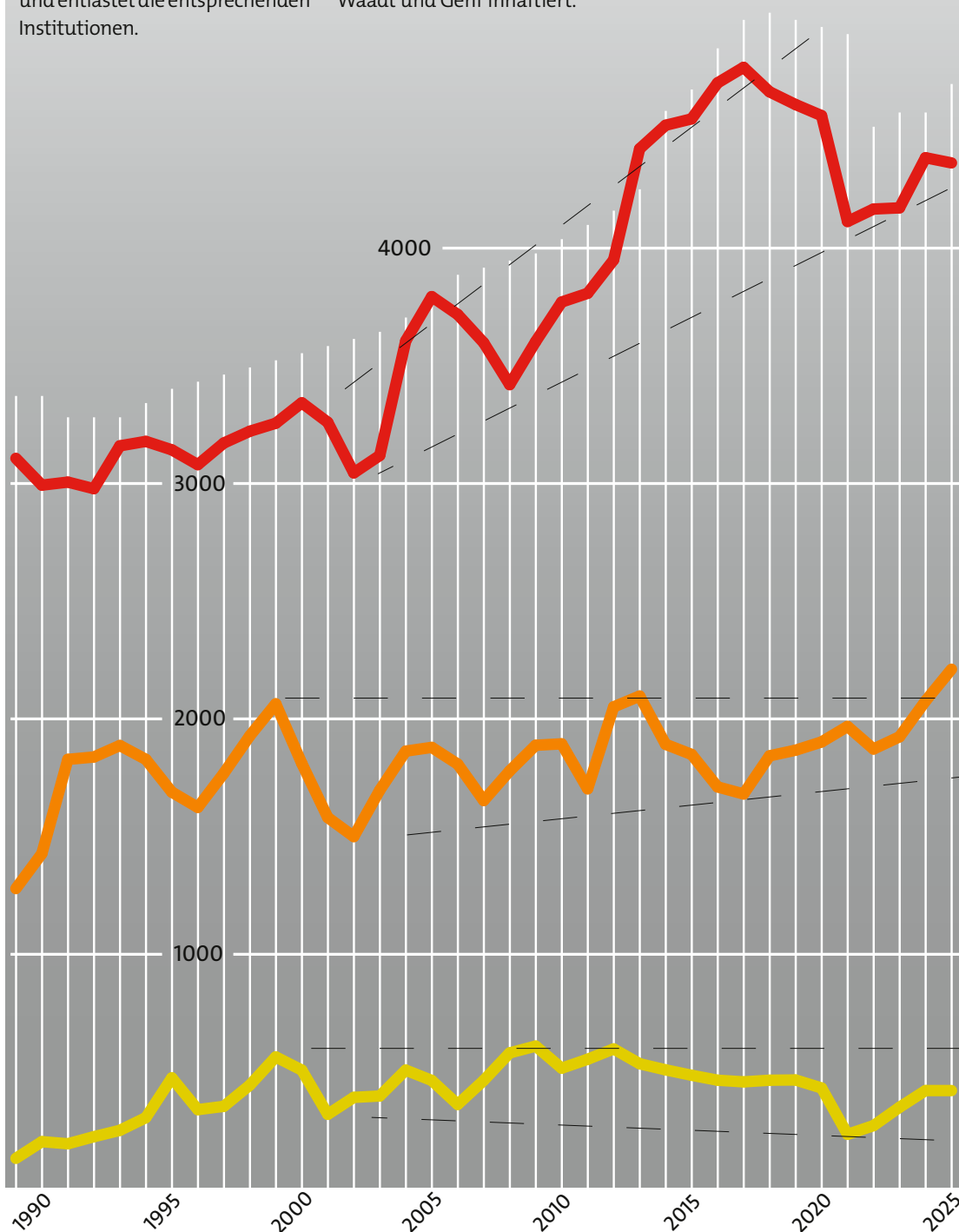
6%

Die Anzahl der Personen im **Straf- und Massnahmenvollzug (inklusive vorzeitigem Strafantritt)** nimmt in der langfristigen Tendenz zu. Das ist hauptsächlich auf zwei Faktoren zurückzuführen: Erstens verlängert sich die Aufenthaltsdauer, und zweitens nimmt der vorzeitige Straf- und Massnahmenvollzug zu. Das reduziert die Anzahl der Personen in Untersuchungshaft und entlastet die entsprechenden Institutionen.

Am 31. Januar 2025 befanden sich **2211 Personen in Untersuchungs- oder Sicherheitshaft** (+7% gegenüber 2024). Das ist der höchste Wert für diese Haftform seit Erhebungsbeginn im Jahr 1988. Von diesen 2211 Personen waren 93% Männer und 79% ausländische Staatsangehörige. Etwas mehr als die Hälfte der Untersuchungshäftlinge war in den Kantonen Zürich, Waadt und Genf inhaftiert.

In die Gruppe **andere Gründe** fallen die **Ersatzfreiheitsstrafen** (für Geldstrafen und Bussenumwandlungen, **201 Personen**) sowie die **Ausschaffungshaft** (Zwangsmassnahmen nach Ausländer- und Integrationsgesetz, **220 Personen**).

Die Aufenthaltsdauer beträgt in dieser Gruppe nur wenige Tage.



Von der Geschichte in die Zukunft

Was können wir aus der Geschichte lernen, um die aktuelle und künftige Praxis im Umgang mit Akten von ausserfamiliär untergebrachten Kindern zu verbessern?

Das Bundesamt für Justiz (BJ) führte in Bern eine interdisziplinäre Tagung unter dem Titel «Von der Geschichte in die Zukunft: die Bedeutung von Akten für ausserfamiliär untergebrachte Kinder» durch. Der Anlass entstand im Rahmen des Programms «erinnern für morgen».

Giorgia Pancaldi



Giorgia Pancaldi, Fachmitarbeiterin BJ, zuständig für Betriebsbeiträge an Erziehungseinrichtungen.

Das BJ richtet an 190 schweizerische Erziehungseinrichtungen für Minderjährige und junge Erwachsene jährlich Betriebsbeiträge in Höhe von rund 80 Millionen Franken aus. Unser Team überprüft im Rahmen von Inspektionen, ob die Voraussetzungen für die Beitragsgewährung erfüllt sind. Dabei liegt der Schwerpunkt seit einigen Jahren auf den Akten der in den Institutionen lebenden Kinder und Jugendlichen.

Die Überprüfung basiert auf dem Austausch mit der Leitung und dem pädagogischen Personal der Institutionen sowie mit Vertreterinnen und Vertretern der Kantone. Im Mittelpunkt stehen das Verständnis der verschiedenen Phasen der Fremdplatzierung, die Überwachung der individuellen Förderplanung, die wichtigsten Punkte der Evaluation des Platzierungsprozesses sowie besondere Ereignisse oder schwerwiegende Vorfälle.

Brücke zwischen Vergangenheit und heute

Bei der Inspektion einer Erziehungseinrichtung wurden wir von einer Historikerin begleitet, die im Fachbereich «Fürsorgereiche Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen» (FSZM) des BJ arbeitet. Zu den Aufgaben dieses Fachbereichs gehören die Ausrichtung von Solidaritätsbeiträgen an die Opfer von FSZM und die Veröffentlichung der Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung dieser Thematik. Dank der Begleitung durch diese Kollegin konnte in den Gesprächen eine Brücke zwischen Vergangenheit und Gegenwart geschlagen werden.

In den Erfahrungsberichten von ehemals Betroffenen tauchen – neben erlittener Gewalt und Misshandlung – immer wieder verschiedene andere Elemente auf: mangelnde Informationen über die Gründe für die Fremdplatzierung und deren Dauer, fehlende Mitsprache der Jugendlichen, Trennung von der Familie mit seltenem oder keinem Kontakt zu Angehörigen, ein

standardisierter Umgang ohne Rücksicht auf individuelle Bedürfnisse sowie Mangel an qualifiziertem Personal und angemessener Aufsicht.

Obwohl sich die Betreuung von Heimkindern dank der Professionalisierung der Sonderpädagogik deutlich verbessert hat, scheinen einige Erfahrungen aus der Vergangenheit auch heute noch nachzuwirken.

Ziel und Inhalte der Tagung

Ziel der Tagung vom 22. November 2024 war es, Betroffene und Fachpersonen aus Praxis und Forschung zusammenzubringen und einen Raum für den Dialog und Austausch über Erfahrungen und Praktiken, ob in der Vergangenheit oder heute, zu schaffen. Die Tagung richtete sich in erster Linie an die kantonalen Bewilligungs- und Aufsichtsbehörden, um ihnen die für ihre Aufgabe massgebenden Informationen zu vermitteln. Ihre Erkenntnisse und Überlegungen können sie dann mit den betreffenden Institutionen teilen.

Die interdisziplinäre Tagung war in zwei Teile gegliedert: Im ersten Teil wurden vier Perspektiven hervorgehoben: die Forschungsperspektive, die Perspektive der Betroffenen, die Sicht der Staatsarchive und die aktuellen Beobachtungen und Erkenntnisse des BJ.

Aus der Forschungsperspektive wurde beleuchtet, was sich aus Akten von ehemals Betroffenen über die Geschichte der Fremdplatzierung erfahren lässt. Die Erfahrungsberichte der betroffenen Personen gaben wertvolle Einblicke in ihren Lebensweg und insbesondere darüber, wie sich die Einsicht in ihre Akte auf ihr Leben ausgewirkt hat und inwiefern damit die Gefahr einer erneuten Traumatisierung verbunden war. Eine Staatsarchivarin erläuterte die Rolle der Archive. Sie berichtete über ihre Erfahrungen aus der Begleitung bei der Akten-einsicht und über die Herausforderungen der aktuellen Archivierungspraxis. Schliess-



Die Tagung richtete sich in erster Linie an die kantonalen Bewilligungs- und Aufsichtsbehörden, um ihnen die für ihre Aufgabe massgebenden Informationen zu vermitteln. Foto: BJ

lich gab das BJ anhand seiner Erkenntnisse einen Einblick in die Vielfalt der aktuellen Praxis in der Schweiz.

Der zweite Teil bestand aus World Cafés für den Austausch in Kleingruppen. In diesen Diskussionen wurden verschiedene Perspektiven erkundet: die Erfahrungen von «Care leavers», die Ausbildung von Fachpersonen, die Praxis in den Institutionen, die Rolle der kantonalen Aufsichtsbehörden, die Partizipation der Kinder und die Frage der Archivierung.

Diese Tagung hat aufgezeigt, dass die Aktenverwaltung in den Institutionen mehr Fragen aufwirft als sie Antworten bereithält. Immerhin zeichnet sich ein Konsens ab: nämlich die Notwendigkeit, einen Rahmen zu definieren, der Schutz, Transparenz und Partizipation in Einklang bringt. Ausserdem erscheint es wichtig, diese Überlegungen in die Grundausbildung in Sozialarbeit einzubeziehen und den Austausch mit den zuständigen Behörden zu intensivieren, um eine gemeinsame Linie festzulegen und sich gleichzeitig mit der Integration neuer Technologien zu befassen.

Offene Fragen und Ausblick

Der Austausch zwischen den Teilnehmenden hat viele Fragen aufgeworfen:

- Warum sind schriftliche Aufzeichnungen bei der Begleitung der ausserfamiliären Unterbringung wichtig?
- Welche Aufzeichnungen sind zu erstellen, für wen sind sie bestimmt und nach welchen Kriterien werden sie in die Akten der Kinder aufgenommen?
- Inwieweit können die betroffenen Kinder Zugang zu den sie betreffenden Unterlagen erhalten?
- Wie wird sichergestellt, dass die Partizipation der Kinder an Entscheidungen, die sie direkt betreffen, nicht nur wirksam, sondern auch dokumentiert ist?

- Wie lässt sich die Akte in ein echtes Arbeits- und Hilfsmittel für die ausserfamiliäre Unterbringung von Kindern umwandeln?
- Welche Dokumente sind zu archivieren und für welche Dauer?
- Wie wird angesichts der ständigen Weiterentwicklung von Systemen und Programmen die Archivierung digitaler Akten gehandhabt?

Diesbezüglich wurden bereits Überlegungen angestellt. Einige Erziehungseinrichtungen haben ihre Praxis angepasst, indem sie insbesondere die Transparenz erhöht und die Partizipation bei der Verwaltung der Akten verstärkt haben. Wir sind gespannt auf die weiteren Entwicklungen in diesem Bereich und ihre konkreten Auswirkungen.



Ein Programm des Bundes zur Vermittlung der Aufarbeitung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Un programme de la Confédération pour transmettre l'histoire des mesures de coercition à des fins d'assistance et des placements extrafamiliaux

Un programma della Confederazione per tramandare la storia delle misure coercitive a scopo assistenziale o di collocamenti extrafamiliari



Die psychische Gesundheit fördern und schützen

Neue Empfehlung des Europarates

Die Förderung und der Schutz der psychischen Gesundheit von Häftlingen und Personen auf Bewährung gewährleisten nicht nur ihre menschliche Würde, sondern erleichtern auch ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Der Europarat erachtet es daher als wichtig, dass diese Personen so bald als möglich nach der Aufnahme in die Anstalt die erforderliche Unterstützung erhalten.

Folco Galli

Die Versorgung der psychischen Gesundheit von Häftlingen und Personen auf Bewährung sollte gemäss Äquivalenzprinzip die gleiche Qualität aufweisen wie jene der Allgemeinbevölkerung. Dies unterstreicht die am 26. Februar 2025 vom Ministerkomitee des Europarates verabschiedete Empfehlung über die Förderung der psychischen Gesundheit und die Behandlung von psychischen Störungen von Häftlingen und Personen auf Bewährung. Die Versorgung der psychischen Gesundheit sollte auch kulturelle und geschlechtsspezifische Faktoren berücksichtigen. Denn das Verständnis dieser Unterschiede ermöglicht es dem Gesundheitspersonal, eine wirksamere und besser auf die Bedürfnisse der Betroffenen abgestimmte Versorgung zu leisten. Die neue Empfehlung bekräftigt ferner den in den Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen verankerten Grundsatz, dass Personen, deren psychischer Gesundheitszustand keinen Freiheitsentzug in einer Justizvollzugsanstalt zulässt, in einer eigens dafür geschaffenen Einrichtung inhaftiert werden sollten.

Trennung und Einzelhaft

Wenn eine inhaftierte Person wegen ihres psychischen Gesundheitszustandes von den Mitgefangenen getrennt werden muss, sind die einschlägigen Bestimmungen der Europäischen Strafvollzugsgrundsätze zu beach-

ten, hält die Empfehlung des Europarates fest. Insbesondere muss der getrennten inhaftierten Person «täglich mindestens zwei Stunden echter zwischenmenschlicher Kontakt» ermöglicht werden. Die Einzelhaft darf als Disziplinarstrafe nur in Ausnahmefällen und für einen fest umrissenen, möglichst kurzen Zeitraum verhängt werden. Sie darf nicht verhängt werden, wenn dadurch der psychische Gesundheitszustand der inhaftierten Person verschlimmert würde.

Vielseitige Aktivitäten und soziale Kontakte

Die Empfehlung listet verschiedene Massnahmen auf, mit denen die psychische Gesundheit der Personen im Justizvollzug gefördert werden kann. Dazu zählen die Schaffung eines wohlwollenden Umfelds, Information und Aufklärung, der Zugang zu psychosozialen Diensten während der ganzen Dauer des Justizvollzugs sowie die Berücksichtigung von sozialen Faktoren wie Armut oder Diskriminierung. Ferner sollte der Justizvollzug ein vielseitiges Programm an Aktivitäten bieten, namentlich in den Bereichen Bewegung und Sport, Aus- und Weiterbildung sowie Kultur. Besonders wichtig sind auch die Förderung von sozialen Kontakten mit der Familie, den Mitgefangenen und der Gemeinschaft sowie die Begleitung auf dem Weg zur Wiedereingliederung in die Gesellschaft.

Umfassender Schutz

Die verantwortlichen Behörden sollten laut Empfehlung überdies Massnahmen zum Schutz der psychischen Gesundheit treffen. Sie sollten mit Bildungs- und Behandlungsprogrammen den missbräuchlichen Konsum von legalen und illegalen Substanzen bekämpfen sowie den Zugang zu Kriseninterventionsdiensten gewähren. Ferner sollten sie systemische Probleme angehen, die sich negativ auf die psychische Gesundheit im Justizvollzug auswirken. Insbesondere soll-

ten sie die erforderlichen finanziellen Mittel bereitstellen, damit die Gesundheitsdienste genügend Fachleute rekrutieren können.

Suizide verhindern

Nach Ansicht des Europarates verletzen die verantwortlichen Behörden das von der Europäischen Menschenrechtskonvention garantierte Recht auf Leben, wenn sie nicht angemessene Massnahmen ergreifen, um Suizide zu verhindern. Sie sollten deshalb Strategien zur Prävention von Selbstverstümmelungen und Suiziden entwickeln und umsetzen. Sie sollten zudem die Risikolage beurteilen und gefährdeten Personen einen schnellen Zugang zu Beratungsstellen garantieren oder sie in anderer Form unterstützen – zum Beispiel durch eine Therapie, durch eine medikamentöse Behandlung oder durch familiäre und soziale Unterstützung.

Kontinuierliche Betreuung

Ausführlich geht die Empfehlung auf die Betreuung von Personen mit psychischen Störungen ein. Sie beginnt mit der Untersuchung, die bei der Aufnahme in die Anstalt sowie vor der Entlassung oder zu Beginn der Bewährung erfolgt und nötigenfalls erneuert wird. Ergeben sich bei dieser Untersuchung Hinweise auf psychische Störungen, sollten die betroffenen Personen umfassend medizinisch untersucht werden. Die verantwortlichen Behörden sollten den Personen mit psychischen Störungen den Zugang zu einer Reihe von wirksamen Behandlungsoptionen erleichtern. Die Behandlung sollte durch Fachpersonal oder durch allgemeine psychosoziale Dienste – so weit als möglich im Rahmen eines multidisziplinären Ansatzes – erfolgen. Die Behandlung sollte auf der freien und informierten Zustimmung der betroffenen Personen beruhen, ausser sie könne aus gesetzlich festgelegten medizinischen Gründen ohne deren Zustimmung erfolgen.

Interventionen in Krisensituationen sollten gemäss Empfehlung so weit als möglich im Rahmen eines therapeutischen Ansatzes unter der Aufsicht des Gesundheitspersonals erfolgen und keinen strafenden Charakter haben. Dabei sollten die Anwendung von Gewalt und Zwangsmassnahmen sowie die Trennung von den Mitgefangenen möglichst vermieden werden, weil solche Massnahmen den Zustand der betroffenen Person verschlechtern können.

Das Personal unterstützen und schulen

Die verantwortlichen Behörden sollten das für die Förderung und den Schutz der psychischen Gesundheit zuständige Personal bei

der Bewältigung des Stresses unterstützen, der mit der Erfüllung dieser Aufgaben verbunden ist. Sie sollten ihr Augenmerk auch auf die Ausbildung richten, damit das Personal wirksam mit den betroffenen Personen interagieren, die Qualität der Versorgung verbessern und das Risiko negativer Auswirkungen verringern kann. Die Ausbildung sollte das Personal zudem befähigen, mit arbeitsbedingten psychischen Belastungen umzugehen. Schliesslich sollten die Mitgliedsstaaten systematisch anonymisierte Daten über Personen mit psychischen Störungen im Justizvollzug erheben, um gestützt darauf eine effiziente Planung der Gesundheits-

dienste zu ermöglichen und die Forschung im Hinblick auf eine verbesserte Versorgung zu erleichtern.

Psychisch Kranke profitieren von einem breiten Arbeits- und Freizeitangebot sowie von der hohen Strukturierung einer Institution. Das Bild zeigt eine Maltherapie-Sitzung in der Justizvollzugsanstalt Realta (GR).
Foto: Peter Schulthess



«Eine Zugkraft ausüben und als Messlatte dienen»

#prison-info: Welche Gründe haben den Europarat bewogen, die neuen Empfehlungen zur psychischen Gesundheit zu verabschieden?

Ronald Gramigna: Bei den Besuchen des Anti-Folter-Ausschusses (CPT) sowie bei Kontakten mit den für den Justizvollzug zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten hat sich deutlich gezeigt, dass die psychischen Erkrankungen überall zugenommen haben. Namentlich landen heute viele Personen, die früher in der Allgemeinpsychiatrie behandelt wurden, im Freiheitsentzug, wenn sie im Zusammenhang mit ihrer psychischen Störung ein kleineres oder grösseres Delikt begangen haben. Diese Personen müssen adäquat behandelt werden. Deshalb braucht es neben den allgemeinen Europäischen Strafvollzugsgrundsätzen eine spezifische Empfehlung über die Versorgung und Förderung der psychischen Gesundheit.

Wer war an der Erarbeitung der neuen Empfehlung beteiligt?

Der Rechtswissenschaftler und Kriminologe Dirk van Zyl Smit und ich haben einen ersten Entwurf der Empfehlung und des erläuternden Berichts erarbeitet, den wir dann aufgrund der intensiven Diskussionen und Beratungen im neunköpfigen Rat für strafrechtliche Zusammenarbeit (Council for Penological Co-operation PC-CP) fortlaufend überarbeitet und verbessert haben. In offenen Sitzungen wurden auch die Stimmen der nicht im PC-CP vertretenen Mitgliedsstaaten, des Anti-Folter-Ausschusses, des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte sowie von Nichtregierungsorganisationen angehört und berücksichtigt. Es hat einen langen Atem gebraucht, aber so ist es uns gelungen, einen grossen Konsens zu erreichen und die Empfehlung sowie den erläuternden Bericht doch vergleichsweise rasch in zwei Jahren zu erarbeiten. Darauf konnten die beiden Dokumente vom Europäischen Ausschuss für Strafrechtsfragen (European Committee on Crime Problems CDPC) gutgeheissen und vom Ministerkomitee des Europarates verabschiedet werden.



Ronald Gramigna, promovierter Psychologe und Leiter des Fachbereichs Straf- und Massnahmenvollzug im Bundesamt für Justiz, ist Co-Autor der neuen Empfehlung und des erläuternden Berichts des Europarates. Foto: Peter Schultheiss

Wie verliefen die Diskussionen in den Gremien des Europarates?

Die Diskussionen waren sehr sachlich. Am meisten zu reden gab die Formulierung des wichtigen und unbestrittenen Äquivalenzprinzips. Namentlich wurde die Frage aufgeworfen, ob aufgrund der besonderen Fürsorgepflicht des Staates die Versorgung der psychischen Gesundheit von inhaftierten Personen «mindestens» die gleiche Qualität aufweisen sollte wie jene der Allgemeinbevölkerung. Diese Idee wurde dann aber fallengelassen, die Empfehlung hält schlicht und einfach fest, dass die Versorgung die gleiche Qualität aufweisen sollte.

Welche Bedeutung hat die neue Empfehlung für die Schweiz?

In der Schweiz stehen in der Psychiatrie bekanntlich zu wenig Plätze für die Behandlung von straffälligen Personen mit psychischen Störungen zur Verfügung. Selbst nach der Erweiterung des Zentrums für Stationäre Forensische Therapie in Rheinau wird in diesem Punkt weiterhin Handlungsbedarf bestehen. Auch bezüglich der langen Wartezeiten ist die psychiatrisch-

psychologische Versorgung nicht überall so gut wie sie sein könnte, was aber auch für die Situation ausserhalb der Gefängnismauern zutrifft.

Welche weiteren Punkte sind bedeutsam?

Eine Empfehlung des Europarates entfaltet dann eine nachhaltige Wirkung, wenn sie nicht den kleinsten gemeinsamen Nenner abbildet, sondern etwas über die bestehende Situation hinausgeht. Wenn sie allerdings zu weit darüber hinausgeht, stösst sie auf Widerstand. Die Schwierigkeit besteht also darin, einen Konsens zu finden, damit die Empfehlung von den Mitgliedsstaaten verabschiedet wird, sie aber gleichzeitig eine Zugkraft ausüben und als Messlatte dienen kann. In diesem Sinne sind in der vorliegenden Empfehlung insbesondere drei Punkte bedeutsam: das bereits erwähnte Äquivalenzprinzip, das nicht ein für alle Mal erreicht ist, sondern auf dessen Einhaltung wir immer wieder achten müssen; die vermehrte Berücksichtigung kultureller und geschlechtsspezifischer Faktoren sowie die Ausbildung und Unterstützung des Vollzugspersonals, wo wir dank den Kursen des Schweizerischen Kompetenzzentrums für den Justizvollzug gut unterwegs sind. (gal)

Weitere Informationen

Die Empfehlung über die Förderung der psychischen Gesundheit und die Behandlung von psychischen Störungen von Häftlingen und Personen auf Bewährung sowie der erläuternde Bericht sind auf der Website des Europarates (www.coe.int) auf Französisch (Recommandation relative à la promotion de la santé mentale et à la prise en charge des personnes détenues ou en probation) oder auf Englisch (Recommendation regarding the Promotion of Mental Health and the Management of Mental Disorders of Prisoners and Probationers) abrufbar.

Kurzinformationen

Global Prison Trends 2024: Rekordzahl an Inhaftierten

Noch nie befanden sich weltweit so viele Personen im Freiheitsentzug wie im Jahr 2024: 11,5 Millionen Menschen. Und noch nie waren so viele Länder mit überfüllten Einrichtungen konfrontiert. Das zeigt der jüngste Bericht Global Prison Trends 2024 der NGO Penal Reform International (PRI). Seit dem Jahr 2000 ist die Gesamtzahl inhaftierter Personen weltweit um 27% gestiegen, was etwas weniger ist als der geschätzte Anstieg der Weltbevölkerung im gleichen Zeitraum (31%). Rund ein Drittel dieser Personen befindet sich in Untersuchungshaft.

Es gibt erhebliche Unterschiede zwischen Kontinenten und Regionen: Besonders starke Anstiege wurden in Südamerika (plus 224%) und Westasien (141%) verzeichnet. In Amerika nahm die Zahl der Inhaftierten um 39% zu, in Asien um 43% und in Afrika um 53%. In Europa hingegen ist sie um 26% gesunken. Dies spiegelt den starken Rückgang der Gefängnisinsassen in Russland (-59%) und auch in Mittel- und Osteuropa (-48%) wider. Ohne Russland ist die Zahl der Gefängnisinsassen in Europa um 12% gestiegen.

In 59 Ländern beläuft sich die nationale Belegungsrate auf 150% und in 8 Ländern sogar auf rund 300%. Auch elf europäische Länder melden eine Überbelegung, darunter z.B. Slowenien (133%), Frankreich (123%) und Kroatien (113%). Eine geringe Anzahl von Ländern hat einen Rückgang der Gefängnispopulation gemeldet, darunter die Niederlande und Estland. Weltweit agieren lediglich 30% der nationalen Systeme innerhalb der vorhandenen Kapazitäten. Die Lebensbedingungen der inhaftierten Personen haben sich aufgrund dieser Entwicklungen in den letzten zwanzig Jahren weltweit markant verschlechtert. Aber auch die Mitarbeitenden leiden: unter mangelnder Zeit, mangelnden Ressourcen und Stress.

In ihrem Bericht führen die Autoren die Gründe für die Überbelastungen der Gefängnisse auf und formulieren Strategien zu deren Entlastung, beispielsweise die Förderung von alternativen Sanktionen wie Electronic Monitoring, gezielte Entkriminalisierungsmassnahmen und die Bekämpfung von sozialer Ungerechtigkeit. (SKJV/nig)

Bundesgericht: Inhaftierter darf Anwalt nicht mit Geld aus dem Zweckkonto bezahlen

Ein Gefängnisinsasse im Kanton Bern wollte seinen Anwalt mit Geldern aus dem sogenannten Zweckkonto bezahlen. Die Berner Justiz untersagte ihm diesen Wunsch. Das sei nicht mit dem Zweck dieses Kontos vereinbar, so die Begründung. Der wegen Mord verurteilte Mann gelangte daraufhin ans Bundesgericht. Dieses bestätigte im Januar 2025 den Entscheid der Berner Justiz. In seinem Urteil verwies das Bundesgericht auf die Bestimmungen für die Verwendung des während des Vollzugs erlangten Arbeitsentgelts: Die Inhaftierten können

nur teilweise frei darüber verfügen. Die Gelder des Zweckkontos sind primär für die persönlichen Auslagen zu verwenden, wenn das Guthaben auf dem Freikonto nicht ausreicht. Ausserdem hat damit die Bezahlung von AHV-/IV-Beiträgen, Gesundheitskosten, Rückforderungen der Opferhilfe und weiterer zweckgebundener Ausgaben zu erfolgen.

Das Strafgesetzbuch enthält eine Rahmenvorschrift für das Arbeitsentgelt. Details werden im kantonalen Recht geregelt. Die in diesem Fall geltenden Berner Bestimmungen

erachtet das Bundesgericht für korrekt. Die Regelung sieht ein Frei-, ein Zweck- und ein Sperrkonto vor. Diese Konten werden nach einem bestimmten Schlüssel mit dem durch Arbeit verdienten Geld gespeist. Während das Freikonto für persönliche Auslagen und die Bezahlung der Verfahrenskosten genutzt werden kann, ist die Verwendung des Geldes aus dem Zweckkonto geregelt, und das Sperrkonto ist grundsätzlich unantastbar. Es soll der Finanzierung des Austritts sowie des Lebensunterhalts während der ersten Zeit nach dem Vollzug dienen. (nig)

Aargauer Regierung: Theater im Gefängnis «nicht zwingend nötig, aber sinnvoll»

«Braucht es eine Theateraufführung in einer Justizvollzugsanstalt? Wenn ja, warum?» Der Aargauer SVP-Grossrat Mario Gratwohl stellte im vergangenen Jahr kritische Fragen zum Gefängnistheater in Lenzburg. Nun hat der Regierungsrat darauf geantwortet: Zu den Sicherheitsbedenken des Grossrats schrieb die Regierung, dass mögliche Sicherheitsrisiken durch die JVA Lenzburg geprüft würden. Sie beurteilt bei den am Theater interessierten Gefangenen unter anderem die Teamfähigkeit, psychische Erkrankungen und das Vollzugsverhalten. Nach positiver Bewertung absolvieren die Gefangenen zudem ein Casting.

Zur Kernfrage der Interpellation, ob eine JVA Theateraufführungen brauche, heisst es: Nein, nicht zwingend. Würde auf diese aber verzichtet, «wäre das gesetzlich vorgegebene Freizeitangebot um eine in verschiedener

Hinsicht äusserst sinnvolle Freizeitbeschäftigung ärmer.» Die Theaterarbeit fördere und stärke die sozialen Kompetenzen, die Rücksichtnahme, die Kritikfähigkeit, die Teambildung und das Selbstbewusstsein. «Auch gehört eine gehörige Portion Mut dazu, sich vor Zuschauenden als Gefangener zu zeigen. All dies trägt zur Resozialisierung bei.»

Zudem seien die Aufführungen auch eine «der raren Möglichkeiten der Öffnung nach aussen». Dadurch könne die Öffentlichkeit für die Ziele und die Arbeit des Strafvollzugs sensibilisiert werden. Der Regierungsrat stellte zudem klar, dass keine Steuergelder ins Theaterprojekt fliessen: «Das finanzielle Risiko trägt allein der Verein 'Ausbruch', der sich von Eintrittsgeldern sowie Spenden und einer Unterstützung durch das Bundesamt für Kultur finanzieren muss», heisst es in der Antwort.

SKJV startet Projekt zu Suizidprävention

Im Jahr 2023 gab es in der Schweiz acht Suizide im Freiheitsentzug, 2022 sogar dreizehn Suizide. Jeder vollendete Suizid oder Suizidversuch ist sehr belastend für die Angehörigen und das Fachpersonal. Das aktuelle Projekt zur Suizidprävention des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Justizvollzug SKJV geht den Bedürfnissen des Vollzugspersonals nach. Ziel ist ein umfassender Überblick über den Umgang mit Suizid und Suizidalität in Forschung und Praxis. Grundlage dafür bilden sowohl eine Befragung der Teilnehmenden an der Grundausbildung des SKJV, als auch strukturierte Interviews mit Fachpersonen aus den Institutionen und den Bewährungsdiensten. Basierend auf der gewonnenen Übersicht werden die Bildungsinhalte und -angebote angepasst.

ZH: Rückkehrberatung bewährt sich

Die Beratung für ausländische Straftäterinnen und Straftäter, welche die Schweiz nach verbüsster Strafe verlassen müssen oder wollen, hat sich in Zürich bewährt. Der Kanton setzt deshalb das Pilotprojekt «Rückkehrberatung im Justizvollzug» ab 2026 dauerhaft um. Die Rückkehrberatung will dazu beitragen, dass den betroffenen Personen der Neustart in der Heimat gelingt und sie nicht erneut straffällig werden. Seit Projektbeginn 2023 bis Ende 2024 meldeten sich 309 Straftäterinnen und Straftäter für eine Rückkehrberatung an; insgesamt wurden in diesem Zeitraum 545 Beratungsgespräche durchgeführt.



Foto: Peter Schulthess, 2024

BE: Gefängnis Burgdorf schafft mehr Plätze



Foto: Peter Schulthess, 2013

Das Regionalgefängnis Burgdorf hat eine neue Abteilung für Kurzstrafen mit 40 Plätzen in Betrieb genommen. Der Kanton reagiert damit auf die Zunahme der Ersatzfreiheitsstrafen. In Burgdorf, wo normalerweise im Schnitt etwa 110 Personen untergebracht sind, liess der Kanton Arbeitsräume in Zellen für 40 Personen umwandeln. Ursprünglich wollte die Regierung in Burgdorf Container für zusätzliche Haftplätze installieren, doch der Grosse Rat lehnte den Kredit von 5,6 Millionen Franken ab.

SG: Regionalgefängnis setzt auf Co-Leitung

Der Kanton St. Gallen setzt erstmals auf eine Co-Leitung im Justizvollzug. Damit wolle man den steigenden Anforderungen und dem Ausbau des Regionalgefängnisses Altstätten gerecht werden, schreibt die Staatskanzlei St. Gallen. Bis 2028 soll das Regionalgefängnis Altstätten von 45 Haftplätzen auf 126 Plätze erweitert werden. Seit dem 1. April teilen sich nun der bisherige Gefängnisleiter Silvio Fausch und die bisherige Stellvertreterin Monika Haaf die Leitung. Silvio Fausch verantwortet die äusseren Angelegenheiten, Monika Haaf ist für die interne Leitung zuständig.



SG: Neuer Direktor für die Strafanstalt Saxerriet



Die Strafanstalt Saxerriet in Sennwald wird neu von Michael Heuberger geleitet. Der 46-Jährige folgt auf Barbara Looser Kägi, die seit Anfang Februar das Amt für Justizvollzug des Kantons St. Gallen leitet. Michael Heuberger leitete ab 2021 den Sozialdienst des Spitalverbunds Appenzell Ausserrhoden. Er verfügt gemäss der Medienmitteilung des St. Galler Sicherheits- und Justizdepartements «über eine fundierte akademische Ausbildung in Sozialer Arbeit, Management sozialer Dienstleistungen sowie Organisationsberatung und -entwicklung». Während seiner Zeit im Sozialdienst, der Berufsbeistandschaft, der Stiftung Suchthilfe und in der Beratungsstelle für Familien habe Heuberger verschiedene Aspekte des Justizvollzugs kennengelernt.

Neue Plattform zur Stärkung der Kinderrechte



Kinderrechte sind in der Schweiz gesetzlich verankert, ihre Umsetzung ist jedoch anspruchsvoll. Die neue online-Plattform kidlex.ch soll die praktische Umsetzung der Kinderrechte in der professionellen Betreuung erleichtern. Initiiert wurde das Projekt vom Branchenverband der Dienstleister für Kinder und Jugendliche Youvita. Die Plattform bietet theoretische Grundlagen, praxisbezogene Hilfsmittel und einen Chatbot, der auf individuelle kinderrechtliche Fragestellungen eingeht. Mit diesem Angebot richtet sich [kidlex](http://kidlex.ch) an Fachpersonen und Organisationen in der Kinder- und Jugendbetreuung sowie an Aus- und Weiterbildungsinstitutionen. Die Plattform soll langfristig ausgebaut werden, um auch weitere Berufsgruppen wie Lehrpersonen oder Polizeiangehörige einzubeziehen. Finanziert wurde [kidlex](http://kidlex.ch) durch Youvita und im Rahmen des Kinderrechtekredits des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV). www.kidlex.ch

TI: Zwei neue Erziehungseinrichtungen für Minderjährige

In den nächsten Jahren werden im Tessin zwei Erziehungseinrichtungen für Jugendliche gebaut: ein geschlossenes Zentrum in Arbedo-Castione und ein offenes Zentrum in Lugano. Die Bauarbeiten im Quartier Molino Nuovo in Lugano haben bereits begonnen. Das siebenstöckige Gebäude soll künftig 47 Jugendlichen aus schwierigen familiären Verhältnissen ein Zuhause bieten – 35 in stationärer Betreuung und 12 in Tagesbetreuung. Das geschlossene Zentrum

«La Clessidra» in Arbedo-Castione ist noch in der Projektierungsphase. Das Bundesamt für Justiz hat im März das pädagogische Konzept genehmigt. Vorgesehen sind zehn Plätze für verschiedene Arten der geschlossenen Unterbringung. Die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung im Tessin ist unbestritten, da betroffene Kinder und Jugendliche sonst in anderen Kantonen bzw. Sprachregionen untergebracht werden müssten.

ZH: Denkmalschutz für Pöschwies

Der Kanton Zürich will Teile der Justizvollzugsanstalt Pöschwies in Regensdorf unter Denkmalschutz stellen. Bedeutende architektonische Elemente, darunter das markante Eingangstor und die historische Bausubstanz, werden ins kantonale Schutzinventar aufgenommen. Diese Massnahmen sollen der Erhaltung des kulturellen Erbes dienen. Die Pläne, einen zusätzlichen Schutzzaun und einen neuen Eingangsbereich zu bauen,

werden durch die Unterschutzstellung nicht beeinträchtigt. In der Schutzverordnung ist festgelegt, welche baulichen Veränderungen möglich sind. So wird das neue Pfortengebäude mit separaten Eingängen für Besuchende, Mitarbeitende und Inhaftierte, mit Sitzungs- und Kriseninterventionsräumen sowie einem Spielzimmer nicht an der Stelle des heutigen Eingangstors gebaut, sondern daneben.



**NE: Natalia Delgrande
übernimmt Leitung des
Strafvollzugsdienstes**

Im Februar 2025 hat die Regierung des Kantons bekannt gegeben, dass Natalia Delgrande zur Leiterin des Strafvollzugsdienstes (SPNE) befördert worden ist. Sie tritt die Nachfolge von Christian Clerici an, der im Herbst die Stelle als Generalsekretär der Lateinischen Konferenz der Vorsteher der Justiz- und Polizeidirektionen (CLDJP) antritt. Die 43-jährige Natalia Delgrande verfügt über fast zwanzig Jahre Berufserfahrung in den Bereichen Kriminologie und Strafvollzug. Sie studierte Geschichte und Pädagogische Psychologie, schloss einen Diplomelehrgang (DESS) in Kriminologie an der Universität Lausanne ab und war unter anderem als Forschungsleiterin und Dozentin an der Fakultät für Kriminalwissenschaften der Universität Lausanne tätig. 2023 trat Delgrande als stellvertretende Dienstchefin in den Strafvollzugsdienst des Kantons Neuenburg (SPNE) ein.

**SG: Barbara Looser Kägi
leitet neu das Amt für
Justizvollzug**

Das Amt für Justizvollzug des Kantons St. Gallen wird seit dem 1. Februar 2025 von Barbara Looser Kägi geführt. Die 53-jährige Juristin hat die Leitung von Barbara Reifler übernommen, die Ende 2024 zur Kantonspolizei St. Gallen wechselte. Barbara Looser Kägi ist seit rund 21 Jahren für das Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons St. Gallen tätig und blickt als Juristin mit Anwaltspatent sowie einem Masterabschluss in Kriminologie auf einen «reichhaltigen Werdegang» zurück, wie die Staatskanzlei in einer Mitteilung schreibt. Sie kenne sowohl die strategische als auch die operative Ebene des Amts für Justizvollzug ausgezeichnet und sei mit den Aufgaben der Amtsleitung aus ihren früheren Tätigkeiten bestens vertraut.

**ZH: Barbara Gisler startet
als Leiterin des Gefängnis
Zürich West**

Im März 2025 hat Barbara Gisler die Leitung des Gefängnis Zürich West (GZW) übernommen und die bisherige Übergangsleitung abgelöst. Barbara Gisler bringt rund 15 Jahre Führungserfahrung mit und ist seit 2017 in der Leitung von Institutionen für Menschen mit psychischen oder physischen Entwicklungs- und Integrationsschwierigkeiten tätig. Zuvor war sie stellvertretende Geschäftsführerin eines Lehrbetriebsverbunds. Barbara Gisler ist Pädagogin, Berufsbildnerin und Prüfungsexpertin und hat nebst diversen Weiterbildungen einen Master in Bildungsmanagement absolviert.

ZH: Dalibor Radovanovic übernimmt die Leitung im Gefängnis Zürich

Per 1. Juni 2025 hat Dalibor Radovanovic die Leitung des Gefängnisses Zürich übernommen. Radovanovic ist seit 2015 im Justizvollzug tätig, zuletzt in der Position als stellvertretender Leiter im Gefängnis Zürich. Er kennt somit nicht nur die Untersuchungshaft, sondern auch das Gefängnis Zürich bestens. Neben der zweijährigen Grundausbildung am SKJV absolvierte Dalibor Radovanovic zwei CAS im Bereich Leadership an der ZHAW sowie die Ausbildung zur persönlichen Sicherheit am Schweizerischen Polizei-Institut (SPI), wo er als Ausbilder anerkannt ist.



NE: Neu leitet Alice Bucher die JVA «La Promenade»



Alice Bucher übernimmt die Leitung der Justizvollzugsanstalt «La Promenade» in La Chaux-de-Fonds. Die 38-Jährige Neuenburgerin hat Politikwissenschaften und Migrationsrecht studiert. Als Co-Leiterin des Bundesasylzentrums Boudry, wo sie für Sicherheits- und Asylfragen zuständig war, arbeitete sie mit mehreren Akteuren des Kantons Neuenburg zusammen, u. a. mit dem Justizvollzugsdienst SPEN. Später folgte eine Anstellung im Generalstab der Asylregion Romandie beim Staatssekretariat für Migration (SEM). Alice Bucher übernimmt die Leitung der JVA «La Promenade» von Nicolas Turttschi. Die JVA verfügt über 112 Haftplätze.

ZH: Sascha Schillo kehrt als Leiter ins Gefängnis Pfäffikon zurück

Sascha Schillo hat per 1. Juni die Leitung des Gefängnisses Pfäffikon (GPF) übernommen, das sich seit Dezember 2023 im Umbau befindet und Anfang 2026 wieder öffnet. Das GPF betreibt neben der klassischen Untersuchungshaft auch eine Sicherheitsabteilung für sämtliche Haftformen. Sascha Schillo, der zuvor das Gefängnis Zürich leitete, kennt das Gefängnis Pfäffikon bereits bestens von seiner Tätigkeit zwischen 2018 und 2023. Dabei war er unter anderem in der Funktion als stellvertretender Gefängnisleiter tätig und an der Reorganisation der Sicherheitsabteilung sowie der Einführung des Gruppenvollzugs beteiligt. Er bringt zudem Ausbildungen im Bereich der Sicherheitsdienstleistung sowie Logistik mit und absolvierte zahlreiche Weiterbildungen im Bereich Führung, Arbeit im Zwangskontext sowie Psychologie.



Veranstaltungen

Fachtagung «Massnahmenrecht ausser Kontrolle?»

Die Insassenpopulation bei der stationären Behandlung von psychischen Störungen als Strafsanktion hat sich gemäss Bundesamt für Statistik (BFS) in den letzten zwanzig Jahren in etwa verfünffacht. Dabei sind die tatsächlichen Zahlen wohl noch höher, weil das BFS nur staatliche Institutionen berücksichtigt, nicht aber private Einrichtungen, die für den Vollzug von Massnahmen gemäss Art. 59 StGB in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben. An der Fachtagung «Massnahmenrecht ausser Kontrolle?» wird der Frage nachgegangen, wie diese Zunahme zu erklären bzw. zu bewerten ist. Dabei wird es auch darum gehen, ob wir in der Schweiz über genügend geeignete Vollzugsplätze verfügen und was überhaupt einen geeigneten Vollzugsplatz ausmacht. Von Interesse ist zudem der Vergleich von Behandlungen im forensischen und zivilen Setting. Neben der Suche nach Erklärungen und Interpretationen soll es an der Tagung vor allem darum gehen, die verschiedenen Akteure und Disziplinen auf der Suche nach einer nachhaltigen Trendwende miteinander ins Gespräch zu bringen. Organisiert wird die Tagung von der Fachgruppe «Reform Strafwesen».

Datum: 10. September 2025, 9.15 bis 17 Uhr
Ort: Paulusakademie, Pfingstweidstrasse 28, Zürich.
www.paulusakademie.ch

Arbeit und Beschäftigung im Justizvollzug

Das achte Forum Justizvollzug widmet sich dem Thema «Arbeit und deren Bedeutung im Justizvollzug». Im ersten Teil der Tagung erläutern die Referierenden den Stellenwert von Arbeit und Beschäftigung für verurteilte Personen. Ausserdem wird die Rolle der Arbeit im Sanktionenvollzug im Hinblick auf eine gelungene Wiedereingliederung beleuchtet. Im zweiten Teil der Tagung rückt der Justizvollzug als Arbeitgeber in den Fokus. Aktuelle Herausforderungen und Chancen des multiprofessionellen Berufsfelds werden breit diskutiert. Organisiert wird der zweitägige Anlass vom Schweizerischen Kompetenzzentrum für den Justizvollzug SKJV.

Veranstalter: SKJV

Datum: 19. und 20. November 2025

Ort: Eventfabrik, Bern

weitere Informationen: www.skjv.ch

Publikationen



Daniel Fink, André Kuhn, Joëlle Vouille (Herausgeber)

«Kriminologie in der Schweiz – Geschichte, Stand, Zukunft»

Verlag Helbing Licherhahn

ISBN 978-3-7190-4869-3

Aus Anlass ihres 50-jährigen Bestehens hat die Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (SAK) einen Jubiläumsband zur Kriminologie in der Schweiz veröffentlicht. Das Buch soll zur Analyse der Kriminologie als wissenschaftlicher Disziplin, Forschung und Lehre in der Schweiz beitragen. Es umfasst 21

Beiträge, die der Verein SAK in Auftrag gab oder die auf Grund eines öffentlichen Auftrags an Forschende eingegangen sind. Ein erster Teil des Projektes wurde im Frühling 2024 publiziert; im Dezember 2024 erschien dann der ganze Band in Buchform.



Ahmed Ajil, Daniel Fink, Jörg Arnold, Françoise Genillod (Herausgeber)

«Was ist die Strafjustiz wert?»

Verlag Helbing Licherhahn

ISBN 978-3-7190-4883-9

Im Januar 2025 hat die Schweizerische Arbeitsgruppe für Kriminologie (SAK) einen interessanten Sammelband zum Thema «Was ist die Strafjustiz wert?» veröffentlicht. An der Schnittstelle von Praxis und Forschung behandelt dieser Band diverse Themen wie z. B. den Preis der psychiatri-

schen Gutachten, die Ersatzfreiheitsstrafen, die Neoliberalisierung der Sicherheit, die limitierten Polizeiressourcen, die Entschleunigung des Gefängniswachstums oder die Schulden als Hemmnis für die Wiedereingliederung.



Luca Ranzoni

Gerechte Strafen ohne Gleichheit?

Verlag sui generis, 2025

ISBN 978-3-907297-60-5

Die Dissertation ist auch im Open access verfügbar

Gerichte müssen bei der Strafzumessung im Spannungsfeld zwischen Individualisierung und Gleichbehandlung eine angemessene Strafe finden. Die Dissertation zeigt auf, dass dabei der Individualisierung in der Rechtsprechung zu Unrecht eine Vorrangstellung eingeräumt wird. Die Folgen wurden im Rahmen der eigenen empirischen Untersuchung mit knapp 240 Strafrichterinnen

und -richtern deutlich: Zwischen ihnen bestehen erhebliche Unterschiede in der Strafzumessung. Dass möglichst freies Ermessen zu angemessenen Strafen führt, muss damit zumindest in Zweifel gezogen werden. Die Arbeit zeigt abschliessend Massnahmen auf, um die Einheitlichkeit der Strafzumessung zu verbessern, ohne eine Einzelfallbeurteilung zu verunmöglichen.

Eine Mauer als Horizont

Eine Fotokünstlerin hinterfragt in einem Werk die Berechtigung und die Folgen kurzer Gefängnisstrafen

Im Rahmen der Enquête photographique neuchâteloise erhielt ich die Erlaubnis, hinter die Mauern des «Etablissement de détention La Promenade» (EDPR) in La Chaux-de-Fonds zu blicken. Durch Interviews mit Schweizer Strafvollzugsexpertinnen und -experten und durch Gespräche mit den Inhaftierten selbst, die Co-Autoren der Fotografien sind, beleuchtet dieses Projekt die Notwendigkeit, kurze Strafen zu überdenken, die unverhältnismässig häufig Menschen in prekären und verletzlichen Situationen treffen.

Laurence Rasti



Die Schweizer Fotografin iranischer Abstammung Laurence Rasti war die Gewinnerin der Enquête photographique neuchâteloise 2024, organisiert vom Verein zur Förderung der Fotografie im Kanton Neuenburg. Sie realisierte ein Projekt in der Strafanstalt La Promenade in La Chaux-de-Fonds (EDPR), in welchem Werke in Zusammenarbeit mit inhaftierten Personen entstanden sind. Das Buch «Un mur comme horizon» über dieses Projekt erschien 2024 im Verlag Scheidegger & Spiess. Es umfasst fotografische Arbeiten sowie schriftliche Beiträge von Luca Gnaedinger und Federica Martini. Die erwähnte Ausstellung fand von Oktober 2024 bis März 2025 im Musée des Beaux-Arts in Le Locle statt.

Bevor ich mit dieser Arbeit begann, hatte ich keine klare Position zu Fragen des Strafvollzugs oder des Abolitionismus. Das Thema Gefängnis interessierte mich schon seit einiger Zeit, insbesondere nach meinem vorherigen Projekt im Rahmen der Enquête photographique genevoise sur la criminalisation du séjour irrégulier (Fotografische Untersuchung über die Kriminalisierung von illegalem Aufenthalt in Genf).

Ich hatte nicht erwartet, im Zuge meiner Lektüre zum Thema, der Durchsicht von Akten ehemaliger Häftlinge, meinem Interesse für ihren Werdegang und ihre persönliche Situation sowie durch unsere Gespräche mit einer solchen Anhäufung von Ungleichheiten und Diskriminierungen konfrontiert zu werden. Es war eine erschütternde Erfahrung, sowohl durch das, was ich entdeckte, als auch durch die Art und Weise, wie dies meine Position als Künstlerin und den Platz, den ich in diesem Projekt einnahm, in Frage stellte. Nach dieser Erfahrung bin ich überzeugt, dass das Strafsystem – insbesondere die kurzen Strafen – weiterhin Ungerechtigkeiten reproduziert, anstatt diese zu beheben, solange es nicht von Grund auf neu überdacht wird.

Denn eine Person, die stiehlt, um sich zu ernähren, und für dieses Delikt bestraft wird, wird auch nach ihrer Entlassung weiter stehlen, da sich ihre prekäre Lage nach der Inhaftierung nur noch verschlimmert. Das Gefängnis wirkt in erster Linie als ein Instrument der Desintegration. Ebenso wird eine Person, die sich illegal im Land aufhält, aufgrund eines Vorstrafenregisters noch stärker stigmatisiert. Mit der einzigen Perspektive einer Abschiebung oder – falls eine Rückführung nicht möglich ist – auf Nothilfe in Höhe von 250 Franken im Monat zum Überleben.

Indem ich mich auf diese kurzen Haftstrafen konzentrierte, die 75 Prozent der Inhaftierungen in der Schweiz ausmachen, habe ich mich gefragt, welchen Nutzen diese tatsächlich haben, ausser dass sie bestimmte Menschen bestrafen und andere, die reicher, verschonen.

Keine Zukunftsperspektive nach der Entlassung

Eine der Herausforderungen künstlerischer Arbeit besteht darin, sichtbar zu machen, was man entdeckt und was man sammelt. Daher wollte ich den direkt betroffenen Personen einen Platz einräumen, da ihre Perspektive nur selten in den öffentlichen Diskurs einbezogen wird.

Nach mehreren Monaten der Recherche und Beobachtung im Verwaltungsbereich des EDPR traf ich acht inhaftierte Personen, denen ich vorschlug, als Co-Autoren der Arbeit zu fungieren, insbesondere durch das Fotografieren mit einer Lochkamera (einer Pappschachtel mit lichtempfindlichem Papier und einem einfachen Loch).

Diese Personen berichteten mir sehr schnell, dass die Verständigung zwischen den Inhaftierten, dem Aufsichtspersonal und der Leitung recht gut sei. Das EDPR ist eine Einrichtung, in der die Aufenthalts- und Lebensbedingungen weniger schlecht sind als in anderen Kantonen, in denen die Überbelegung die Lebensbedingungen stark verschlechtert.

Den Bestimmungen des EDPR war es gewissermassen zu verdanken, dass wir über etwas anderes sprechen konnten als über die Bewältigung des Alltags. Wir unterhielten uns darüber, was das Eingesperrt-Sein bedeutet, und wir sprachen über die Grenzen des Gefängnisses und was es mit sich bringt – und darüber, was es zerstört und was es an Ungleichheiten erzeugt. Wir redeten über die Art und Weise, wie das Gefängnis das Leben der Inhaftierten tiefgreifend beeinflusst, ohne ihnen nach der Entlassung irgendeine Zukunftsaussicht zu bieten, ja sie sogar jeder Perspektive zu berauben. Das war eine sehr harte Erkenntnis. Letztendlich sprachen wir nicht so sehr über das EDPR, sondern das Gefängnis wurde zu einem Raum, um allgemein über Gefängnisse zu sprechen.

Dienen diese Strafen der Wiedereingliederung?

Ich habe mich entschieden, mich mit kurzen Strafen zu beschäftigen, weil längere



Die Aufnahme zeigt den Aussenbereich der Strafanstalt La Promenade in La Chaux-de-Fonds (EDPR), wo die Künstlerin Laurence Rasti 2024 ihr Projekt «Un mur comme horizon» realisiert hat. Foto: Laurence Rasti)

Strafen meist andere Arten von Straftaten betreffen. Oft sind dabei Opfer involviert, deren Stimmen unbedingt einbezogen werden müssen. Dieses Thema erfordert daher eine andere Herangehensweise. Der zeitliche Rahmen meines Projekts erlaubte es mir nicht, solche Fragen zu behandeln oder wesentlich umfassendere Probleme zu untersuchen wie den juristischen Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt.

Die Auseinandersetzung mit kurzen Haftstrafen ermöglichte es mir auch, zu hinterfra-

gen, ob diese Art von Inhaftierung tatsächlich der gesellschaftlichen Wiedereingliederung dient, so wie es in Artikel 75 des Schweizer Strafgesetzbuchs vorgesehen ist. Und ob Strafen von nur wenigen Monaten tatsächlich eine positive Auswirkung auf die Gesellschaft haben. Deshalb habe ich beschlossen, mich für Personen zu interessieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten, die eine kurze Freiheitsstrafe verbüsst oder sich in vorzeitigem Vollzug befanden – insbesondere wegen Vermögensdelikten, Verweisungsbruch

sowie Verstössen gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz oder das Betäubungsmittelgesetz.

Dabei gelangte ich zur eindeutigen Erkenntnis, dass diese Strafen zum überwiegenden Teil Menschen in prekären Verhältnissen betreffen – entweder aufgrund ihrer finanziellen Situation und/oder ihres Aufenthaltsstatus wegen. Mehr als die Hälfte von ihnen können Geldstrafen oder Bussen nicht bezahlen, weshalb ihre Strafe in Freiheitsentzug umgewandelt wird. Man kann sich fragen, ob die Härte der Bestrafung bei derartigen Vergehen gerechtfertigt ist – und welchen Nutzen diese Sanktionen tatsächlich für das Allgemeinwohl haben.

In Beton gravierte Zitate

Das Thema Zusammenarbeit in der Kunst ist hochaktuell, insbesondere um Machtverhältnisse und ethische Fragen zwischen Künstler*innenn und Protagonist*innen neu zu denken. Es gibt verschiedene Möglichkeiten der Co-Kreation oder Co-Autorschaft. In meinem vorherigen Projekt «Venus», das sich mit Fragen der Weiblichkeit und Identität befasst, habe ich die beiden Personen, die ich fotografiert habe, auch als Autorinnen des Projekts anerkannt – ohne sie hätte es das Projekt nicht gegeben. Sie sind also auch Rechteinhaberinnen. In anderen Projekten bezahle ich den teilnehmenden Personen ihren Zeitaufwand. Im Gefängniskontext war das jedoch schwieriger. Einerseits, weil die Anonymität gewahrt werden musste, so dass die Inhaftierten nicht wirklich Mitautoren sein konnten. Diese Ungleichheit wird in der Aufzählung der Autor*innen auch sichtbar gemacht. Andererseits war eine Bezahlung mit Blick auf die Gleichbehandlung der inhaftierten Personen innerhalb des Gefängnisses Probleme auf. Ich habe daher einen der Mitwirkung der Co-Autoren entsprechenden Betrag an Organisationen gespendet, die mittellose Gefangene unterstützen, die keine Hilfe von aussen erhalten.

Die präsentierte Arbeit umfasst Elemente, die von den Betroffenen selbst, aus dem Inneren des Gefängnisses heraus realisiert wurden, doch für die übrigen Inhalte musste ich andere visuelle Formen finden. Ich beschloss, mich auf alles zu konzentrieren, was ausserhalb der Zellen lag – die Verwaltungsbereiche, die Kantine oder die Architektur.

Die Szenografie der Ausstellung im Musée des Beaux-Arts von Le Locle beruhte auf zwei zentralen Elementen: Die von den Inhaftierten innerhalb der Gefängnismauern geschaffenen Werke – insbesondere in Form einer Installation mit den von ihnen produzierten Lochkamera-Aufnahmen und Zyanotypien. Und in einem zweiten Teil meine eigenen Fotografien sowie gesammelte dokumentarische Elemente. Beim Betreten des Ausstellungsraums stiess man sofort auf eine erste Wand – eine der vier Seiten einer 10m² grossen Beton-Zelle, der durchschnittlichen Grösse einer Einzelzelle. Auf den Aussenwänden konnten die Besucher*innen Zitate lesen, die ich während der Gespräche gesammelt und in Beton eingraviert hatte. In Anlehnung an Gefängnisgraffiti geben diese Worte den Inhaftierten eine Stimme. Ihre Erfahrungen und Perspektiven sind unerlässlich und ergänzen akademische Arbeiten oder politische Reden. Da sich diese Zitate hauptsächlich mit Fragen des Eingesperrt-Seins und seinen Folgen befassen, hoffe ich, dass sie dazu anregen, über den tatsächlichen Effekt solcher Strafen nachzudenken, abgesehen davon, dass sie mittellose Menschen betreffen.

Andere Reaktionen auf gesellschaftliche Probleme

Will man über Alternativen zum derzeitigen Sanktionssystem nachdenken, das mir ungeeignet erscheint, sollte man eine transformative Justiz in Betracht ziehen. Eine Justiz, die den Kontext berücksichtigt, in dem die Straftaten begangen wurden; die systemische Gewalt analysiert; das Machtgefälle hinterfragt, das aus kolonialer Geschichte stammt; oder auch die Kultur der Vergewaltigung thematisiert. Das bedeutet nicht, den verurteilten Personen ihre Verantwortung abzusprechen – ich weiss, dass mir das vorgeworfen wird –, doch zahlreiche Studien zeigen, dass es andere Wege geben könnte, auf diese gesellschaftlichen Probleme zu reagieren. Wege, die keine Inhaftierung

beinhalten – insbesondere bei kurzen Haftstrafen, die nachweislich weder zur Wiedereingliederung beitragen noch stabilisierend wirken, sondern vielmehr zu einer weiteren Ausgrenzung und Prekarisierung führen.



Die beiden Aufnahmen wurden von Inhaftierten innerhalb des Etablissement de détention La Promenade, La Chaux-de-Fonds gemacht. Fotografiert haben sie mit einer Lochkamera, einer Pappschachtel mit lichtempfindlichem Papier und einem einfachen Loch.

Fotos: anonyme Mitautoren des Kunstprojekts «Un mur comme horizon»

«Viele glauben, dass härtere Strafen Verbrechen verhindern. In meiner Erfahrung ist das bei Tätern, die risikorelevante Persönlichkeitsmerkmale in sich tragen, nicht der Fall. Diese Menschen lernen nicht, ihr Verhalten zu ändern, sondern lediglich, wie sie nicht erwischt werden. Was hingegen nachweislich hilft, sind Massnahmen, die in der Haftzeit eine echte Auseinandersetzung mit dem eigenen Verhalten fördern.»

Frank Urbaniok, forensischer Psychiater, Kirchenbote Kanton Schaffhausen, 1.4.2025

Impressum

Herausgeber: Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Redaktion: Nicola Gattlen (nicola.gattlen@bj.admin.ch), Kaspar Meuli (kaspar.meuli@bj.admin.ch)

Redaktionelle Mitarbeit: Reto Liniger, Folco Galli, Giorgia Pancaldi, Patricia Meylan, Patricia Michaud

Übersetzung: Raffaella Marra, Evelyne Carrel

Administration und Logistik: Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Layout, Druck und Versand: Produktion Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)

Bestellung, Anfragen und Adressänderungen Printversion:

Bundesamt für Justiz, Fachbereich Straf- und Massnahmenvollzug, CH-3003 Bern; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Internetversion: www.prison-info.ch

Copyright / Abdruck: © Bundesamt für Justiz (Abdruck unter Quellenangabe erwünscht mit der Bitte um Zustellung eines Belegexemplars.)

51. Jahrgang, 2025 / ISSN 2571-5119



Die Felber-Stiftung vollzieht im Auftrag des Amtes für Justizvollzug des Kantons Bern rund einen Drittel der jährlich geleisteten Gemeinnützigen Arbeit (GA) im Kanton. So wird etwa in der eigenen Rösterei Kaffee abgepackt.

Foto: Peter Schulthess, 2025

#prison-info

Die letzte Seite

Blick über die Grenze: Der 50 Millionen Euro teure Gefängnisbau «Anstalten» im grönländischen Nuuk wurde 2019 in Betrieb genommen. Mit seinen lichtdurchfluteten Räumen, dem Panoramablick auf den Fjord Nuup Kangerlua, den Kunstmalereien im Innern und der minimalistischen Architektur wirkt der Sicherheitstrakt wie ein Designhotel. Dies reflektiert die Philosophie von «Anstalten», jedem Menschen Würde und Respekt zuteilwerden zu lassen.

Foto: Adam Mørk, Architekturbüro Friis und Moltke.



#prison-info

La revue de l'exécution des peines et mesures

1/2025



Alternatives à la détention

4

Dossiers des enfants placés

38

Santé mentale

40



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Office fédéral de la justice OFJ

La rédaction de #prison-info :
Nicola Gattlen, Kaspar Meuli,
Ronald Gramigna (Editeur en chef)



Chères lectrices, chers lecteurs,

Dans quelle mesure le système judiciaire helvétique remplit-il sa fonction ? En d'autres termes, nos prisons sont-elles peuplées des « bonnes personnes » ? Comme nous l'avons constaté en faisant des recherches pour ce numéro de #prison-info, de telles questions se posent inévitablement lorsqu'on s'intéresse aux alternatives à l'incarcération. C'est ce que fait, par exemple, André Kuhn : « On voit là tout le paradoxe de notre droit pénal : on veut apprendre à une personne à vivre en liberté et à respecter les règles en la privant justement de sa liberté ! La prison est probablement le seul outil du XVI^e siècle encore utilisé aujourd'hui », dit-il dans notre interview en page 23. « Les alternatives à l'approche punitive peuvent comprendre des mesures sociales, thérapeutiques, éducatives, voire culturelles. La dépenalisation n'est pas une affaire d'idéalistes, c'est une manière rationnelle de répartir les ressources de l'Etat pour assurer le mieux vivre ensemble, sans violence, sans risques, notamment pour des populations vulnérabilisées », déclare pour sa part, Julie de Dardel en page 12.

André Kuhn et Julie de Dardel ne sont pas des activistes animés par des idées subversives, mais des chercheurs réputés qui enseignent dans une université suisse. Dans le débat sur les alternatives à la prison, les considérations philosophiques — nous pensons notamment à l'abolitionnisme — font de plus en plus place à des réflexions prosaïques sur le rapport coût-utilité. La question qui domine aujourd'hui est la suivante : dans quelle mesure le système actuel d'exécution des peines est-il efficace ? Cette façon de voir les choses a marqué le point de départ de réformes couronnées de succès en Finlande, comme le montre un autre article de ce magazine. A l'heure où les caisses de l'Etat sont vides, il est fort possible que les considérations relatives à l'efficacité gagnent en importance en Suisse, également dans le cadre des réformes du droit pénal et de l'exécution des sanctions.

Dans ce numéro de #prison-info, vous trouverez des textes dont le ton critique peut parfois surprendre par rapport à la ligne habituelle. Il ne faut toutefois pas y voir une remise en question fondamentale du système pénitentiaire, mais une contribution au débat et un regard extérieur stimulant. Bonne lecture !

Version en ligne :



Sommaire

Coup de projecteur : Alternatives à la détention

A l'heure où les établissements pénitentiaires débordent, des formes alternatives d'exécution comme la surveillance électronique ou le travail d'intérêt général suscitent un vaste débat. Mais leur utilisation à large échelle se heurte à de nombreux obstacles.

- 4 Un intérêt accru pour les alternatives à la détention
- 9 « Je retourne simplement en cabane »
- 12 Alternatives aux peines de prison
- 15 Un accès inégal
- 18 De grands espoirs, mais une utilisation toujours limitée
- 21 Réforme ou abolition ?
- 23 « La peine ne contribue pas à apaiser le conflit »
- 26 Apprendre de la Finlande
- 29 Cinq questions à Nathalie Dorn

Nouvelle recommandation du Conseil de l'Europe

La promotion et la protection de la santé mentale des personnes détenues ou en probation visent non seulement à préserver leur dignité humaine, mais aussi à faciliter leur réinsertion dans la société. Selon la nouvelle recommandation du Conseil de l'Europe, ces personnes doivent recevoir rapidement le soutien dont elles ont besoin à leur arrivée dans l'établissement.

- 30 L'articulation criminologique-forensique en cours d'exécution de mesures
- 32 Rapport du Comité européen pour la prévention de la torture
- 34 « Je VAUD la peine »
- 36 Record de personnes en détention provisoire ou pour des motifs de sûreté
- 38 De l'histoire à l'avenir : entre la signification et l'implication des dossiers des enfants placés en institution
- 40 Promouvoir et protéger la santé mentale
- 43 Brèves
- 49 Manifestations
- 50 Publications
- 51 Un mur comme Horizon



Photo : Peter Schulthess, 2025



Photo : JVA Solothurn



Cette photo représente un exemple de travail d'intérêt général accompli dans le canton de Berne dans le cadre d'un projet de la fondation Felber, qui s'engage en faveur de l'insertion sociale.

Photo de couverture :
Peter Schulthess, 2025

Un intérêt accru pour les alternatives à la détention

Travail d'intérêt général, surveillance électronique et semi-détention

De nombreux établissements pénitentiaires suisses sont surpeuplés. C'est l'une des raisons pour lesquelles les formes alternatives d'exécution des peines font actuellement l'objet d'un large débat. Il existe néanmoins un certain nombre d'obstacles à leur utilisation plus généralisée.

Kaspar Meuli

« Il ne sera pas possible de construire des prisons à l'infini. »

Créer toujours plus de places de détention pour les délinquants n'est pas une solution. Le ministre vaudois chargé de la sécurité, Vassilis Venizelos, qui était face à la presse en février dernier pour présenter deux rapports sur la surpopulation carcérale dans les prisons du canton, a ainsi déclaré qu'« il ne sera[it] pas possible de construire des prisons à l'infini ». L'expérience montre, selon lui, que la solution dite « architecturale » apporte un bol d'air, mais ne résout pas le problème. Que faire alors ? Comme le rapporte le quotidien *Le Temps*, parmi les propositions formulées par le ministre figuraient « tous les grands classiques », notamment renforcer le travail d'intérêt général, la semi-détention ou le port du bracelet électronique.

Les autorités cantonales placent parfois beaucoup d'espoir dans les formes alternatives d'exécution des peines. En effet, lorsque la construction de nouvelles prisons est envisagée pour remédier au problème de la surpopulation carcérale, on s'aperçoit que cette solution n'est pas si simple à mettre en œuvre, comme en témoigne le projet des Dardelles à Genève. Ce dernier prévoyait la construction d'une prison de 450 places pour soulager la prison de Champ-Dollon, qui souffre d'une surpopulation chronique, pour un coût estimé à quelque 260 millions de francs, auxquels seraient venus s'ajouter des dizaines de millions de francs de coûts d'exploitation annuels. Le Grand Conseil genevois a cependant rejeté le projet en 2020, en raison non seulement de son coût dans un contexte économique difficile, mais aussi de l'impact sur la biodiversité qu'aurait eu le déclassement d'une zone agricole nécessaire à sa construction. C'est précisément pour ces motifs qu'un mouvement citoyen a brandi la menace d'un référendum, qui aurait vraisemblablement eu de bonnes chances d'aboutir en cas de votation populaire.

Les courtes peines privatives de liberté controversées

L'intérêt de l'opinion publique pour l'exécution des sanctions pénales ne se limite pas aux projets pharaoniques coûteux comme celui de Genève. Le problème de la surpopulation carcérale, notamment, n'a jamais autant attiré l'attention des médias qu'aujourd'hui, incitant les acteurs politiques à s'intéresser davantage aux alternatives à la détention. De plus, les personnes qui se retrouvent derrière les barreaux ne représentent pas toutes une menace pour la société. En effet, les prisons sont occupées en grande partie par des individus qui purgent de courtes peines, notamment des peines privatives de liberté de substitution pour des amendes impayées (voir article p. 9). Le but de ces séjours en prison fait débat : « Du point de vue aussi bien scientifique qu'empirique, les courtes peines privatives de liberté fermes peuvent être légitimement critiquées, voire jugées inutiles ou nuisibles », souligne Benjamin Brägger, juriste et expert en exécution des sanctions pénales, dans une publication du Groupe suisse de criminologie. « Le législateur suisse a décidé de les maintenir, en raison notamment de leur effet dissuasif ». L'expert recommande de privilégier davantage les « solutions non carcérales, c'est-à-dire les sanctions non privatives de liberté », telles que le travail d'intérêt général et la surveillance électronique, plutôt que l'emprisonnement.

Les arguments en faveur de ces « formes particulières d'exécution » ne manquent donc pas. Cependant, en consultant la statistique de l'exécution des sanctions de l'Office fédéral de la statistique (OFS), on constate que leur utilisation stagne. C'est en 2006 qu'on y a eu le plus recours, mais on observe depuis une légère diminution. Leur impact reste tout de même significatif, puisque le travail



Travail d'intérêt général dans la ville de Zurich :
le Werkraum4 est un centre de collecte et de recyclage des déchets électroniques géré par la fondation zsge, sur mandat du canton. Photo: JuWe

d'intérêt général représente environ un quart de l'ensemble des exécutions en Suisse. Concernant la place qui lui sera dévolue à l'avenir, Michael Bühl, chef de la division Formes alternatives d'exécution des peines de l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion du canton de Zurich (JuWe), déclare : « Compte tenu de la situation tendue en matière de places de détention, nous souhaitons promouvoir le travail d'intérêt général et adoptons une approche très proactive envers les condamnés qui pourraient être éligibles à cette forme d'exécution ».

Les trois formes particulières d'exécution

Avant de nous pencher sur la pratique du canton de Zurich, voici un petit aperçu qui apportera une meilleure compréhension : quiconque doit exécuter une peine privative de liberté ou une peine privative de liberté de substitution (cas dans lesquels l'amende ou la peine pécuniaire ne peut pas être payée par

le condamné et que celle-ci est inexécutable par la voie de la poursuite pour dettes) peut opter pour l'une des trois formes particulières d'exécution que sont le travail d'intérêt général, la surveillance électronique (ou « electronic monitoring ») et la semi-détention.

Les personnes qui exécutent leur peine sous la forme d'un travail d'intérêt général effectuent ce dernier durant leur temps libre, dans des institutions sociales, telles que des hôpitaux ou des établissements médico-sociaux, ou au sein d'organisations de protection de la nature et de l'environnement. Celles qui bénéficient de la surveillance électronique ont, elles aussi, la possibilité de poursuivre leur travail ou leur formation. Elles sont cependant soumises aux arrêts domiciliaires, sous surveillance électronique, pendant leurs heures de repos et de loisirs. Quant aux personnes qui purgent leur peine en semi-détention, elles passent leurs heures de repos et de loisirs dans une institution privative de liberté.

Parmi ces trois formes alternatives d'exécution des peines, le travail d'intérêt général est le plus répandu, selon les données de l'OFS. La surveillance électronique est utilisée environ sept fois moins souvent, tandis que la semi-détention, qui était fréquente jusque dans les années 1990, ne joue désormais plus qu'un rôle mineur. Une comparaison des coûts présentée dans la publication « Alternatives : de la sanction alternative à la criminologie alternative » (2023), se révèle ici intéressante : il en ressort que la surveillance électronique est l'alternative la moins onéreuse, son coût étant toutefois à peine inférieur à celui du travail d'intérêt général. Les régimes de la semi-détention et de la détention ordinaire sont, quant à eux, les plus coûteux.

L'opinion publique manifeste un intérêt particulier pour les possibilités offertes par la surveillance électronique. Les acteurs politiques ont, eux aussi, des attentes élevées à l'égard de cette alternative à la détention. Son utilisation demeure toutefois encore assez limitée. Dans le canton de Neuchâtel, par exemple, cinq à huit bracelets tournent en permanence. Une analyse portant sur l'année 2021 a révélé que quatre places de détention avaient ainsi pu être remplacées par la surveillance électronique. Dans le canton de Fribourg, huit bracelets sont utilisés en continu, 25 personnes en ayant été équipées au total en 2024. La situation est quelque peu différente dans le canton de Berne, où ce ne sont pas les bracelets qui manquent, mais le personnel. Un collaborateur de la Section de la probation et de l'exécution des sanctions pénales (SPESP) peut encadrer tout au plus dix personnes. Bien que 25 à 35 bracelets soient en permanence en circulation, la demande pour le programme de surveillance électronique est telle qu'il existe une liste d'attente.

Les personnes qui exécutent leur peine sous la forme d'un travail d'intérêt général effectuent ce dernier dans des institutions sociales, par exemple, dans les cuisines du centre d'exécution des peines et mesures de Klosterfiechten, situé dans la banlieue de Bâle.

Photo : Peter Schulthess, 2025



La situation de la surveillance électronique en Suisse pourrait prochainement évoluer grâce au nouveau système « Swiss-Eagle », qui est entré en service au début de cette année (voir article p. 18).

L'Office fédéral de la justice réalise actuellement une étude approfondie sur l'utilisation de la surveillance électronique, qui mettra notamment en lumière les disparités cantonales et se penchera sur les raisons pour lesquelles cette forme particulière d'exécution ne s'est pas davantage imposée jusqu'à présent.

Des peines de substitution problématiques

Des questions similaires se posent pour le travail d'intérêt général en tant qu'alternative à la détention. Un obstacle majeur à son utilisation réside dans la législation elle-même, qui prévoit qu'une peine privative de liberté de substitution, notamment prononcée dans le cas d'une amende impayée, ne peut être convertie en travail d'intérêt général. « C'est l'une des principales raisons pour lesquelles le nombre de condamnés qui exécutent leur peine sous cette forme n'est pas plus élevé », souligne Stefan Weiss, secrétaire du Concordat sur l'exécution des peines et des mesures de la Suisse centrale et du Nord-Ouest, qui regrette que des personnes se retrouvent derrière les barreaux et soient arrachées à leur quotidien, alors que des alternatives existent. Selon lui, « le maintien de l'autonomie est en effet un bien précieux ».

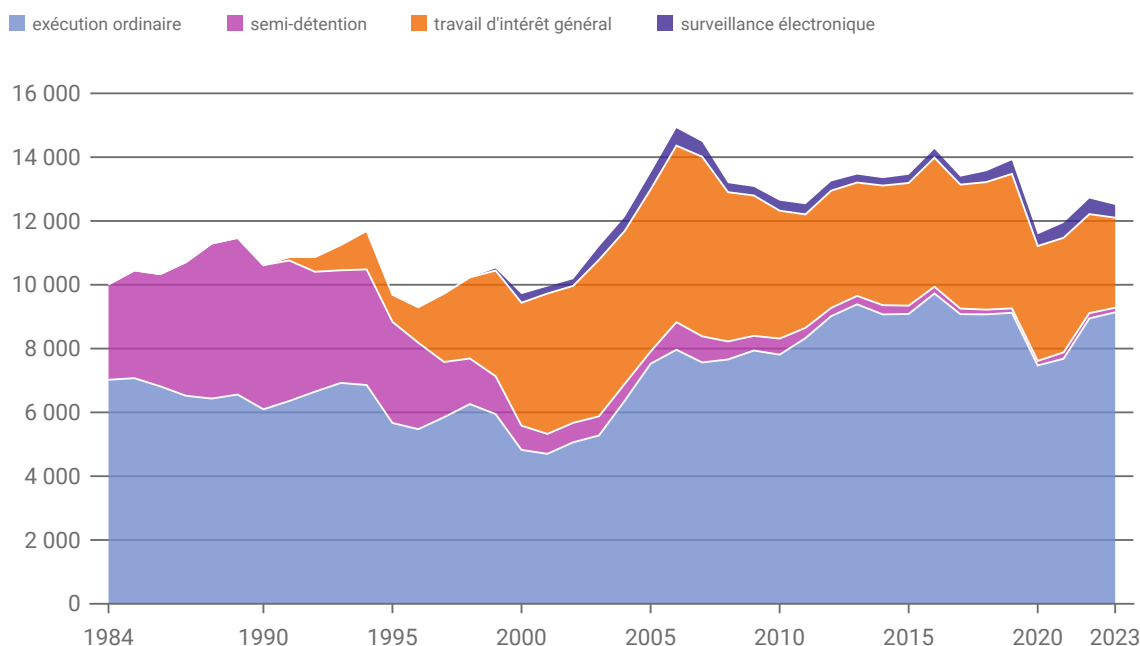


Benjamin Brägger s'est récemment exprimé sur la problématique des peines de substitution dans une interview accordée au journal Der Bund, déclarant : « Il faudrait une forme de sanction qui punisse

Le centre d'exécution des peines et mesures de Klosterfiechten est le centre de compétences pour l'exécution des peines et des mesures orientée vers l'extérieur du canton de Bâle-Ville. Il accueille entre autres des personnes en semi-détention.
Photo : Peter Schulthess, 2025

Exécution des sanctions selon la forme de l'exécution

Débuts d'exécution



Comme le montrent les chiffres publiés par l'Office fédéral de la statistique (OFS), l'utilisation des formes particulières d'exécution des peines stagne (état des données octobre 2024). Graphique : OFS

01 Payez votre amende



Régularisez votre situation. Payez votre amende aujourd'hui. Vous devez respecter la date indiquée. Sinon, vous irez en prison. La date se trouve sur la convocation («Vorladung»). Elle est écrite sur la 1^{re} page sous «Strafantritt» («Début de la peine», document blanc). Le bulletin de versement est à la fin de la «Vorladung».

Vous avez des questions concernant votre amende? Vous pouvez appeler le 043 258 36 59

02 Ou travaillez pour rembourser votre amende



Vous ne pouvez pas payer l'amende? Vous pouvez alors travailler pour la communauté. Cela s'appelle un travail d'intérêt général («gemeinnützige Arbeit»). Voici des exemples de travaux que vous pouvez faire:

- Emballer ou découper des objets dans un atelier
- Démonteur et trier des appareils électroniques dans un atelier
- Réparer des vélos dans un atelier de réparation

Si besoin, vous pouvez aussi faire ce travail en étant assis.

Les autorités d'exécution des peines du canton de Zurich proposent un dépliant disponible dans six langues, visant à informer clairement les personnes concernées de la possibilité de convertir leur amende ou leur peine pécuniaire en travail d'intérêt général. Illustration : JuWe

les petits délits autrement que par des amendes ou des peines de prison. Le travail d'intérêt général en est une ». A la question de savoir pourquoi cette forme d'exécution facilitée n'est pas plus souvent prononcée, il répond qu'il manque des institutions où ce travail peut être accompli.

Sur le terrain, les choses sont parfois perçues de manière différente. « Nous disposons dans le canton de Berne de plus de 300 établissements d'affectation et avons suffisamment de places pour tous ceux qui effectuent un travail d'intérêt général », explique Marko Stanic de la SPESP du canton de Berne. Ce dernier cherche, d'entente avec le condamné, une possibilité d'affectation convenable. Sa collaboration avec la fondation Felber, qui est spécialisée dans l'insertion sociale, lui permet de trouver également des places pour les personnes souffrant de troubles psychiques ou d'addictions et ayant des capacités limitées.

Offre à bas seuil de la permanence-conseil pour les amendes

Le canton de Zurich met particulièrement l'accent sur le travail d'intérêt général. « Avec notre offre à bas seuil, nous pouvons montrer que cette forme

d'exécution fonctionne dans la plupart des situations », explique Michael Bühl, du JuWe. La plupart des tiggistes effectuent des travaux sur le marché primaire de l'emploi, par exemple, dans les cuisines d'hôpitaux ou des centres de soins. Pour les personnes plus difficiles à placer – comme celles qui n'ont que quelques heures de travail d'intérêt général à accomplir –, le canton de Zurich collabore également avec la fondation spécialisée zsge. Cette dernière gère, entre autres, le Werkraum 4, un centre de collecte et de recyclage des déchets électroniques situé à Zurich, ainsi que la Bussenanlaufstelle, une permanence-conseil pour les personnes qui ont des difficultés à régler leurs amendes.

Une approche qui porte ses fruits

Cette permanence-conseil soutient de la manière la plus simple possible les personnes qui souhaitent convertir leur amende ou leur peine pécuniaire en travail d'intérêt général, en les aidant notamment à en formuler la demande. Disponible dans six langues, le dépliant du JuWe présentant l'offre va droit au but : « Vous n'avez pas payé votre amende dans le canton de Zurich. Vous devez donc aller en prison. Si vous ne voulez pas aller en prison, vous avez deux options : 1. Payez votre amende. 2. Ou travaillez pour rembourser votre amende ». Pour faire connaître cette offre de conseil, le canton ne recule devant aucun effort : « Nous cherchons à entrer en contact avec toutes les personnes pour lesquelles la sommation de payer et la procédure de poursuite n'ont pas abouti et leur envoyons un courrier », explique Michael Bühl. Cette approche directe porte ses fruits : la plupart des personnes contactées s'acquittent de leur amende, certaines optent pour un travail d'intérêt général et quelques-unes passent malgré tout par la case prison. A noter que le taux d'interruption du travail d'intérêt général est d'à peine 20% dans le canton de Zurich.

Cette approche est possible uniquement parce que les autorités, qui sont responsables du recouvrement des amendes en tant que centre d'encaissement, ne convertissent pas systématiquement les amendes impayées en peines privatives de liberté de substitution. « Le canton de Zurich a revu sa position concernant les amendes et les peines pécuniaires inexécutables », indique Michael Bühl. Ainsi, avant de se retrouver derrière les barreaux pour des infractions mineures, comme voyager sans titre de transport valable, la personne est informée de la possibilité d'accomplir un travail d'intérêt général. Non seulement cette approche permet de désengorger les prisons, mais elle a aussi un sens pour la société. Michael Bühl considère en tout cas le travail d'intérêt général comme « une réparation qui profite à la société ».

« Je retourne simplement en cabane »

La décriminalisation de la resquille fait débat

Chaque année, des milliers de personnes purgent une courte peine pour fraude dans les transports publics. Dans la quasi-totalité des cas, ces infractions mineures sont le fait de marginaux, qui viennent ainsi engorger des prisons déjà surpeuplées. A Berne, un membre du Conseil de ville souhaiterait décriminaliser les trajets effectués sans titre de transport valable, comme des premières villes ont commencé à le faire en Allemagne.

Reto Liniger

L'église du Saint-Esprit située sur la place de la Gare à Berne, est devenue le lieu de rencontre des marginaux. En ce mardi après-midi, Daniel Stettler, 48 ans, est assis sur l'un des bancs qui entourent l'édifice. Ses doigts tachés de jaune et sa voix éraillée trahissent le fumeur. Il porte une veste trouée et s'exprime dans un accent bernois à couper au couteau. Stettler, qui ne souhaite pas que son vrai nom apparaisse dans la revue, se bat depuis des années contre sa toxicomanie.

Les bus et les trams de Bernmobil, l'entreprise de transports publics de la ville, circulent à deux pas de là. Stettler prend plusieurs fois par jour le tram de la ligne 3 pour se rendre jusqu'à l'Eigerplatz ; le centre où il reçoit sa dose d'héroïne dans le cadre d'un programme de remise contrôlée se trouve à proximité. Il n'est pas rare qu'il se fasse pincer sans titre de transport valable, ce qui lui a déjà valu plus d'une peine privative de liberté de substitution. Ces courtes peines sont prononcées lorsque, malgré les rappels, une personne ne s'acquitte pas d'une amende infligée pour une infraction mineure — la resquille, par exemple.

Des peines qui engorgent les prisons

En Suisse, les peines privatives de liberté de substitution sont fréquentes : en 2023, elles représentaient 53% des entrées en détention. Chaque année, près de 4400 de ces courtes peines sont exécutées rien que dans le canton de Berne. Elles sont pour la plupart, de quelques jours seulement, une amende de 100 francs équivaut à un jour de détention. « Pour la



Illustration : Patrick Tondeux

majorité des personnes qui purgent une peine privative de liberté de substitution, l'utilisation frauduleuse des transports publics n'est qu'une infraction parmi d'autres », explique Olivier Aebischer, de l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Berne. La resquille est toutefois clairement l'infraction la plus fréquente. Viennent ensuite les infractions à la loi sur la circulation routière, puis en troisième position, celles à la loi sur les stupéfiants.

A la lecture de ce qui précède, on ne peut s'empêcher de se dire que les moyens utilisés sont disproportionnés. Les resquilleurs qui se retrouvent derrière les barreaux sont pratiquement tous des individus comme Daniel Stettler — des marginaux et des personnes en situation précaire. Ils ne font qu'engorger les prisons déjà bondées et les ministères publics. « En taule pour une infraction mineure », « Punis pour cause de pauvreté » : en Suisse, les médias se sont penchés sur la question depuis longtemps. En Allemagne, un débat politique a même été lancé à l'échelle du pays. Dans une lettre

« La resquille est toutefois clairement l'infraction la plus fréquente. Viennent ensuite les infractions à la loi sur la circulation routière, puis en troisième position, celles à la loi sur les stupéfiants. »

« En Allemagne, la piste suivante est notamment en discussion : considérer que « l'obtention frauduleuse d'une prestation » relève non pas du droit pénal, mais du droit civil. »

ouverte adressée au ministre de la Justice, des scientifiques réclament la décriminalisation totale des trajets effectués sans billet valable. Ils argumentent, entre autres, que « l'obtention frauduleuse d'une prestation », pour reprendre les termes utilisés en Allemagne, est une infraction typiquement liée à la pauvreté. Les personnes condamnées à une amende pour infraction à la circulation routière parviennent généralement à s'acquitter de leur dû d'une manière ou d'une autre et ne sont donc pas incarcérées. Mais les individus condamnés pour avoir voyagé sans titre de transport valable purgent dans la plupart des cas une peine privative de liberté de substitution, parce qu'ils n'ont pas d'autre choix.

Des personnes en situation précaire

Les personnes qui se retrouvent ainsi derrière les barreaux ne sont pas mues par une énergie criminelle, mais par des contraintes factuelles, écrit Nicole Bögelein, criminologue à l'Université de Cologne. « En discutant avec ces personnes dans le cadre de mes recherches en milieu carcéral, je constate que ce sont des gens qui vivent dans des conditions extrêmement précaires, qui souffrent d'une addiction et qui ne parviennent plus à s'occuper des questions administratives. » La peine privative de liberté encourue n'a donc pas d'effet dissuasif. Daniel Stettler le confirme : il a certainement déjà purgé une vingtaine de peines privatives de liberté de substitution. « Je retourne simplement en cabane », dit-il. Marcel Brugger, dont l'émission alémanique *10vor10* a dressé le portrait en novembre 2024, est également représenté dans ce cas. Il a effectué une bonne cinquantaine de ces courtes peines. Et ce n'est sûrement pas fini.

Dans ses travaux, la criminologue Nicole Bögelein décrit les personnes concernées : pauvres, marginalisées, malades. Dans une étude datant de 2019, elle a esquissé leur profil psychosocial : neuf sur dix sont soit célibataires, soit divorcées et n'ont donc généralement personne qui pourrait les aider à s'acquitter de leur dû ; 76% d'entre eux sont sans emploi, 30% souffrent d'une addiction et 25% ont été traités pour des troubles psychiatriques. Conclusion : ce n'est pas que ces personnes ne veulent pas payer ; c'est qu'elles ne le peuvent pas.

Outre ces considérations, les coûts élevés sont avancés comme argument en faveur de la décriminalisation : Nicole Bögelein a calculé ce que coûte l'infraction « Voyager sans titre de transport valable » à l'Etat allemand. Résultat : « L'Allemagne dépense chaque année 114 millions d'euros pour la poursuite et la condamnation des resquilleurs ainsi que pour l'exécution des jugements ». En Suisse, il en coûte environ 300 francs par jour et par détenu au contribuable, sans tenir compte des frais admi-

nistratifs jusqu'à l'incarcération. Pour l'ensemble des détenus, cela représente plusieurs dizaines de millions de francs par an.

Une solution au niveau national

En Allemagne, des villes comme Cologne ou Düsseldorf ont donc commencé à décriminaliser les trajets effectués sans titre de transport valable. A Berne, Michael Burkard, juriste et membre du Conseil de ville (liste Verte libre), souhaite qu'on en fasse de même dans la capitale helvétique. Dans une intervention intitulée « Stop à la criminalisation par Bernmobil des personnes touchées par la pauvreté », il demande que les personnes démunies qui voyagent sans billet valable ne soient plus dénoncées. Il s'agit en effet là de procédures extrêmement coûteuses, qui ne font finalement que surcharger les prisons déjà bondées et les ministères publics, dit-il. « Les procédures coûtent cher et la gravité de l'infraction est faible ; la pauvreté ne doit pas être punie. » Interpellée sur le sujet, Bernmobil ne rejette pas catégoriquement la proposition. « Nous pouvons imaginer une décriminalisation pour les personnes démunies », a commenté l'entreprise de transports publics. Mais ce n'est pas à chaque ville ou entreprise de transport de mettre en place sa propre solution ; le problème doit être réglé au niveau national.

En Allemagne, la piste suivante est notamment en discussion : considérer que « l'obtention frauduleuse d'une prestation » relève non pas du droit pénal, mais du droit civil. Les peines d'emprisonnement seraient donc supprimées, et les transports publics devraient, à l'instar de toutes les entreprises privées, recouvrer l'argent eux-mêmes, comme dans toute procédure civile.

Daniel Stettler ne serait pas mécontent de ne plus avoir à purger de courtes peines. Et que penserait-il d'effectuer un travail d'intérêt général pour rembourser ses dettes ? « Je crois que je n'en serais pas capable. J'ai du mal à travailler et à respecter des délais », répond-il en prenant congé pour aller chercher sa dose d'héroïne à proximité de l'Eigerplatz. Il en a malheureusement besoin et ne pourra sans doute jamais vivre sans, ajoute-t-il, en disparaissant dans le tram 3.



Les marginaux qui empruntent les transports publics sans billet valable finissent souvent derrière les barreaux. Bernmobil peut « s'imaginer une décriminalisation pour les personnes démunies ». Une solution devrait toutefois être trouvée au niveau national. Photo : Wikimedia Commons

Alternatives aux peines de prison

Il ne faut pas incarcérer les personnes qui n'ont rien à faire en prison

La Professeure Julie de Dardel, de l'Université de Genève, est une experte des approches non carcérales, voire non punitives, de la justice. Elle soutient que la solution à la surpopulation carcérale ne doit pas passer par la construction de prisons. Il faut, au contraire, amorcer une décroissance carcérale qui doit s'accompagner d'une nouvelle manière de penser.

Patricia Meylan

#prison-info : Certaines prisons de Suisse romande sont surpeuplées, spécifiquement dans les cantons de Vaud et de Genève. Quelles sont les alternatives pénales à l'incarcération ?

Julie de Dardel : La pensée critique de la justice pénale connaît différents courants. L'approche abolitionniste est la plus radicale, elle implique une re-fonte totale de la justice, appelle à la suppression des prisons, voire de toute sanction pénale. Pour les abolitionnistes, les situations problématiques et la violence peuvent et doivent être prises en charge autrement que par la punition. L'approche réductionniste est nuancée. Elle est mise en œuvre de longue date dans les pays nordiques notamment. Elle implique de transformer la justice de manière à recourir le moins fortement possible à la pénalité, et bien entendu aux prisons.

Les alternatives à la privation de liberté auxquelles on pense immédiatement sont le bracelet électronique et le travail d'intérêt général. Il ne s'agit pas de discréditer ces mesures, mais il faut repenser le système en profondeur, adopter une approche globale moins punitive, mettre les moyens pour aller vers une réelle réduction du recours à l'emprisonnement.

Quelles alternatives à la prison vous semblent prioritaires ?

Dans la pratique, des alternatives à la privation de liberté pourraient déjà être mises en œuvre en application du droit pénal tel qu'il existe, ou via de petites modifications législatives. A mon sens, le plus urgent, en Suisse, est de mettre un terme à la conversion des amendes et des peines pécuniaires



Carte d'identité

Julie de Dardel est Professeure de géographie culturelle et politique à l'Université de Genève. Ses domaines de recherche sont la géographie des prisons et des politiques pénales d'une part, l'égalité de genre et les mobilisations des femmes d'autre part. Elle dirige actuellement un programme de recherche basé à Genève et financé par le Fonds National Suisse, intitulé « Décroissance carcérale : Géo-ethnographie du réductionnisme carcéral et des alternatives non pénales ».



en peines de prison ferme. Actuellement, 53% des incarcérations en exécution de peine s'expliquent par ces conversions de montants impayés. On parle de populations vulnérables qui commettent des actes illégaux de peu d'importance – défaut de titre de transport, consommation de stupéfiants ou mendicité, par exemple. Ces personnes vont en prison parce qu'elles n'ont pas de capacité financière, sachant que celles qui sont solvables sont mises aux poursuites. C'est un mécanisme de criminalisation de la pauvreté. Ce retour en force de la « prison pour dettes » heurte le sentiment de justice, mais il représente aussi un coût financier massif pour les contribuables, sans aucune démonstration d'efficacité en termes de prévention et de récidive.

Comment dépénaliser certains comportements tout en garantissant la sécurité de la société ?

Il n'est pas facile de remettre en question l'idée intuitive que davantage de punitivité augmente la sécurité. Pourtant, les études montrent que la réponse répressive est souvent inefficace à faire

reculer dans la société, des phénomènes de violence ou des situations problématiques. Toute une série d'actes pourraient être dépénalisés, et gérés efficacement par l'Etat par d'autres moyens que la punition.

C'est, par exemple, le cas de la gestion des délits commis par les mineurs. On sait que l'approche pénale des comportements problématiques des jeunes est à peu près la manière la plus sûre d'en faire des adultes marginalisés et récidivistes.

Les alternatives à l'approche punitive peuvent comprendre des mesures sociales, thérapeutiques, éducatives, voire culturelles. La dépénalisation n'est pas une affaire d'idéalistes, c'est une manière rationnelle de répartir les ressources de l'Etat pour assurer le mieux vivre ensemble, sans violence, sans risques, notamment pour des populations vulnérabilisées.

La Suisse a-t-elle une expérience de ce type de nouvelles approches ?

Oui, elle a même été un modèle mondialement reconnu dans ce type de changement d'approche,

Statistiquement, les infractions graves représentent moins de 10% des condamnations à la « prison ferme » en Suisse. Ici, la prison centrale de Lenzbourg.
Photo : Peter Schulthess, 2019

avec l'exemple pionnier de la transformation de la politique de la drogue à la fin des années 1990, qui a été un grand succès. La politique des quatre piliers a maintenu la répression du trafic, mais elle a largement décriminalisé la consommation, tout en donnant de vrais moyens à la prévention, la thérapie et la réduction des risques. Au lieu de considérer les toxicomanes comme des criminels, on les a traités comme des malades ayant besoin d'aide. La Suisse a permis à un nombre considérable de toxicomanes de trouver la voie de la dignité et de la prise en charge médicale. Dans le même temps, les délits consécutifs à la prise de substances se sont effondrés et les scènes ouvertes de la drogue ont pratiquement disparu.

Rappelons par ailleurs que l'approche répressive de la problématique des drogues est un échec international depuis des décennies. Quels que soient les montants alloués à la guerre contre la drogue, on parvient à peine à perturber ce marché illégal, qui trouve toujours le moyen de se réadapter. Seule la régulation légale des drogues permettrait d'affaiblir la puissance du crime organisé et de contrer les effets délétères de certaines substances, comme le démontrent les excellents travaux de la Commission globale de politique en matière de drogues, dont fait partie l'ancienne Conseillère fédérale Ruth Dreifuss. La régulation aurait bien entendu également un effet sur la surpopulation carcérale en Suisse, puisque la LStup reste l'une des principales causes de détention.

Si les délinquants sont moins emprisonnés, la sécurité de la population en sera-t-elle affectée ?

Il est même probable que la sécurité s'en trouverait renforcée, si des moyens sont réaffectés de façon rationnelle à des politiques – de prévention, de formation, d'aménagement de l'espace public – dont les effets positifs sur la sécurité de la population sont bien documentés. La pensée en silo devrait céder la place aux réflexions globales et intégrées, de façon à articuler l'action publique dans différents domaines.

Les personnes qui commettent des violences sexuelles, des homicides, ont-elles également droit à une dépénalisation de leur comportement ?

Statistiquement, les infractions graves – commis par des personnes condamnées à une peine de plus de trois ans – représentent moins de 10% des condamnations à la « prison ferme » en Suisse. Une décroissance carcérale peut être amorcée en priorisant une grande partie des autres détenus, qui purgent de courtes peines ou sont soupçonnés de délits peu graves.

Vous souhaiteriez que la conversion des peines pécuniaires en peines privatives de liberté soit supprimée. Quels autres changements proposez-vous ?

Une grande partie des détentions avant jugement pourraient être évitées. Rappelons que la Suisse détient un taux record en Europe, avec 46% de personnes en attente de jugement sur le total de la population détenue. Ceci s'explique notamment par une surestimation du risque de fuite des étrangers, même lorsqu'ils sont suspectés d'infractions mineures. La mise en détention provisoire doit toujours être l'ultima ratio, non la règle.

A Genève, par exemple, plus de 80% des personnes qui subissent une détention avant jugement ne sont finalement pas condamnées à des peines de prison sans sursis. Cela montre, dans la plupart des cas, le caractère peu grave des actes qui ont conduit malgré tout à une détention provisoire. En outre, aucune statistique n'existe sur les classements et acquittements après les mises en détention provisoire, mais ils existent et constituent une raison supplémentaire d'utiliser cette mesure avec grande modération.

Par ailleurs, les statistiques dans le domaine pénal et pénitentiaire sont très lacunaires en Suisse, alors que seule une politique informée par les chiffres peut produire de bons résultats. Dès lors, les coupes budgétaires qui frappent actuellement l'Office fédéral de la statistique sont un signal très inquiétant : c'est l'inverse qu'il faudrait faire. Plutôt que de gonfler les budgets pour construire des prisons, en particulier les cantons de Genève et de Vaud qui incarcèrent beaucoup plus que les autres cantons, les responsables politiques devraient allouer des moyens à la collecte des données et à l'évaluation scientifique de l'action publique.

La population suisse est-elle prête à adhérer à une politique de dépénalisation ?

La question pénitentiaire est l'un des parents pauvres du débat public suisse, souvent entravé par un certain populisme pénal. Mais celui-ci peut se heurter à des limites, car la population n'est pas non plus prête à investir sans fin dans des politiques extrêmement coûteuses, sans réel effet bénéfique notable, au-delà du discours sécuritaire. La construction de nouvelles prisons, souvent démesurées, pourrait connaître un coup d'arrêt en raison de la question des coûts.

Un accès inégal

Pourquoi tous les condamnés ne bénéficient-ils pas de formes d'exécution particulières ?

Pour des raisons légales, politiques et sociétales, la population étrangère et/ou marginalisée bénéficie moins des mesures alternatives en Suisse. Mais peut-on vraiment parler de « bénéfice » ?

Patricia Michaud

Les chiffres parlent d'eux-mêmes : parmi les personnes condamnées à effectuer du travail d'intérêt général dans notre pays, seules quatre sur dix sont de nationalité étrangère. Dans les prisons du pays, la proportion est radicalement différente : seul un cinquième des détenues et détenus est suisse. Cet accès restreint d'une partie de la population étrangère aux mesures alternatives à la détention, le doctorant à l'Institut de géographie de l'Université de Neuchâtel, Luca Gnaedinger, le qualifie de « discrimination indirecte ».

Dans le cadre de son travail de thèse consacré au questionnement de la place de l'enfermement (administratif et pénal) dans les politiques de contrôle de l'immigration dite « indésirable », le chercheur a compilé des chiffres reflétant cette critique. Alors qu'en 1984, plus de 70% des personnes détenues dans les prisons du pays étaient suisses, contre environ 30% d'étranger.ère.s, le pourcentage s'est littéralement inversé : sur la période moyenne 2015-2017, les condamnations à une peine privative de liberté concernaient dans 65% des cas des personnes étrangères sans permis de séjour, contre 21% de Suisses et 14% de personnes de nationalité étrangère titulaires d'un permis de séjour (source : OFS).

Or, cette évolution ne se traduit pas par une proportion similairement importante de personnes étrangères bénéficiant de mesures alternatives. Sur la même période moyenne 2015-2017, les condamnations à un travail d'intérêt général (TIG) concernaient 60% d'Helvètes, contre 32% de personnes étrangères titulaires d'un permis de séjour et 8% seulement de personnes de nationalité étrangère sans permis de séjour. Pour ce qui est de la surveillance électronique, les derniers chiffres publiés par l'OFS, qui portent sur l'année 2023, indiquent quelque 399 débuts d'exécution, dont 242 par des personnes suisses et 157 par des personnes étrangères, tous statuts confondus.

A plusieurs reprises ces dernières années, le Groupe Infoprisons a lui aussi tempéré le bilan



Seuls les détenus qui ont un emploi régulier ou un domicile fixe sont éligibles à la surveillance électronique. La photo montre un bracelet électronique et l'appareil de contrôle installé au domicile du client.

Photo : Peter Schulthess, 2025

prometteur des alternatives à l'emprisonnement. Cette plateforme civile de réflexion sur les sanctions pénales et le monde pénitentiaire a relayé dans son bulletin électronique, des critiques concernant aussi bien le travail d'intérêt général (TIG) que la surveillance électronique : tandis que le premier s'avère parfois « socialement discriminatoire », la seconde peut se transformer en « un facteur et un révélateur d'inégalités ».

La correction par l'autopunition

Reste que même si l'on fait abstraction de leurs composantes potentiellement discriminatoires, les alternatives à la détention ne font pas l'unanimité. Certaines voix s'élèvent pour dénoncer des mesures qui participent surtout à étendre l'influence du système pénal plutôt qu'à la réduire. Une critique qui renvoie à la notion de « net-widening » (ou « élargissement du filet »), introduite dans les années 1970 par Stanley Cohen. Le sociologue américain postule que les mesures alternatives à la détention accroissent le contrôle social et judiciaire des individus. Dans le même ordre d'idées, l'Administratrice générale des Maisons de Justice belges, Annie Devos,

« Même si l'on fait abstraction de leurs composantes potentiellement discriminatoires, les alternatives à la détention ne font pas l'unanimité. »

estimait en 2018 (selon des propos rapportés par le Groupe Infoprisons) : « On assiste à l'essaimage du carcéral dans la communauté ; on demande au justiciable de devenir le gestionnaire de sa propre peine, on impose l'autopunition comme principe de correction ».

De même dans les années 1970, le philosophe français Michel Foucault avait articulé cet avertissement : en élargissant les fonctions carcérales, on ne remplace pas la privation de liberté. A l'inverse, on étend les murs de la prison à toute la société.

Contrôle de l'immigration ?

De fait, en ce qui concerne les personnes de nationalité étrangère, plusieurs conditions fixées par le Code pénal limitent fortement l'accès d'une partie d'entre elles au TIG et à la surveillance électronique. Tant les articles 79a (sur le TIG) que 79b (sur la surveillance électronique) excluent ces mesures en cas de risque de fuite, les rendant difficilement accessibles aux étrangers et étrangères sans permis de séjour. Dans le cas du port du bracelet électronique, viennent s'ajouter deux autres conditions-guillotine : disposer d'un logement fixe et exercer une activité régulière d'au moins 20 heures par semaine, ce qui restreint encore le champ des bénéficiaires potentiels.

Dans son travail de thèse, Luca Gnaedinger formule l'hypothèse que la gestion de l'immigration est devenue l'une des principales fonctions des prisons suisses et que, simultanément, des logiques de contrôle propres à la carceralité tendent à se diffuser dans le dispositif de contrôle de l'immigration. Lors d'un débat sur les ondes de la radio RTS en 2024, le procureur général du canton de Neuchâtel s'est exprimé dans le même sens. Alors que la modératrice lui demandait si la prison est une manière de gérer la migration dans notre pays, Pierre Aubert a répondu : « C'est triste à dire mais évidemment que oui ». L'avantage de l'emprisonnement (par rapport aux mesures alternatives), « c'est qu'il n'y a pas besoin de la participation » de la personne prévenue « pour exécuter cette peine », a ajouté le magistrat neuchâtelois.

Même canton, autre son de cloche. Selon la nouvelle cheffe du Service pénitentiaire neuchâtelois, la part de personnes étrangères parmi celles détenues est certes comparativement très élevée en Suisse, la médiane européenne se situant à 16%. « Il est néanmoins impossible de parler d'une criminalisation de la migration », affirme Natalia Delgrande. En effet, « la part des personnes étrangères non condamnées par rapport aux personnes étrangères en exécution d'une sanction qui se trouvent en détention est quasiment de 50/50 ». Or, « si l'hypothèse du contrôle de l'immigration était viable, la part des personnes étrangères condamnées serait bien plus importante ».

Ne pas passer entre les mailles du filet

Certes, les personnes de nationalité helvétique sont proportionnellement mieux représentées que leurs homologues étrangers et étrangères parmi les bénéficiaires d'alternatives à l'emprisonnement. Cela ne signifie pas pour autant que tous les Suisses peuvent prétendre de façon égale à ces mesures. Les personnes qui se trouvent dans une situation de précarité socio-économique, celles qui ont un mode de vie que l'on pourrait qualifier d'instable et/ou celles qui ont des comportements addictifs se retrouvent plus souvent derrière les barreaux que les autres pour des délits équivalents. Là aussi, une explication est à chercher du côté des conditions d'accès au travail d'intérêt général et à la surveillance électronique.

En ce qui concerne cette dernière, l'obligation d'exercer une activité régulière, voire de disposer d'un logement fixe, peut représenter un réel obstacle. A priori plus souple au niveau des critères d'admission, le TIG n'exige pas moins – tout comme la surveillance électronique d'ailleurs – « d'être en mesure de faire preuve d'autodiscipline », relève Marko Stanic, chef du domaine pour le canton de Berne. Les personnes qui n'ont pas – par exemple, en raison d'une longue période de rupture sociale – la capacité de respecter un horaire ou de structurer leur emploi du temps, ont généralement de la peine à accéder à ces mesures. Ou à mener leur exécution à terme.

Marko Stanic et son équipe font de leur mieux pour faciliter l'accès au travail d'intérêt général. « Nous avons, par exemple, fait une campagne d'information auprès des organes de prise en charge sociale afin de les sensibiliser à cette option encore trop souvent méconnue ». Le chef du domaine en est convaincu : le TIG « est un moyen pour les personnes marginalisées de retrouver un sentiment d'utilité et de valeur, de ne pas passer une fois de plus entre les mailles du filet social ».



Les ressortissants étrangers sont sous-représentés parmi les bénéficiaires des formes particulières d'exécution des peines alors qu'ils constituent la majorité des personnes détenues dans les prisons suisses. Ici, une photo prise au centre d'exécution des mesures d'Uitikon.

Photo : Peter Schulthess, 2018

De grands espoirs, mais une utilisation toujours limitée

Le bracelet électronique dans le système suisse d'exécution des sanctions pénales

Depuis 2018, les cantons peuvent utiliser la surveillance électronique (electronic monitoring, EM) comme alternative à l'exécution d'une peine privative de liberté de vingt jours à douze mois. Dans les faits, le recours au bracelet électronique est relativement rare. Pourquoi ? Et quel est le potentiel de la surveillance électronique ?

Nicola Gattlen

Dans les années 1990, le bracelet électronique, déjà largement répandu aux Etats-Unis, éveille des espoirs en Suisse : ne constitue-t-il pas une alternative humaine et peu onéreuse à l'incarcération ? En 1999, la Confédération autorise quelques cantons (BE, BL,

BS, VD, GE, TI) à effectuer des essais avec des dispositifs de surveillance électronique. Malgré le bilan positif de ces essais — « coût bas », « faible nombre d'interruptions », « peu de récidives », « forme d'exécution la plus favorable dans le système d'exécution des peines en termes d'intégration sociale », peut-on lire dans l'évaluation — la révision du code pénal, au début des années 2000, se concentre sur la transformation des peines privatives de liberté de courte durée en peines pécuniaires ou en travail d'intérêt général.

La réforme, entrée en vigueur en 2007, suscite toutefois rapidement des critiques et en 2015, elle est partiellement abrogée par le parlement. Depuis 2018, le recours à la surveillance électronique est inscrit dans le Code pénal suisse comme alternative à l'exécution d'une peine privative de liberté de 20 jours à 12 mois ou, dans le cadre du régime progressif, vers la fin d'une peine d'emprisonnement plus longue, pour une durée de 3 à 12 mois, à la place du travail externe ou du travail et du logement externes.

Un dispositif rarement utilisé

La statistique montre que le bracelet électronique est relativement peu employé : pour l'ensemble de la Suisse, on comptait 491 personnes exécutant leur peine sous surveillance électronique en 2022 et 399 en 2023. « Ce faible nombre est essentiellement lié au fait que, dans le champ d'application principal, qui va jusqu'à 180 unités pénales, la peine pécuniaire a la primauté sur la peine privative de liberté », explique Jonas Weber, Professeur de droit pénal à l'Université de Berne. « Seules les personnes chez qui une peine pécuniaire n'a pas eu l'effet dissuasif escompté par le passé ou qui ne peuvent s'acquitter



Il existe des disparités régionales importantes dans l'octroi de la surveillance électronique. L'Office fédéral de la justice évalue actuellement les expériences faites par les cantons avec le bracelet électronique.

Photo : Peter Schulthess, 2025

ou ne s'acquitteront vraisemblablement pas d'une peine pécuniaire, peuvent être condamnées à une peine privative de liberté. On trouve dans ce groupe de nombreux condamnés qui vivent en marge de la société, qui n'exercent pas une activité régulière ou qui n'ont pas de domicile en Suisse. En règle générale, ces personnes n'entrent pas en ligne de compte pour la surveillance électronique.

« A ce jour, la surveillance électronique est principalement ordonnée aux dépens de la semi-détention », note Thomas Noll, Collaborateur scientifique à l'Office de l'exécution judiciaire et de la réinsertion du canton de Zurich (JuWe), dans les actes d'un congrès du Groupe suisse de criminologie dédié à la question des « alternatives » (2023). On n'a pas constaté de recul de l'exécution ordinaire au profit de la surveillance électronique depuis l'introduction de cette dernière, écrit-il, ce qui est surprenant compte tenu de l'évaluation positive des projets pilotes.

Des disparités régionales importantes

L'ampleur des disparités régionales est frappante : en 2023, 5700 jours ont été exécutés sous surveillance électronique dans le canton de Berne, 500 dans celui de Lucerne, 118 aux Grisons. Jonas Weber s'est intéressé de plus près à ces écarts. « Au départ, nous supposions que ces disparités étaient dues à des différences importantes au niveau des condamnés. Mais ce n'est pas le cas », dit-il. Elles s'expliquent plutôt par la pratique des cantons en matière d'admission à la surveillance électronique. Le code pénal fixe certes des critères à remplir pour bénéficier de la surveillance électronique, à savoir notamment l'absence de risque de fuite et un logement et une activité régulière en Suisse. « Mais il reste une marge d'interprétation », poursuit le professeur de droit pénal. Ainsi, le risque de fuite n'est pas évalué partout de la même manière. Certains cantons se montrent plus frileux, peut-être parce qu'ils manquent d'expérience dans le domaine de la surveillance électronique. D'autres connaissent cet instrument depuis 25 ans déjà.

En octobre 2024, les concordats alémaniques sur l'exécution des peines et mesures ont adopté une nouvelle directive applicable aux formes particulières d'exécution (surveillance électronique, travail d'intérêt général, semi-détention). Objectif : harmoniser la pratique en matière d'exécution et d'admission dans les cantons. A ce stade, il n'est pas encore possible de dire si, à l'avenir, la surveillance électronique sera accordée à davantage de personnes.

Le Tribunal fédéral élargit les possibilités d'utilisation

On ne sait pas non plus si le champ d'application de la surveillance électronique sera élargi. L'Office

fédéral de la justice évalue actuellement les expériences faites par les cantons avec le bracelet électronique (mise en œuvre du postulat 16.3632). Il s'agit d'examiner si ces expériences vont dans le sens d'une extension du champ d'application. En 2015, le canton de Bâle-Campagne avait demandé, dans une initiative, que le recours à la surveillance électronique soit possible comme alternative à l'exécution d'une peine privative de liberté de cinq jours à trois ans. L'initiative parlementaire 24.430, déposée en juin 2024 en réaction à un arrêt du Tribunal fédéral publié peu auparavant, va dans une autre direction. Le Tribunal fédéral a élargi la possibilité d'utiliser la surveillance électronique aux peines privatives de liberté de trois ans au plus assorties d'un sursis partiel si la partie ferme de la peine n'excède pas douze mois. L'initiative parlementaire, quant à elle, demande que la durée totale de la peine soit déterminante. L'arrêt du Tribunal fédéral justifie l'extension du champ d'application par la prévention spéciale positive, alors que l'initiative parlementaire se fonde sur la faute de l'auteur.

Vers une réduction de la surpopulation carcérale ?

Les cantons ont accueilli favorablement la décision du Tribunal fédéral, qui leur confère « une plus grande marge de manœuvre ». Par ailleurs, la modification contribuera probablement à désengorger ponctuellement les établissements pénitentiaires. Les concordats sur l'exécution des peines et mesures, du moins en Suisse alémanique, ne s'attendent cependant pas à une baisse importante de la pression sur le système carcéral, car la surveillance électronique se trouve désormais en « concurrence » directe avec la semi-détention. Dans de nombreux cantons, cette dernière est exécutée dans des institutions spécialisées, et les places libérées dans ces établissements grâce à l'emploi du bracelet électronique ne peuvent pas être utilisées pour l'exécution en milieu fermé.

Selon les concordats alémaniques, il est difficile d'évaluer les conséquences au niveau des coûts de l'exécution pour le moment. Certes, l'exécution sous surveillance électronique revient sensiblement moins cher qu'une place de détention, mais d'après un calcul effectué par le canton d'Argovie, les frais d'encadrement sont « nettement supérieurs » à ceux de la semi-détention. En ce qui concerne les coûts totaux, on ne peut donc s'attendre qu'à de « modestes économies ».

L'association Electronic Monitoring mise sur Swiss Eagle

Les coûts de la surveillance électronique pourraient être réduits si tous les cantons appliquaient le même

« A ce jour, la surveillance électronique est principalement ordonnée aux dépens de la semi-détention. »

système et créaient une centrale de contrôle commune. S'il existe depuis longtemps des projets en ce sens, un pas supplémentaire a désormais été franchi : en décembre 2024, 21 cantons membres de l'association Electronic Monitoring (EM) ont mis en service le nouveau système Swiss Eagle (le canton de Neuchâtel, également membre, utilise encore Geosatis, qui est aussi employé par les cantons du Tessin, du Valais, du Jura et de Fribourg). Doté d'une structure modulaire, le système Swiss

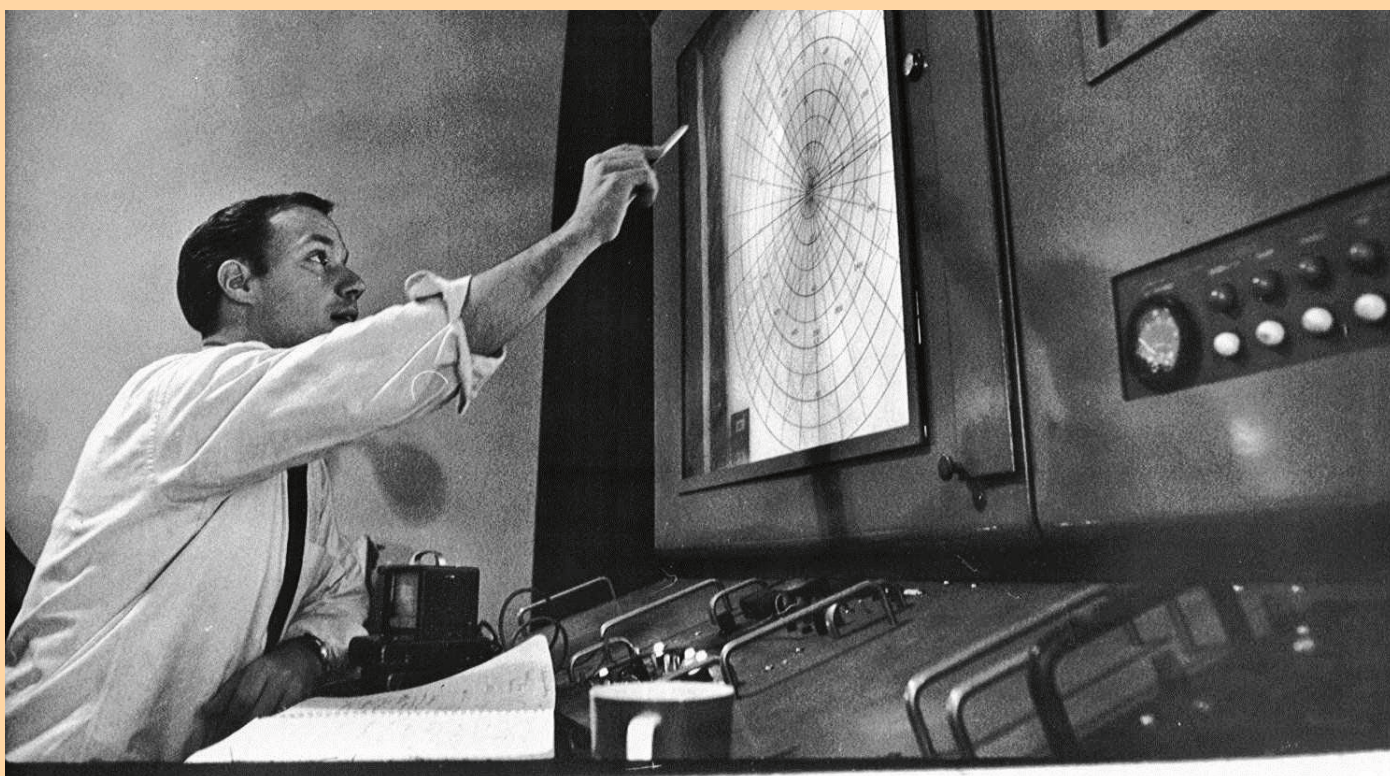
Eagle se prête à différentes formes de surveillance. Certains appareils reposent sur la technologie GPS. On ne sait pas en revanche si une centrale de surveillance commune sera mise en place ni quand celle-ci serait opérationnelle. « Les membres de l'association n'ont pas encore pris de décision dans ce domaine », déclare Daniel Siegrist, Directeur de l'association EM. « Le système Swiss Eagle remplit les conditions nécessaires au cas où cette solution serait retenue ».

De la « machine de Schwitzgebel » au bracelet électronique

Au milieu des années 1960, le professeur Ralph K. Schwitzgebel développe une technologie en avance sur son temps dans son laboratoire de psychiatrie à l'Université de Harvard, aux Etats-Unis : sous ses yeux, des ampoules électriques clignotent sur un plan de quartier. Les signaux radio que le professeur reçoit proviennent d'émetteurs de plusieurs kilos fixés aux personnes qui participent à l'expérience. Ils permettent au chercheur de suivre tous les déplacements des personnes en question sur une distance de 400 mètres. Schwitzgebel prévoyait même d'utiliser des capteurs pour contrôler à distance la fréquence et les bruits cardiaques, ainsi que les ondes cérébrales afin de déterminer l'état d'excitation. Sa machine, qu'il a fait breveter en 1969, a toutefois rapidement sombré dans l'oubli.

Le bracelet électronique est introduit quinze ans plus tard par le juge de district Jack Love, à Albuquerque, dans l'Etat américain du Nouveau-Mexique. En 1983, après trois semaines d'essai sur sa propre personne, Love ordonne de placer cinq délinquants sous surveillance électronique, le contrôle étant assuré par le service de probation. C'est le début d'un succès impressionnant. La surveillance électronique prend de l'ampleur comme alternative à l'emprisonnement, essentiellement en réaction à la surpopulation carcérale aux Etats-Unis, mais aussi grâce aux progrès techniques. La Grande-Bretagne, la Suède et les Pays-Bas figurent parmi les premiers pays qui ont recours à la surveillance électronique des arrêts domiciliaires. A partir de 1999, des projets pilotes sont également lancés au Portugal, en Espagne, en Italie, en France, en Belgique et en Suisse.

Ralph Schwitzgebel, Professeur à Harvard, est considéré comme le père de la surveillance électronique.



Réforme ou abolition ?

Considérations de politique criminelle sur la réforme des peines privatives de liberté de substitution

Les peines privatives de liberté de substitution sont problématiques à plus d'un titre, notamment en raison de leur lourd impact sur le système judiciaire. Diverses mesures pourraient être envisagées pour réduire leur utilisation, ce qui contribuerait non seulement à alléger la charge pesant sur ce dernier, mais aussi à favoriser la justice sociale.

Christoph Urwyler

Le recours aux peines privatives de liberté de substitution, qui résultent de la conversion de peines pécuniaires ou d'amendes en peines privatives de liberté, a connu une hausse significative en Suisse ces dernières années. Le nombre élevé d'incarcérations (4964 en 2023) entraîne une forte pression sur les établissements pénitentiaires (voir p. 4) et soulève la question du rapport coût/utilité.

Face à cette situation et au vu de la pratique d'autres pays européens, qui ne recourent que très rarement, voire pas du tout, à ce type de peines, il est essentiel de réfléchir à des moyens de réduire le nombre de cas et le lourd impact qu'ont ces dernières sur les personnes concernées ainsi que sur le système judiciaire, sans pour autant renoncer aux exigences de l'Etat de droit, de la force obligatoire du droit pénal et de l'égalité de traitement. En m'appuyant sur les réflexions du groupe de travail « Sanktionenrecht » (« droit des sanctions ») de la fondation allemande Friedrich-Ebert, je souhaiterais présenter ici un aperçu des leviers qui pourraient être utilisés pour apporter des changements.

Des possibilités de paiement flexibles et adaptées au cas par cas

De nombreuses personnes menacées par une peine privative de liberté de substitution se trouvent dans une situation économique et sociale précaire. Comme le montre une étude réalisée dans le canton de Zurich et des expériences pratiques, ces personnes ne sont pas en mesure de payer une peine pécuniaire au moment de leur condamnation, ni de l'exécuter sous la forme d'un travail d'intérêt général, en raison notamment de leur incapacité due à une toxicodépendance à structurer leur emploi du temps, de trajets trop longs ou de leur capacité limitée à respecter des horaires.

Afin d'éviter que ces personnes ne restent « impu- nies », il serait judicieux que les autorités d'exécu-

tion leur proposent activement les possibilités de paiement flexibles prévues par la loi, comme des plans individuels de paiement par acomptes, afin de permettre à celles qui sont confrontées à des difficultés financières de s'acquitter de leur peine pécuniaire par petits montants sur une période plus longue.

De leur côté, les autorités de poursuite devraient tout mettre en œuvre pour mener à bien la procédure et ne déclarer la poursuite « inexécutable » que dans des cas exceptionnels (art. 36 CP). Une telle pratique permettrait d'éviter, autant que possible, que des amendes ou des peines pécuniaires fassent place à des peines privatives de liberté.

Offre active de travail d'intérêt général

Il conviendrait de proposer activement aux personnes condamnées la possibilité de travailler pour rembourser leur peine pécuniaire ou leur amende. Cependant, faire une demande de travail d'intérêt général n'est pas simple dans tous les cantons. Dans le canton de Zurich, par exemple, une permanence-conseil a été mise en place afin de conseiller et d'aider les personnes condamnées dans leurs démarches.

Dans d'autres cantons, en revanche, l'accès au travail d'intérêt général se révèle plus compliqué. La solution la plus efficace serait de proposer automatiquement aux personnes concernées, en cas de non-paiement d'une peine pécuniaire, d'exécuter cette dernière sous la forme d'un travail d'intérêt général, plutôt que de n'accorder cette possibilité que sur demande, en lieu et place d'une peine privative de liberté de substitution. Par ailleurs, il serait pertinent de consolider le réseau de travail d'intérêt général sur l'ensemble du territoire afin de réduire la distance entre le domicile et le lieu d'affectation et ainsi de permettre au plus grand nombre d'accéder à cette offre.



Christoph Urwyler, Dr. iur. lic. rer. soc., est responsable du Monitoring de la privation de liberté (MPL) et responsable adjoint de l'Analyse et du développement de la pratique au Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP). Ses domaines d'expertise sont les suivants : les statistiques et l'analyse des données, les normes et la qualité, la probation et la prise en charge de certaines catégories de personnes (personnes âgées et nécessitant des soins, ressortissants étrangers). Cet article reflète son point de vue personnel.

Renforcement du travail social de proximité et de la prévention de la pauvreté

Étant donné que la majorité des personnes faisant l'objet d'une peine privative de liberté de substitution sont confrontées à de nombreux problèmes personnels et à une marginalisation sociale, il serait judicieux de renforcer le travail social de proximité ainsi que la prévention systématique de la pauvreté et des dépendances. Il est en effet la plupart du temps impossible de contacter ces personnes par courrier. Une prise de contact rapide et directe (par ex. par téléphone ou SMS) permet de trouver – avec l'autorité d'exécution, le service de conseil en matière d'endettement ou les services sociaux – une solution adaptée à chacune d'elles afin qu'elles puissent soit s'acquitter de leur peine pécuniaire, soit l'exécuter sous la forme d'un travail d'intérêt général dans le cadre d'un accompagnement socio-éducatif.

Système des jours-amende : pas de valeur minimale et une conversion équitable

Une peine pécuniaire se définit selon un nombre de jours-amende, fixé en fonction de l'infraction commise. Le montant du jour-amende est, quant à lui, déterminé selon la situation personnelle et économique de l'auteur au moment du jugement (revenu, fortune, mode de vie, obligations d'assistance, minimum vital).

Avant la révision du CP de 2007, le législateur avait sciemment renoncé à fixer une valeur minimale afin que des jugements fondés et équitables puissent être rendus à l'encontre des personnes se trouvant dans une situation économique difficile. Depuis cette révision, une valeur minimale de 10 francs a été introduite, mais elle ne peut être appliquée qu'exceptionnellement, lorsque la situation personnelle et économique de l'auteur le justifie. Cette « peine pécuniaire plancher » est unanimement critiquée par les auteurs de doctrine, qui estiment qu'elle pourrait conduire à transformer la peine pécuniaire en peine privative de liberté ferme pour les personnes pauvres et désocialisées.

Afin de prendre en considération le fait que la privation de liberté a un impact plus important que la peine pécuniaire, il conviendrait de revoir le système des jours-amende : à l'avenir, trois jours-amende devraient correspondre à un jour de peine privative de liberté (la réglementation actuelle prévoyant, quant à elle, qu'un jour-amende correspond à un jour de peine privative de liberté), ce qui se justifie tout à fait sur le plan théorique.

Calcul plus correct du revenu net

Le système des jours-amende vise à récupérer la part disponible du revenu net dont disposeraient

quotidiennement les personnes condamnées en travaillant normalement, c'est-à-dire la part qui n'est pas nécessaire au paiement de leurs charges indispensables. En partant du principe que ce revenu net est généré en deux à trois heures de travail, on pourrait hypothétiquement établir qu'environ trois jours-amende correspondent à un jour de peine privative de liberté (en se basant sur une durée légale de travail de huit heures). La conversion des jours-amende en jours de peine privative de liberté échappe toutefois à une logique mathématique simple, car elle met en balance deux éléments – l'argent et la privation de liberté – qui ne sont pas comparables. Toute conversion est d'une certaine manière contestable, ce qui constitue un argument fondamental en faveur de l'abolition des peines privatives de liberté de substitution (voir ci-dessus).

Dans de nombreux cas, le calcul correct du revenu net à prendre en compte pour fixer le montant du jour-amende se révèle compliqué et chronophage ; or, le temps fait souvent défaut lors des audiences. Il serait par conséquent judicieux de fixer le tarif dans une décision semblable à une remise d'impôt simplifiée, comme l'a déjà suggéré en 2011 le pénaliste Martin Killias, qui considère que ce serait la condition minimale pour garantir le bon fonctionnement du système des jours-amende. En plus des considérations fondamentales d'équité qui plaident en faveur d'une telle réforme, cette dernière pourrait accroître les chances que les personnes condamnées puissent s'acquitter de leur peine pécuniaire.

Abolition de la peine privative de liberté de substitution pour les infractions mineures

Une approche pragmatique pour diminuer le nombre de peines privatives de liberté de substitution consisterait à dépénaliser certaines infractions mineures, telles que les contraventions, qui sont généralement punies d'une amende, souvent convertie en peine privative de liberté. On pense, par exemple, ici au fait de voyager sans titre de transport valable (voir p. 9). On pourrait envisager de dépénaliser la fraude dans les transports publics et/ou d'alléger la charge que représentent les peines privatives de liberté de substitution en considérant les transports en commun comme un bien public et en instaurant la gratuité pour tous ou, du moins, pour certains groupes de personnes dans le besoin.

Les mesures esquissées ici, qui reflètent également l'état du débat en Allemagne, pourraient – si l'on ne souhaite pas aller jusqu'à abolir les peines privatives de liberté de substitution, comme l'ont déjà fait de nombreux pays – réellement contribuer à réduire leur utilisation, ce qui permettrait d'alléger la charge qui pèse sur le système judiciaire et favoriserait la justice sociale.

« La peine pécuniaire risque de devenir une peine privative de liberté ferme pour les personnes pauvres et désocialisées. »

« La peine ne contribue pas à apaiser le conflit »

André Kuhn, Professeur de droit pénal, se livre à un examen critique de la sanction pénale

Quand on parle d'alternatives, on pense principalement aux alternatives à la peine privative de liberté. Le Neuchâtelois André Kuhn, Professeur de criminologie et de droit pénal, pousse la réflexion plus loin : pour lui, c'est le système pénal dans son ensemble qui doit être repensé.

Nicola Gattlen

Monsieur Kuhn, quel est, au fond, le but de la peine ?

La peine a toujours eu une composante morale : à travers la rétribution, elle vise à rétablir l'équité. L'auteur de l'acte punissable, marqué du sceau de la réprobation, se voit donc infliger un mal. Mais dans une société moderne, la rétribution permet difficilement de justifier une mesure aussi radicale que la privation de liberté. Alors, on ajoute d'autres éléments. La peine doit également être utile. Le Code pénal suisse et le Tribunal fédéral mettent l'effet dissuasif de la sanction au premier plan. Il s'agit, d'une part, de décourager l'auteur de commettre de nouvelles infractions et d'autre part, d'obtenir, espère-t-on, un effet de prévention générale. Enfin, l'exécution de la peine vise la resocialisation de l'auteur.

Obtient-on l'effet escompté ?

Les statistiques de la criminalité montrent que la dissuasion générale ne fonctionne pas vraiment. Prenons l'exemple de la circulation routière : chaque année, des milliers de personnes sont condamnées pour des infractions crasses au code de la route. Idem pour la consommation et le trafic de stupéfiants : la peine n'a pratiquement aucun effet. Un dealer incarcéré est aussitôt remplacé par un autre dans la rue.

Peut-être les sanctions sont-elles trop douces...

A ce jour, aucune étude n'a pu établir, de manière générale, l'existence d'une corrélation directe entre la sévérité de la sanction encourue et la fréquence de la commission d'une infraction. Pour les chercheurs, les sanctions sont plutôt interchangeables.

« Les statistiques de la criminalité montrent que la dissuasion générale ne fonctionne pas vraiment. »



Carte d'identité

André Kuhn est Professeur de droit pénal et de criminologie aux Universités de Neuchâtel et de Genève. Cofondateur de l'Association pour la justice restaurative en Suisse (ajures.ch), il s'intéresse notamment à des questions telles que l'établissement des peines, le sentiment de sécurité publique et la médiation pénale. Il a coédité les actes du congrès du Groupe suisse de criminologie dédié au thème « Alternatives : de la sanction alternative à la criminologie alternative » (Helbing Lichterhahn, 2023).

« L'idée de la prison tire ses origines de la religion. Elle est étroitement liée à des notions telles que le péché, l'expiation et le travail considéré comme sacro-saint. »

Qu'elles soient « sévères » ou « clémentes », elles ne sont pas aussi dissuasives que le législateur le souhaite. Même si, intuitivement, l'existence d'un lien direct entre la peine encourue et la délinquance semble plausible, ce sont souvent d'autres facteurs — des scrupules, par exemple — qui retiennent un individu de commettre une infraction.

Outre son objectif de prévention générale, la peine vise à avoir un effet direct sur les délinquants primaires afin d'empêcher la récidive.

Dans ce domaine, les attentes ne sont pas non plus satisfaites. Ainsi, une vaste étude de cohorte menée par l'Office fédéral de la statistique montre qu'environ 38% des adultes suisses nés en 1966 qui ont été condamnés pour un crime ou un délit le sont une deuxième fois dans les neuf ans qui ont suivi.

Le code pénal prévoit des mesures de resocialisation lors de peines fermes. L'exécution de la sanction ne doit pas seulement avoir un effet punitif et dissuasif, mais aussi aider le délinquant à adopter un comportement conforme aux attentes de la société après sa libération et faciliter sa réinsertion. On voit là tout le paradoxe de notre droit pénal : on veut apprendre à une personne à vivre en liberté et à respecter les règles en la privant justement de sa liberté ! La prison est probablement le seul outil du XVI^e siècle encore utilisé aujourd'hui. Elle découle par ailleurs d'un mode de pensée hérité lui aussi de cette époque.

Pouvez-vous nous expliquer cela ?

En réaction aux abus de l'Inquisition mise en place par l'Eglise catholique et au schisme qui en a résulté dans la chrétienté, les réformés ont créé des « maisons de travail » destinées à éduquer les « fainéants » et « autres gens de mauvaise vie » dans le respect de Dieu. C'est ainsi qu'aux Pays-Bas et en Grande-Bretagne sont nés les ancêtres des prisons modernes ; on escomptait que la privation de liberté et l'obligation de travailler dans ces « maisons d'éducation » aient des effets éducatifs et socialisants. L'idée de la prison tire donc ses origines de la religion. Elle est étroitement liée à des notions telles que le péché, l'expiation et le travail considéré comme sacro-saint. Ce n'est pas « l'acte mauvais » qui est au premier plan, mais la « mauvaise personne », qu'il s'agit de corriger.

Certains experts plaident par conséquent pour un droit pénal de l'acte, c'est-à-dire un droit qui fixe la peine en se fondant uniquement sur l'acte et qui restaure la paix et la justice en infligeant un « mal » (la privation de liberté, par exemple). Les

aspects tels que la prévention et la resocialisation disparaissent ou ne jouent qu'un rôle accessoire.

Le droit pénal de l'acte est une forme de loi du talion civilisée. Mais il est impossible de justifier pourquoi on pourrait et on devrait rétablir la justice en infligeant un mal, un mal que, au demeurant, on ne peut pas mesurer sans glisser dans le domaine religieux et théologique. Quelle doit être l'ampleur de ce mal pour restaurer l'équité ? Il n'y a pas de réponse à cette question qui soit acceptable du point de vue scientifique et éthique. La peine ne contribue pas non plus à apaiser le conflit, au contraire : elle l'attise. Durant la procédure, l'avocat presse l'auteur d'admettre le moins de choses possible pour que la peine prononcée soit modérée, ce qui paraît injuste à la victime. Du coup, le conflit enfle de plus belle. La peine permet certainement à l'Etat d'asseoir son autorité, mais elle n'aide pas la victime et elle n'amène pas l'auteur à une prise de conscience et au repentir.

La punition est nécessaire, selon une règle éducative classique.

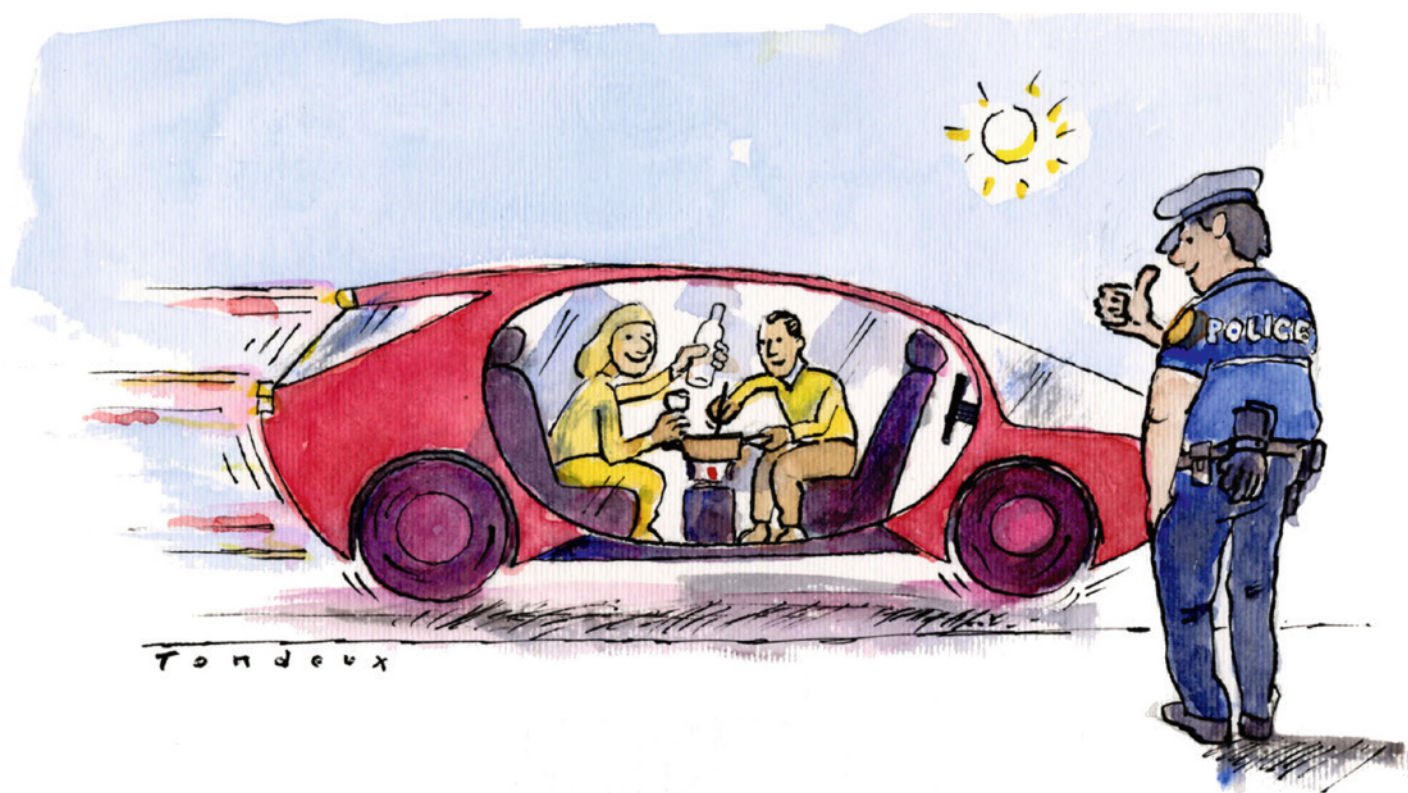
La socio-pédagogie a montré à maintes reprises que la punition ne fonctionne pas. Elle permet uniquement aux parents de prendre le contrôle et apprend aux enfants à y recourir eux-mêmes plus tard. Je pense que nous ne devrions plus seulement nous concentrer sur la façon d'améliorer les prisons ou de mettre en place des alternatives plus humaines, comme la surveillance électronique. Cela revient en effet à rester encore et toujours dans ce système fondé sur la punition et la dissuasion. Nous devrions plutôt remettre en question le système pénal lui-même. La « guerre contre la criminalité » menée par l'intermédiaire du droit pénal ne contribue pas à régler le conflit. D'autres approches sont nécessaires.

Que proposez-vous ?

Notre société essaie de résoudre un grand nombre de problèmes par l'intermédiaire du droit pénal sans tenir compte de leurs causes. Je pense, par exemple, à la consommation de stupéfiants et au trafic qu'elle engendre. Il est essentiel d'attaquer les problèmes à la racine. Le système pénal ne peut et ne doit pas servir à régler des problèmes auxquels la société n'a pas trouvé de réponse ou pour lesquels elle n'est pas prête à en trouver. Dans bien des domaines, le respect des normes pourrait en outre être assuré par des mesures de prévention spécifiques, notamment des solutions techniques.

Avez-vous un exemple ?

Prenons les véhicules automobiles. Il serait possible de mettre fin aux excès de vitesse grâce à l'installation d'un GPS et d'un régulateur de vitesse. Un



dispositif obligatoire empêchant le démarrage en cas de dépassement du taux d'alcoolémie tolérée permettrait de réduire la conduite en état d'ébriété : un capteur mesure la concentration d'alcool dans l'haleine de l'automobiliste et envoie un signal électronique au système de commande, qui détermine alors si la personne peut démarrer ou poursuivre le trajet. En Suède, ces éthylotests antidémarrage sont obligatoires pour les véhicules administratifs. La Finlande a elle aussi adopté une loi en ce sens en 2019. Le potentiel de cette « prévention situationnelle » est immense : les infractions à la loi sur la circulation routière représentent plus de la moitié des crimes et des délits inscrits au casier judiciaire suisse.

Aussi bonne soit-elle, une politique sociale et préventive ne permettra pas d'éradiquer toutes les infractions. Sans parler du besoin de sécurité de la population. Les voix qui réclament l'ordre public se font de plus en plus insistantes ces derniers temps : on veut voir les criminels dangereux derrière les barreaux.

Il est clair qu'une prise en charge institutionnelle est nécessaire pour certains auteurs. Mais aujourd'hui, on prescrit le même traitement à un trop grand nombre de délinquants, à savoir la prison. Il faudrait des programmes personnalisés en dehors des établissements de privation de liberté qui tiennent compte des besoins spécifiques des auteurs pour

leur offrir des perspectives de vie en société. En médecine, on n'administre pas le même médicament ou le même traitement à tous les malades. Il est aussi important que les conflits interpersonnels et les souffrances causées par l'acte soient atténués ou, dans le meilleur des cas, éliminés, et ce le plus tôt possible, avant que le conflit dégénère et que la souffrance s'installe durablement. A mon avis, l'Etat a la responsabilité de créer les conditions nécessaires à un apaisement du conflit.

A quoi pensez-vous ?

Au dialogue entre la victime et l'auteur, par exemple, ou à d'autres formats de justice restaurative. La justice restaurative dissocie l'acte de la personne : un acte « mauvais » peut aussi être le fait d'une « bonne » personne. C'est uniquement en opérant cette distinction que l'on peut recoudre le lien déchiré. La justice restaurative revient à faire justice, contrairement à la justice rétributive, qui veut rendre justice en infligeant une peine.

Alternative aux solutions pénales : dans bien des domaines, le respect des normes pourrait être assuré grâce à la « prévention situationnelle », par exemple avec des éthylomètres antidémarrage obligatoires, l'emploi d'un GPS couplé à un régulateur de vitesse ou l'homologation de voitures automatisées uniquement.

Illustration : Patrick Tondeux

Apprendre de la Finlande

Expériences faites avec une politique carcérale réductionniste

La Finlande est parvenue à diminuer son taux de détention. Il était le plus élevé d'Europe, il figure désormais parmi les plus bas. Les prisons se sont vidées de façon spectaculaire, l'exécution des sanctions pénales est d'une efficacité sans pareille. Quels enseignements la Suisse peut-elle en tirer ?

Kaspar Meuli

Le criminologue finlandais Patrik Törnudd ne mâchait pas ses mots lorsqu'il évoquait le système carcéral finlandais du milieu du XX^e siècle. Le défunt directeur de l'Institut de recherche en matière de politique de justice parlait d'une « honte nationale ». Après la Deuxième Guerre mondiale, la situation s'est dégradée de façon alarmante dans les prisons. Avec un taux de 300 détenus environ pour 100 000 habitants, celles-ci souffraient d'une surpopulation chronique. Selon Törnudd, « les Finlandais se sont trouvés face à une question difficile : pourquoi avaient-ils trois à quatre fois plus de détenus que leurs voisins scandinaves ? »

La situation en Finlande était étroitement liée à la position géographique du pays et à l'influence de l'Union soviétique. « Dans l'ensemble, le système pénal finlandais des années 1950 et 1960 était moins innovant, moins flexible et plus répressif que celui de ses voisins nordiques », résume Tapio Lappi-Seppälä, criminologue de réputation internationale et professeur émérite à l'Université d'Helsinki.

La réforme du système carcéral opérée par la suite suscite aujourd'hui encore un vif intérêt parmi les spécialistes du monde entier, car la Finlande a réussi à diminuer massivement son taux de détention. Pas du jour au lendemain, mais sur une période d'une trentaine d'années. En 2005, le pays ne comptait plus que 70 détenus pour 100 000 habitants et en 2023, ils étaient 51 selon les statistiques pénales annuelles du Conseil de l'Europe SPACE. Cela en fait l'un des taux les plus bas d'Europe. A titre de comparaison, le nombre de détenus pour 100 000 habitants s'élevait à 73 en Suisse en 2023.

Un large consensus politique

Si les mesures qui ont conduit à ce changement spectaculaire sont complexes dans le détail, le consensus politique a joué un rôle fondamental dans leur adoption, selon Tapio Lappi-Seppälä. Dans un article publié en 2012 dans la revue spécialisée *Scandinavian Studies in Law*, il dressait un bilan : « Globalement, on peut qualifier la politique crimi-

La prison de Vantaa a été construite en 2002. Elle sert de centre de détention fermé et de prison préventive.
Photo : Wikimedia Commons



nelle finlandaise des dernières décennies de rationnelle et humaine. Elle reflète les valeurs de l'idéal nordique de l'Etat-providence et souligne que les mesures de lutte contre l'exclusion sociale et en faveur d'une plus grande égalité participent aussi à la lutte contre la criminalité. Notre politique traduit l'idée que la lutte contre les infractions et la politique criminelle font partie intégrante de la justice sociale ; il ne s'agit pas seulement de contrôler les individus dangereux ». Lappi-Seppälä explique que, depuis le début des années 1970, les experts, la classe politique et les autorités ont défendu ensemble la conviction que le droit pénal n'est qu'un moyen parmi d'autres pour prévenir la criminalité et que d'autres solutions sont souvent nettement préférables.

La politique réductionniste amorcée en Finlande à partir de 1971 s'est articulée autour de trois axes : premièrement, la refonte du système pénal et des solutions pour l'établissement des peines. Deuxièmement, la révision de l'échelle des peines pour certaines catégories d'infractions. Troisièmement, l'adaptation de l'exécution des sanctions pénales et du système de libération conditionnelle.

L'objectif prioritaire des réformes législatives, qui s'appuyaient systématiquement sur des données scientifiques, était de diminuer aussi bien le nombre d'incarcérations que la longueur des peines. Ainsi, la détention provisoire a été limitée aux seuls délinquants dangereux, et les peines pour certaines catégories d'infractions (vols, violation de la loi sur la circulation routière et de la législation sur les stupéfiants, etc.) ont été raccourcies ; des réformes ont notamment été instaurées pour les récidivistes chroniques (amendes impayées, ivresse au volant) et le recours aux peines pécuniaires a été élargi. L'introduction du travail d'intérêt général, mis en place à titre expérimental dès 1991 et étendu à tout le pays en 1995, a marqué la dernière étape de cette évolution.

Un service à la communauté largement répandu

Le criminologue Lappi-Seppälä souligne l'importance du travail d'intérêt général (TIG) dans Scandinavian Studies in Law. Dans plus de la moitié des cas, le TIG est prononcé pour ivresse au volant, et les tribunaux ordonnent le « service à la communauté » — c'est le nom qu'on lui donne en Finlande — pour environ 40% des peines privatives de liberté pouvant être converties (peines d'une durée de huit mois au maximum). Ce service communautaire est généralement accompli deux jours par semaine sous surveillance, par tranches de trois ou quatre heures. Il se fait en majeure partie dans l'administration municipale.

En Finlande, la surveillance électronique est en outre utilisée depuis les années 1990 et le régime des libérations conditionnelles a été étendu — autant de moyens qui ne sont pas des inventions finlandaises, mais qui existaient déjà et qui ont en partie été employés beaucoup plus tôt dans d'autres pays, mais peut-être pas de façon aussi systématique et dans le même contexte social qu'en Finlande. A cela s'ajoute le fait que la politique réductionniste était pragmatique, ce qui a sans doute contribué à ce qu'elle recueille l'adhésion de la majorité. D'après Tapio Lappi-Seppälä, l'un des objectifs a également toujours été de réduire les coûts et les effets néfastes de la délinquance, ainsi que sa répression.

Des arguments qui pourraient également faire pencher les politiciens suisses en faveur du modèle finlandais, estime Julie de Dardel, professeure de géographie à l'Université de Genève (voir interview p. 12). Elle dirige un projet de recherche sur la « Décroissance carcérale », qui étudie notamment les facteurs qui ont permis de vider les prisons en Finlande. « Le modèle finlandais donne des résultats extrêmement bons », dit-elle, « il est prouvé qu'il est particulièrement efficace ». Et ce qui pourrait être intéressant pour la politique suisse, selon Julie de Dardel, c'est notamment le fait que la Finlande a réformé son système pénitentiaire pour le rendre plus efficace et non uniquement pour poursuivre l'idéal politique d'une société plus humaine.

Chute des taux de criminalité

« La politique finlandaise de dépénalisation en faveur d'une justice pénale rationnelle, efficace, équitable et humaine repose sur des preuves scientifiques et constitue un cas unique au monde de réduction des prisons », explique Mathilde Marendaz, doctorante dans le projet « Décroissance carcérale ». « L'efficacité de ce modèle tourné vers la réhabilitation des personnes, développé loin de l'influence du populisme pénal, et ses bénéfices pour la société ont été maintes fois démontrés ».

Mathilde Marendaz étudie le modèle finlandais lors d'un séjour de recherche sur place et estime qu'il pourrait servir d'exemple à la Suisse pour plusieurs raisons. Il prouve, par exemple, qu'il n'y a pas de lien entre la variabilité des taux de criminalité et des taux d'incarcération. Les taux de criminalité finlandais ont suivi ceux des autres pays nordiques. Et le pays a montré que les taux d'incarcération pouvaient être considérablement influencés par différentes stratégies de justice criminelle. « Les Finlandais ont atteint l'un des taux de récidive les plus bas du monde ».

La transformation en profondeur du système pénitentiaire finlandais a toutefois été favorisée par quelques circonstances et mesures spécifiques. La

« On a partagé la conviction que le droit pénal n'était qu'un moyen parmi d'autres pour prévenir la criminalité. »

volonté politique de réduire le taux d'incarcération était partagée par tous les milieux directement concernés — fonctionnaires, juges, autorités d'exécution — et la classe politique ne s'est pas opposée aux projets de réforme. Tapio Lappi-Seppälä estime que ce consensus général rare est lié à plusieurs facteurs. En Finlande, les juges et les procureurs sont plus ouverts aux formes alternatives d'exécution, car les facultés de droit intègrent la criminologie et la politique pénale dans leur enseignement. Les médias ont également joué un rôle important dans la mise en œuvre de la politique réductionniste. Ainsi, des experts dans les rédactions ont déployé un travail d'information et de sensibilisation pour expliquer et justifier la nouvelle stratégie. Mais surtout, les journaux ont gardé « une attitude mesurée et raisonnable » vis-à-vis des questions de politique criminelle, en se montrant peu enclins aux reportages à sensation sur la délinquance. « Nous avons dans une large mesure été épargnés par un populisme de mauvais aloi », écrit le criminologue dans son article en 2012.

Quid du consensus ?

Quant à savoir si cette analyse est encore valable et si le consensus sur la décroissance carcérale se maintiendra, l'avenir le dira. D'un côté, la Finlande vient de décrocher pour la huitième fois consécutive le titre de pays le plus heureux du monde, ce qui témoigne la stabilité sociale. De l'autre, la presse écrite a perdu de son importance dans le pays comme ailleurs ; aujourd'hui, le public s'informe de plus en plus dans les médias sociaux, qui favorisent une forte polarisation des opinions. Mais surtout, le « Parti des Finlandais » (anciennement « Vrais Finlandais ») fait partie de la coalition gouvernementale depuis 2023, un parti clairement xénophobe et populiste, ardent défenseur de peines plus sévères. Ce qui n'est pas sans conséquences.

« Des coupes budgétaires et des licenciements ont été effectués au sein de l'Office finlandais des prisons et de la probation, ce qui a plongé le système carcéral dans une crise », explique Mathilde Marendaz. La politique pénale est à nouveau durcie sans recourir à l'expertise des scientifiques, ce qui augmente les taux d'incarcération. « Les experts ont été surpris par une situation qui n'avait pas été vue depuis la transformation du droit pénal », explique la chercheuse genevoise à Helsinki. « Ils cherchent leur rôle et espèrent avec impatience un changement de gouvernement lors des prochaines élections législatives en 2028 ».

Le travail d'intérêt général est très répandu dans le système pénitentiaire finlandais. L'image du haut montre des travaux effectués au sein d'un service municipal des espaces verts.

Situé près de la frontière russe, le complexe pénitentiaire de Kunnusuo (image du bas) est resté en service de 1918 à 2011. Ce lieu est aujourd'hui reconnu comme un patrimoine culturel d'importance nationale et témoigne de l'évolution des établissements pénitentiaires au cours du XX^e siècle.

Photos : Prison and Probation Service of Finland



Cinq questions à Nathalie Dorn

« Nous avons déjà renforcé les contrôles pour détecter les drogues de synthèse »

Nathalie Dorn, Directrice des prisons préventives du canton de Zurich, estime que l'idée de prisons sans drogues est illusoire. Dans la brève interview qu'elle a accordée à #prison-info, elle explique les mesures mises en œuvre par le canton de Zurich pour réduire au maximum le trafic et la consommation de drogues, ainsi que la manière dont est gérée la problématique de la prégabaline, un médicament contre l'anxiété.



Entre 2019 et 2022, le canton de Fribourg a effectué quelque 1200 tests urinaires de dépistage de drogues aux Etablissements de Bellechasse. Les résultats montrent que 10% des personnes détenues en consomment. Ces chiffres sont-ils comparables à ceux de Zurich ?

Nous ne tenons pas de statistiques sur ce sujet. En ce qui concerne les prisons préventives du canton de Zurich, on peut constater que la possession de drogues concerne en général des cas isolés ; cela s'explique par le fait que la détention provisoire s'exécute en milieu fermé et que les possibilités de contact avec le monde extérieur sont beaucoup plus limitées que lors de l'exécution d'une peine, afin de protéger la procédure. Cependant, nous sommes régulièrement confrontés à la présence de substances illicites en détention provisoire.

Est-ce illusoire d'aspirer à des prisons sans drogues ?

Oui. Force est de constater que de nombreuses personnes détenues sont en proie à des problèmes de dépendance, et cette situation n'est pas près d'évoluer dans un avenir proche. Ces personnes continueront donc à exercer une forte pression pour se procurer les substances en question.

Il ne sera toujours pas possible à l'avenir d'éradiquer complètement le trafic ou la consommation de drogues en prison. Cependant, nous mettons tout en œuvre pour les limiter au maximum. Grâce à du personnel qualifié et un service de santé doté des moyens nécessaires, nous sommes en mesure de répondre de manière ciblée aux addictions et aux difficultés qui en découlent. En outre, nous proposons des mesures préven-

tives et orientons les personnes concernées vers des programmes thérapeutiques ou des centres de conseil afin de les accompagner sur le long terme.

Quelles drogues sont consommées ?

Les prisons sont le reflet de la société. Les besoins des personnes détenues sont donc souvent comparables à ceux des personnes à l'extérieur. Ce constat vaut aussi pour les drogues et les tendances qui y sont liées. Nous avons affaire à des individus souffrant de toutes sortes de maladies et de dépendances, souvent présentes avant leur incarcération. La crise engendrée par cette dernière peut aggraver leur détresse psychologique et intensifier la pression liée à leur dépendance. Dans ce contexte, le désir de s'étourdir par des substances ne doit pas être sous-estimé. L'alcool joue souvent un rôle significatif, mais l'abus de médicaments, de THC ou de cocaïne est également fréquent.

En Allemagne, on constate de plus en plus de cas où les drogues de synthèse sont introduites dans les prisons en étant imprégnées sur du papier à lettres. Ce type de trafic existe-t-il également à Zurich ?

Nous sommes conscients que la drogue peut être introduite de cette manière et avons mené des discussions approfondies à ce sujet avec différents spécialistes. Cependant, nous n'avons trouvé, à ce jour, aucun élément laissant penser que cela se soit produit dans l'un de nos établissements. Nous avons déjà renforcé les contrôles pour détecter les drogues de synthèse, mais les mesures mises en place n'ont pas permis de recueillir de nouveaux éléments allant dans le sens de l'existence

d'un tel trafic. Nous restons néanmoins vigilants et misons continuellement sur la prévention et la formation du personnel afin d'identifier les risques le plus tôt possible et de les limiter. Nous souhaitons créer un environnement le plus exempt de drogues que possible afin d'assurer la sécurité de tous les détenus, mais aussi celle du personnel.

De nombreux médecins pénitentiaires font état d'une augmentation récente de la demande de prégabaline, qui est un anxiolytique, et d'une réaction parfois très agressive des détenus lorsque la dose administrée ne correspond pas à leur dose habituelle, qui est beaucoup trop élevée. Comment gérez-vous cette problématique ?

La prégabaline est également un sujet de préoccupation dans les prisons zurichoises, car ce médicament à haut risque de dépendance, est consommé par de nombreuses personnes souffrant d'addiction. Lorsqu'un détenu demande de la prégabaline, nous procédons à une vérification minutieuse afin de nous assurer que son administration se justifie sur le plan médical. Nous évitons de la prescrire et privilégions d'autres traitements. Si un détenu en prenait déjà avant son incarcération, nous essayons, dans la mesure du possible, de la remplacer par un médicament comportant moins de risques de dépendance. De plus, nous offrons un soutien et des conseils complets aux personnes concernées afin de faciliter la transition vers des thérapies alternatives. Notre objectif est de promouvoir la santé des personnes détenues tout en limitant le risque de dépendance. (nig)

L'articulation criminologique-forensique en cours d'exécution de mesures

Un éclairage bienvenu pour le suivi des auteurs d'infraction à caractère sexuel

Etant donné la rareté des établissements spécialisés au sein du Concordat Latin, les thérapies forensiques des auteurs d'infractions à caractère sexuel (AICS) doivent se déployer en détention. Comme les AICS tendent à cliver les équipes au sein des prisons, la collaboration interdisciplinaire étroite avec les criminologues est indispensable et s'avère payante, malgré sa complexité.

Corinne Devaud Cornaz,
Agathe Azzola,
Eleonora Renevey,
Martine Courvoisier

La rareté des établissements spécialisés dans le Concordat latin, impose aux auteurs d'infractions à caractère sexuel (AICS) d'être suivis en détention. Les thérapeutes forensiques y évoluent tout comme le personnel pénitentiaire et dispensent des suivis adaptés tant aux besoins cliniques du patient/détenu qu'aux objectifs du PES (plan d'exécution de la sanction). Ce contexte impose une collaboration interdisciplinaire étroite, un processus hautement indiqué pour les AICS, personnes détenues à haut risque de clivage, d'autant plus exacerbé par le cloisonnement pénitentiaire.

Dans le canton de Fribourg, le Service de l'Exécution des Sanctions Pénales et de la Probation (SESPP) est l'entité chargée d'appliquer les condamnations et de rendre toute décision concernant la progression de la personne détenue durant l'exécution de sa sanction ; il mandate les établissements et les professionnels de santé. En outre, il évalue les risques en continu, collectant les informations auprès des partenaires, et mandate si nécessaire, des experts et la Commission de dangerosité fribourgeoise (CLCED).

Le Service Criminologique de l'Etablissement de détention fribourgeois (EDFR) doit, pour sa part, évaluer les risques durant la progression de la personne détenue, en visant un point d'équilibre entre sa resocialisation et la sécurité publique. L'évaluation criminologique réside en des entretiens semi-directifs adjuvés d'outils standardisés et recourt aux regards spécifiques des partenaires interdisciplinaires.

La psychiatrie et la psychologie forensique sont des spécialités intégrant des connaissances en droit et du milieu pénitentiaire. L'Unité de Thérapie du Centre de psychiatrie forensique (UT-CPF) du Réseau fribourgeois de santé mentale (RFSM) intervient aussi en prison. Elle rend compte de la progression des personnes détenues dans leur processus de changement, les contextualisant à leur pathologie psychiatrique.

Problématique

Si les professionnels ne disposent pas des renseignements pertinents, la réalité d'un dossier est tronquée. Si les résultats du suivi psychothérapeutique ne sont pas communiqués, il est impossible de statuer sur la progression de la personne détenue. Par exemple, la consommation régulière de pornographie en détention et sa dissimulation passerait inaperçue en l'absence de communication entre les professionnels. De telles informations doivent absolument être transmises pour éviter la triangulation et la répétition de passages à l'acte.

L'interdisciplinarité au service de l'efficacité

Pour rendre des décisions éclairées, les informations doivent être actuelles et les échanges interdisciplinaires entre spécialistes (criminologues, psychothérapeutes, agents de détention, responsables d'atelier, travailleurs sociaux, etc.) réguliers. Ces échanges se matérialisent formellement, lors de séances interdisciplinaires de réseau, ou informellement, là où les intervenants gravitent dans le quotidien carcéral des personnes détenues. Ils sont au cœur de la collaboration entre services, essentielle à la prise de décisions adaptées, l'accompagnement des personnes détenues, la gestion institutionnelle carcérale (sécurité dynamique) et la prévention des risques. Cette collaboration transversale soutient également la prise en charge thérapeutique, par laquelle l'équipe thérapeutique restitue ses observations cliniques.

Au-delà de l'étroite collaboration des différents partenaires, un lien de confiance robuste a pu émerger au sein de l'Etablissement de détention fribourgeois, grâce à la compréhension mutuelle des rôles spécifiques et aux efforts pour se connaître et se respecter.

En outre, la coordination rapprochée entre les entités a permis aux thérapeutes



Corinne Devaud Cornaz, Médecin-Adjoint au Réseau fribourgeois de santé mentale (RFSM) et au Centre de Psychiatrie de Fribourg (CPF)



Agathe Azzola, Psychologue Légale au Réseau fribourgeois de santé mentale (RFSM) et au Centre de Psychiatrie de Fribourg (CPF)



Eleonora Renevey, Criminologue, Service de l'Exécution des Sanctions Pénales et de la Probation (SESPP) du canton de Fribourg

Martine Courvoisier, Cheffe du Service Criminologique Etablissement de détention fribourgeois (EDFR)-Bellechasse

d'ajuster la temporalité des étapes de progression à celle des soins, autorisant l'adaptation du cadre judiciaire aux besoins psychiatriques du patient/détenu. Cette démarche d'ordre dialectique est destinée à garantir d'abord un véritable espace de prise en charge psychique, tout en tenant compte des enjeux sécuritaires.

Loin d'être opposées, ces deux logiques doivent être continuellement interrogées pour éviter une instrumentalisation de la thérapie au service de la seule gestion du risque. Les échanges avec les criminologues aident les thérapeutes à se décentrer de la question sécuritaire. Inversement, la participation aux séances de réseau apporte de la consistance à la thérapie : les observations des intervenants aident à illustrer et élaborer sur le fonctionnement interpersonnel. Ce regard extérieur complète et enrichit le travail introspectif, avec un effet de contenance qui s'avère très efficace pour contrer le clivage des AICS.

Conclusion

Une bonne coopération interdisciplinaire offre à chaque corps professionnel une vision globale de la personne détenue durant l'exécution de sa sanction qu'il s'agisse de sa progression, de son accompagnement quotidien, de sa préparation à la libération ou des aspects sécuritaires.

Elle est initiée par l'évaluation criminologique qui recueille les observations du terrain, y compris les indicateurs cliniques forensiques, pour analyser l'évolution de la personne détenue sous le prisme du profilage des risques, des besoins et de la réceptivité selon le modèle RBR (Modèle d'évaluation et de réadaptation des délinquants fondé sur les principes du risque, des besoins et de la réceptivité).

Au sein de ce dispositif interdisciplinaire, dans lequel les missions de confrontation au délit et de sécurité sont réadressées aux cri-

minologues, l'espace thérapeutique dévolu au patient/détenu retrouve une orientation clinique pure et les thérapeutes leurs missions premières, qui sont d'intervenir dans une visée réhabilitative principalement.

Une telle collaboration devient incontournable pour le suivi des AICS. Néanmoins, un usage efficace nécessite, de part et d'autre, une excellente connaissance de ses buts, des missions de chaque discipline et une culture de la transparence auprès du patient/détenu, qui doit être absolument inclus, sinon l'ensemble de cette coopération serait vouée à l'échec.

Nous constatons que cette étroite collaboration entre les services impliqués dans l'exécution des mesures fonctionne. Elle est bénéfique pour la majorité des personnes détenues : les réajustements du cadre de l'exécution de la sanction imposés concomitamment aux objectifs spécifiques, assortis à une conduite de thérapie désormais informée des enjeux, ont indéniablement soutenu les AICS vers une évolution plus favorable.

Rapport du Comité européen pour la prévention de la torture

Le CPT est préoccupé par la non-effectivité de certaines recommandations

Lors de sa 9^e visite en Suisse, le Comité européen pour la prévention de la torture et des peines ou traitements inhumains ou dégradants (CPT) a été attentif au traitement de personnes privées de liberté par la police et placées en détention avant jugement en Suisse romande. Le CPT a notamment vérifié le traitement de recommandations formulées de longue date. Le rapport du Conseil fédéral apporte des éclairages.

Patricia Meylan

La délégation du CPT a effectué sa visite en mars 2024. A cette occasion, elle s'est rendue dans des établissements pénitentiaires et de police des cantons de Vaud, Genève, Fribourg et du Valais. Dans son rapport, la délégation relève l'excellente coopération tant avec les autorités politiques qu'avec les collaborateurs des établissements visités.

Dans son rapport, le CPT relève « que plusieurs recommandations importantes, dont certaines formulées de longue date, n'ont toujours pas été mises en œuvre par les autorités suisses ». Il espère qu'il ne sera pas nécessaire de faire usage de la déclaration publique comme moyen prévu par la Convention. Le Comité s'inquiète notamment des violences de contact, de la surpopulation carcérale et de certaines garanties procédurales.

Violences

Des allégations recueillies par le CPT font état de coups de matraque, de coups de pied et de poing, de gifles, de plaquages violents injustifiés ou encore de propos racistes infligés par des policiers. La réponse du Conseil fédéral au CPT – rendue publique en janvier 2025 – rapporte que « les autorités cantonales concernées assurent qu'elles ne tolèrent aucun mauvais traitement, insultes ou injures à caractère raciste de la part des agents de la force publique ». Etant encore précisé que tout soupçon d'abus fait l'objet

d'une enquête, voire d'une sanction disciplinaire ou pénale.

Deux personnes auditionnées par le Comité disent avoir été attaquées et mordues à plusieurs reprises par des chiens de police, alors qu'elles étaient maîtrisées par les forces de l'ordre. Les cas se seraient produits à Fribourg et à Genève. Le CPT entend être informé des suites données à ces affaires. Le Conseil fédéral rappelle que l'intervention des chiens de police est strictement réglée dans les deux cantons. Il ajoute que le Comité sera informé lorsque les faits auront été établis par les autorités judiciaires saisies.

Afin de prévenir les mauvais traitements au moment de l'appréhension policière, le CPT recommande aux autorités de prendre les mesures nécessaires afin que l'uniforme de chaque policier arbore un élément d'identification visible et lisible ; il recommande également l'utilisation de caméra-piéton lors d'une appréhension. Dès lors qu'il s'agit de compétences cantonales, le Conseil fédéral assure que les autorités concernées seront rendues attentives à ces recommandations.

Incrimination spécifique de la torture dans le Code pénal

L'infraction de « torture » n'existe pas dans le Code pénal. Le comportement est réprimé par d'autres infractions (assassinat, lésion corporelle, abus d'autorité, etc.). Le CPT encourage la Suisse à faire figurer expressément le crime de torture dans la loi pénale.

Une initiative parlementaire (20.504) du conseiller national Beat Flach a été déposée en ce sens en 2020. La Commission des affaires juridiques du Conseil national (CAJ-N) a accepté d'y donner suite. La réponse du Conseil fédéral précise qu'en novembre 2024, la CAJ-N a adopté un avant-projet de loi, que deux variantes seront mises en consultation cette année et que le délai imparti pour mise en œuvre de cette initiative est fixé au printemps 2026.

Garanties procédurales

Le CPT rappelle que depuis sa première visite en Suisse – en 1991 – il entretient un dialogue soutenu avec la Suisse afin que les personnes privées de liberté bénéficient, dès le moment de leur appréhension par la police, du respect de trois garanties procédurales. A savoir : le droit d'informer un tiers de sa situation, le droit d'accès à un avocat et le droit d'accès à un médecin. Le CPT retient comme essentiel que ces droits soient respectés « dès le tout début de la privation de liberté par la police – c'est-à-dire lorsque la personne concernée est privée de sa liberté d'aller et venir par les forces de l'ordre ». Il ajoute que malgré les recommandations formulées dans ses sept précédents rapports et les invitations adressées aux autorités suisses, ces garanties ne sont effectives que dès le moment où la personne est en état d'arrestation provisoire.

Sur ces points, le rapport du Conseil fédéral rapporte que « le bénéfice des trois garanties procédurales mentionnées par le Comité est effectif en Suisse et qu'il va même au-delà des standards internationaux ». Il relève que le droit d'informer un proche est respecté, sous réserve de la restriction liée au risque de collusion, que les bases légales existantes en matière d'accès à une défense d'office sont suffisantes et que l'accès à un médecin est garanti.

Surpopulation carcérale

Le rapport du CPT cite des données statistiques au 31 janvier 2024. A cette date, la Suisse connaissait un taux d'incarcération de 77 personnes pour 100 000 habitants (+7% par rapport à l'année précédente). Au moment de la visite de la délégation, la prison de Champ-Dollon affichait un taux d'occupation de 132% et la prison du Bois-Mermet de 166%. Le CPT relève que malgré les recommandations formulées dans ses quatre précédents rapports, les efforts visant à lutter contre ce phénomène ne sont pas suffisants.



Les prisons des cantons de Genève et de Vaud connaissent une forte surpopulation. Cette photo montre une cellule de la prison lausannoise du Bois-Mermet, dans laquelle un lit simple a été transformé au pied levé en lit double. Photo : Peter Schulthess, 2017

et que certaines conditions de détentions sont « déplorables ». Il demande à toutes les autorités cantonales « de poursuivre leurs efforts pour mettre en œuvre leurs politiques de réduction de la surpopulation carcérale au niveau cantonal et de sensibiliser les autorités judiciaires et de poursuite afin que l'emprisonnement ne soit que l'ultime recours ». En d'autres termes, le CPT appelle la Suisse à s'orienter vers une politique de décroissance carcérale.

Le Conseil fédéral fait état des chantiers en cours en matière de rénovation et de construction d'infrastructures. Il indique également que le recours à la surveillance électronique fait l'objet d'une analyse dont les conclusions seront rendues en fin d'année. Et, dans le sens voulu par le CPT, il souligne que l'Université de Genève conduit un projet de recherche sur la décroissance carcérale et les alternatives à la peine privative de liberté.

«Je VAUD la peine»

Un projet pour soutenir l'inclusion sociale et raconter les personnes judiciairisées autrement

Le projet «Je VAUD la peine» propose aux personnes accompagnées par la Fondation Vaudoise de Probation de participer à des ateliers d'expression artistique. Les œuvres réalisées permettent ensuite d'engager le dialogue avec la société, afin de sensibiliser le public et d'agir sur des perceptions négatives et stigmatisantes qui constituent des obstacles à la poursuite de parcours de vie valorisés, valorisants et de sortie de la délinquance.

Aurélien Stoll
Claudia Campistol
François Nicolin

Financé par le Prix Solidarité 2024 des Retraites Populaires, le projet «Je VAUD la peine» réunit des personnes accompagnées par la Fondation Vaudoise de Probation (FVP), des professionnel.le.s de terrain, des chercheur.e.s et des étudiant.e.s du cours de Prévention de la criminalité du Master en criminologie

de l'Ecole des sciences criminelles de l'Université de Lausanne. «Je VAUD la peine» a la particularité d'être pensé et coordonné par un trio de personnes conjuguant des savoirs professionnels de terrain, académiques de recherche, et d'expérience vécue pour avoir connu un contact avec le système pénal, une condamnation et/ou une incarcération.

Un projet pour limiter les impacts de l'incarcération

La judiciarisation et l'incarcération sont synonymes de bouleversements profonds dans les trajectoires de vie des personnes judiciairisées et incarcérées. La santé physique et mentale, la capacité financière, l'accès au logement et à l'emploi sont impactés. La perception et l'estime de soi ainsi que les relations à autrui sont mises à mal. Le rapport à la société dans son ensemble est marqué par la mise à l'écart, l'isolement et la stigmatisation, des dynamiques qui, lorsqu'elles perdurent dans le temps, constituent des obstacles à

l'intégration sociale et aux parcours de sortie de délinquance. «Je VAUD la peine» vise à atténuer ces ruptures en soutenant l'inclusion sociale des personnes judiciairisées et en leur permettant de se raconter autrement.

Des ateliers d'expression artistique

«Je VAUD la peine» repose sur l'organisation d'ateliers d'expression artistique autour du graffiti et de la photographie. Les illustrations jointes au présent article donnent un aperçu de certaines œuvres réalisées durant ces ateliers. D'une part, ces ateliers permettent aux personnes judiciairisées qui y participent de (re)penser leur parcours en fonction de leurs forces et de leurs ressources. D'autre part, ces ateliers permettent de développer un réseau de soutien de pairs aidants, c'est-à-dire de personnes confrontées à des défis similaires parce qu'elles ont été en contact avec le système pénal ou condamnées pénalement. Deux journées d'ateliers ont été organisées en septembre et octobre 2024, réunissant les



trois responsables du projet, une quinzaine de personnes judiciairisées, un photographe, un graffeur et une agente de probation.

La co-construction d'une exposition itinérante

L'équipe a ensuite été rejointe par la classe du cours de la Prévention de la criminalité (LabPrev 2024) du Master en criminologie de l'Ecole des sciences criminelles de l'Université de Lausanne et son équipe enseignante. Les rencontres entre artistes et étudiant.e.s ont donné lieu à la création d'un audioguide et d'une notice biographique pour chaque

œuvre. Ce matériel permet de mettre en place des expositions itinérantes, accompagnées de moments d'échanges dans divers lieux publics, afin d'initier une réflexion collective sur la manière de soutenir les parcours de sortie de délinquance. En effet, la présence de réseaux de relations soutenant et de reconnaissance sociale est déterminante pour prévenir la commission de nouvelles infractions. Le lancement des expositions itinérantes aura lieu lors d'un vernissage les 25 et 26 septembre 2025, à la salle du Salon du Casino de Montbenon, à Lausanne.

Un projet solidaire et novateur

Occupé à favoriser l'inclusion sociale et les parcours de sortie de délinquance, «Je VAUD

la peine» est un projet solidaire et novateur. Solidaire, il permet de faire dialoguer et de rapprocher les personnes judiciairisées de la société civile, en mobilisant l'art comme moyen d'encourager l'interconnaissance et l'interaction. Novateur, il est pensé pour et avec des personnes judiciairisées, en prenant en compte leurs expériences et leurs voix, afin d'en tirer des enseignements, améliorer le système et renvoyer des signaux positifs de sortie de délinquance. En particulier, «Je VAUD la peine» se distingue par le temps, l'énergie et le soin que toutes les personnes impliquées portent au développement de liens et de relations de confiance, garants de collaborations soignées, constructives et durables.



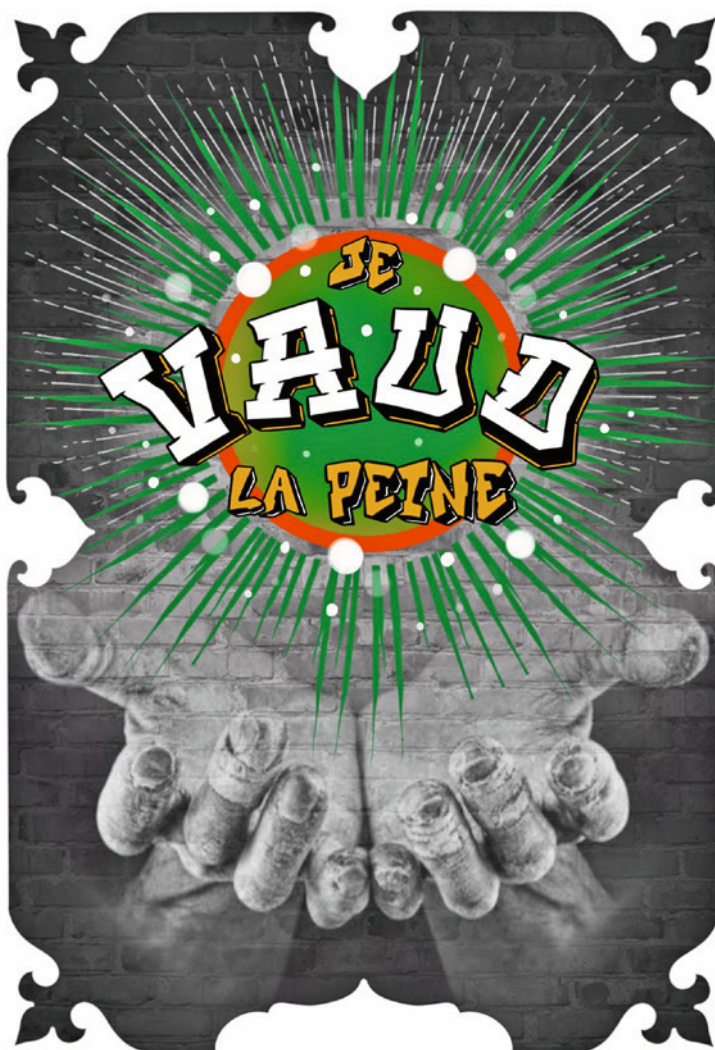
Aurélien Stoll est postdoctorante du Fonds national suisse (FNS) à la Haute école de travail social Fribourg (HETS-FR)



Claudia Campistol est coordinatrice-animatrice à la Fondation Vaudoise de Probation (FVP)



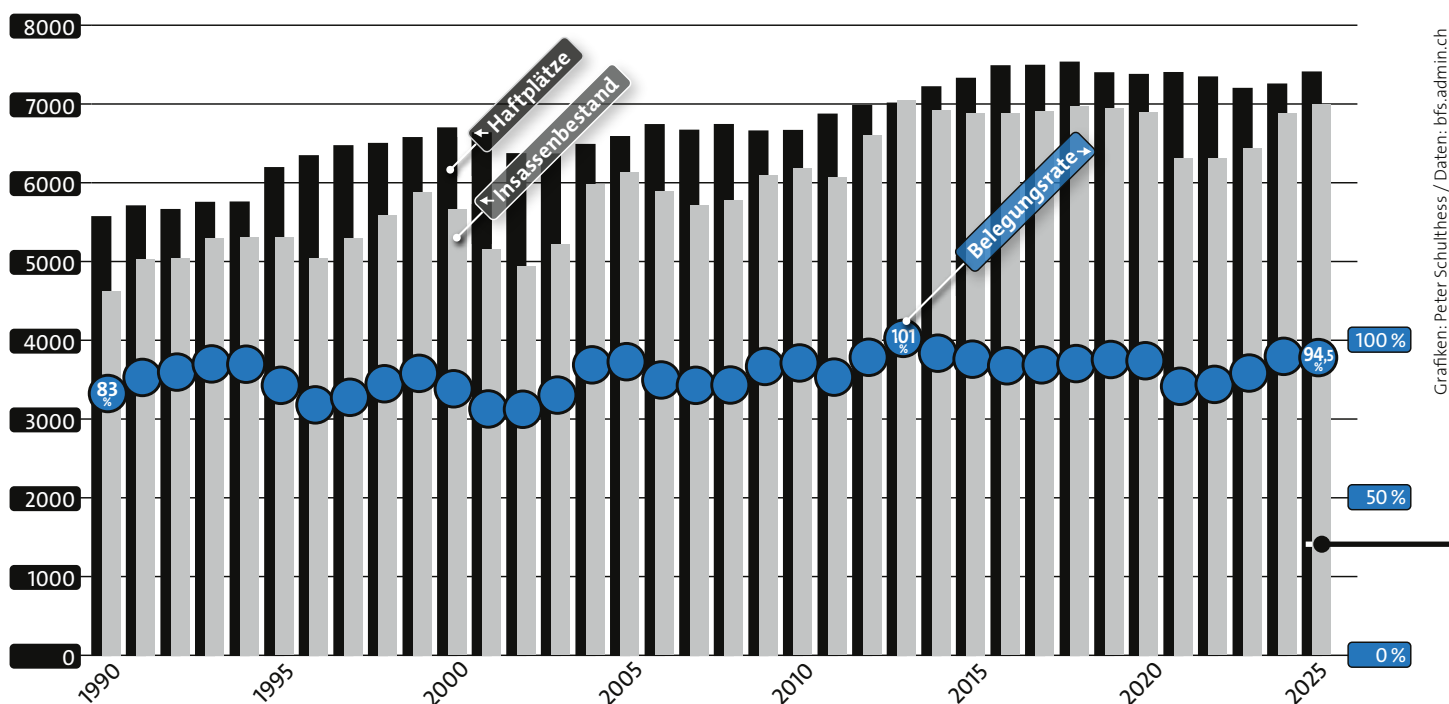
François Nicolin est collaborateur du projet «Je VAUD la peine»



Les ateliers ont permis aux personnes judiciairisées d'exprimer leurs sentiments et leurs réflexions sous forme artistique et de nouer de précieux contacts. Les œuvres pourront être admirées au Casino de Montbenon à Lausanne à partir du 25 septembre 2025.

Record de personnes en détention provisoire ou pour des motifs de sûreté

Statistique de la privation de liberté de l'OFS

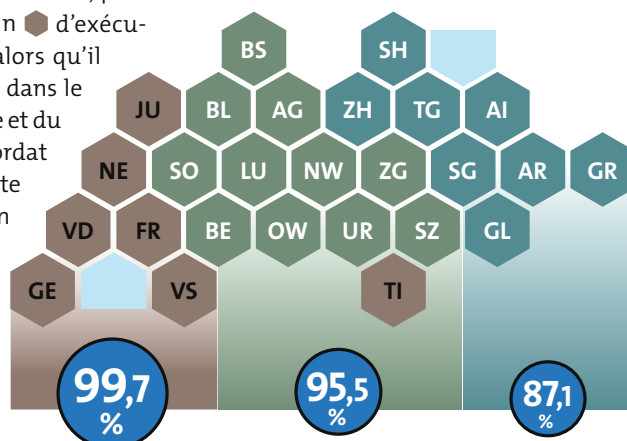


Grafiken: Peter Schultness / Daten: bfs.admin.ch

La Suisse comptait **6994 personnes détenues** le 31 janvier 2025, soit 2% de plus par rapport au même jour de référence de l'année précédente.

Le **nombre de places de détention** (■ 7404) et celui d'institutions de privation de liberté (90) ont, eux aussi, augmenté par rapport au 31 janvier 2024, ce qui a eu pour effet de stabiliser le **taux d'occupation** ● au niveau national à 94,5%.

Si le taux d'occupation est resté stable à l'échelle de la Suisse par rapport à 2024, on observe toutefois un glissement entre régions. Ce taux a ainsi baissé de 102,4% à 99,7% dans le concordat latin d'exécution des peines et mesures alors qu'il a augmenté de 92,7% à 95,5% dans le concordat de la Suisse centrale et du Nord-Ouest. Dans le concordat de la Suisse orientale, il reste inférieur au taux d'occupation national, avec 87,1% (contre 88,4% l'année précédente).



Sur les 6994 personnes détenues, **62,4%** exécutaient **une peine ou une mesure (y compris exécution anticipée)**,

62,4%

31,6% se trouvaient en **détention provisoire ou pour des motifs de sûreté**,

31,6%

et **6%** étaient incarcérées pour d'**autres raisons**.

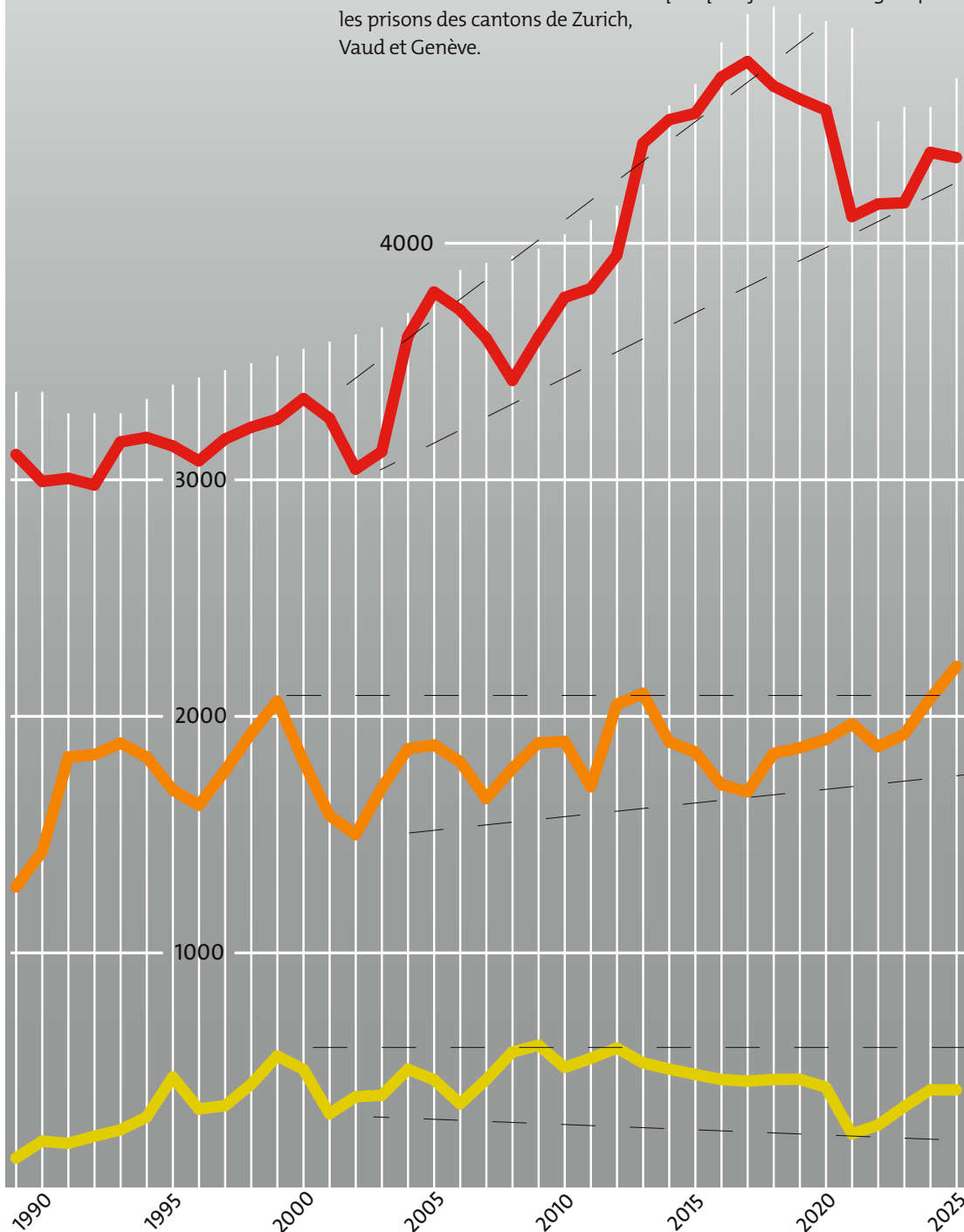
6%

La tendance à long terme est à l'augmentation du nombre de personnes en **exécution de peine ou de mesure (y compris exécution anticipée)**, ce qui est principalement dû à deux facteurs : l'allongement de la durée de séjour et la hausse des exécutions anticipées de peines et de mesures.

Le 31 janvier 2025, **2211 personnes** se trouvaient **en détention provisoire ou pour des motifs de sûreté** en Suisse (+7% par rapport à 2024). Il s'agit d'un record pour ce type de détention depuis le premier relevé effectué en 1988. Parmi ces 2211 personnes, 93% étaient des hommes, 79% des ressortissants de nationalité étrangère et un peu plus de la moitié était détenue dans les prisons des cantons de Zurich, Vaud et Genève.

Le groupe «**autres raisons**» comprend les **peines privatives de liberté de substitution** (d'une peine pécuniaire ou d'une amende, **201 personnes**) et la **détention en vue du renvoi** ou de l'expulsion (mesures de contrainte selon la loi sur les étrangers et l'intégration, **220 personnes**).

La durée de séjour n'est que de quelques jours dans ce groupe.



De l'histoire à l'avenir : entre la signification et l'implication des dossiers des enfants placés en institution

Quelles leçons tirer de l'histoire pour améliorer les pratiques actuelles et futures en matière de dossiers des enfants placés ?

En novembre 2024 s'est tenu à Berne un colloque interdisciplinaire sur le thème : « De l'histoire à l'avenir : entre la signification et l'implication des dossiers des enfants placés en institution ». Cette conférence a été organisée par l'Office fédéral de la justice (OFJ) dans le cadre du programme « se souvenir pour l'avenir ».

Giorgia Pancaldi



Giorgia Pancaldi, collaboratrice spécialisée de l'OFJ chargée des subventions d'exploitation des établissements d'éducation

L'OFJ subventionne à hauteur d'environ 80 millions de francs par année 190 établissements d'éducation accueillant des mineurs et de jeunes adultes en Suisse. Afin de vérifier les conditions d'octroi des subventions, notre équipe effectue des inspections dans ces institutions, en mettant depuis quelques années l'accent sur les dossiers des enfants et des jeunes qui y sont placés.

Ces examens se fondent sur des échanges avec la direction, le personnel éducatif des établissements, ainsi que les personnes représentant les cantons, portant sur la compréhension des différentes phases du placement, le suivi du projet éducatif individualisé, les moments clés de l'évaluation du placement ainsi que sur les événements particuliers ou les faits graves.

Pourquoi un colloque sur les dossiers des enfants ?

Dans le cadre de l'une de ces inspections dans les établissements, nous avons eu l'opportunité d'être accompagnées par une collègue historienne de notre office, affectée à l'Unité « Mesures de coercition à des fins d'assistance et placements extrafamiliaux » (MCFA). Cette unité a notamment pour mission de verser des contributions de solidarité aux victimes de MCFA et de diffuser auprès du grand public les résultats des recherches scientifiques. Sa participation a contribué à jeter dans la discussion un pont entre le passé et le présent.

Parmi les témoignages des personnes concernées par le passé – en plus des violences et abus subis – plusieurs autres éléments reviennent de manière récurrente : le manque d'information sur les raisons du placement et sa durée, l'absence de consultation des jeunes sur leur propre sort, la rupture familiale avec

des contacts rares voire inexistantes avec les proches, un traitement uniformisé sans tenir compte des besoins individuels, le manque de personnel qualifié et de surveillance adéquate.

Bien que la professionnalisation du secteur de l'éducation spécialisée ait fort considérablement entraîné des améliorations significatives dans la prise en charge des enfants placés dans les institutions, certains témoignages du passé semblent encore trouver un écho dans la réalité actuelle.

L'objectif du colloque était de créer un espace d'échange et de dialogue entre les milieux concernés sur les expériences et les pratiques, qu'elles soient anciennes ou actuelles, en réunissant les personnes concernées et les personnes représentant la pratique et la recherche. L'invitation au colloque s'adressait principalement aux services cantonaux chargés de l'autorisation et de la surveillance des lieux de placement, afin de leur permettre de recueillir les informations pertinentes à leur mission. Ces connaissances et réflexions pourront ainsi être diffusées et partagées avec les institutions concernées.

Contenu du colloque et résultats des échanges

Le colloque interdisciplinaire s'est déroulé en deux parties. Dans la première partie, quatre perspectives ont été mises en avant : celle de la recherche, celle des personnes concernées, celle des archives d'Etat et celle des observations de terrain actuelles de l'OFJ.

La perspective de la recherche a permis de mettre en lumière ce que les dossiers des personnes anciennement placées révèlent sur l'histoire de leur placement. Les témoignages partagés par les personnes concernées ont apporté de précieuses indications sur leur



Le colloque organisé par l'Office de la justice s'adressait principalement aux services cantonaux chargés de l'autorisation et de la surveillance des lieux de placement afin de leur permettre de recueillir les informations pertinentes pour leur mission. Photo : OFJ

parcours, notamment sur les conséquences de la lecture de leur dossier sur leur propre vie et le risque associé d'un nouveau traumatisme. Une archiviste d'Etat a présenté le rôle des archives et a fait part de son expérience en matière d'accompagnement à la consultation des dossiers ainsi que les défis et les pratiques actuels dans le domaine de l'archivage. Enfin, les observations de l'OFJ ont donné un aperçu des pratiques contemporaines, mettant en évidence la diversité des pratiques observées en Suisse.

La seconde partie du colloque s'est déroulée sous la forme d'un World Café, favorisant des échanges en petits groupes. Ces discussions ont permis d'explorer diverses perspectives, notamment les expériences des care leavers, la formation du personnel spécialisé, les pratiques institutionnelles, le rôle des services cantonaux de surveillance ainsi que la participation des enfants et la question de l'archivage.

Cette journée a mis en évidence que la gestion des dossiers dans les établissements soulève plus de questions qu'elle n'apporte de réponses. Toutefois, un consensus se dégage : la nécessité de définir un cadre qui concilie protection, transparence et participation. Par ailleurs, il apparaît essentiel d'intégrer

ces réflexions dans les formations de base en travail social et d'intensifier les échanges avec les autorités de placement afin d'établir une ligne commune tout en approfondissant l'intégration des nouvelles technologies.

Questions ouvertes et perspectives

Les échanges entre les participant.e.s ont soulevé de nombreuses questions :

- Pourquoi est-il important de produire des traces écrites dans le cadre du suivi du placement ?
- Quelles sont ces traces, à qui sont-elles destinées et selon quels critères doivent-elles figurer dans le dossier de l'enfant ?
- Dans quelle mesure les enfants concernés peuvent-ils avoir accès aux documents écrits leur concernant ?
- Comment garantir que la participation de l'enfant aux décisions qui le concernent

soit non seulement effective, mais aussi documentée ?

- Comment transformer le dossier en un véritable outil de travail et d'accompagnement au placement pour les enfants ?
- Quels documents archiver et pour combien de temps ?
- Comment gérer l'archivage des dossiers numériques face à l'évolution constante des systèmes et des programmes ?

A ce propos, des réflexions ont déjà été engagées et de nouvelles pratiques ont été mises en place par certains établissements, notamment en renforçant la transparence et la participation dans la gestion des dossiers. Nous attendons avec intérêt de suivre ces évolutions sur le terrain et d'évaluer leurs impacts concrets.



Ein Programm des Bundes zur Vermittlung der Aufarbeitung fürsorgerischer Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen

Un programme de la Confédération pour transmettre l'histoire des mesures de coercition à des fins d'assistance et des placements extrafamiliaux

Un programma della Confederazione per tramandare la storia delle misure coercitive a scopo assistenziale o di collocamenti extrafamiliari



Promouvoir et protéger la santé mentale

Nouvelle recommandation du Conseil de l'Europe

La promotion et la protection de la santé mentale des personnes détenues ou en probation visent non seulement à préserver leur dignité humaine, mais aussi à faciliter leur réinsertion dans la société. Pour le Conseil de l'Europe, il est donc essentiel que ces personnes reçoivent rapidement le soutien dont elles ont besoin à leur arrivée dans l'établissement.

Folco Galli

Selon le principe d'équivalence, les personnes détenues et en probation doivent avoir accès à des soins de santé mentale de qualité équivalente à celle des soins dispensés à l'ensemble de la population. C'est ce que souligne la recommandation relative à la promotion de la santé mentale des personnes détenues ou en probation et à la prise en charge de leurs troubles mentaux, adoptée par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe le 26 février 2025. Les soins de santé mentale devraient également tenir compte des facteurs culturels et liés au genre. En effet, la compréhension de ces différences permet au personnel de santé de prodiguer des soins plus efficaces et mieux adaptés aux besoins de chaque personne. La nouvelle recommandation réaffirme également le principe énoncé dans les règles pénitentiaires européennes, selon lequel les personnes dont l'état de santé mentale est incompatible avec une détention en prison devraient être transférées dans un établissement spécialement conçu à cet effet.

Séparation et isolement cellulaire

La recommandation indique par ailleurs que, lorsque la santé mentale d'une personne détenue nécessite de la séparer des autres personnes détenues, cette mise à l'écart peut être imposée sous réserve du respect des dispositions pertinentes des règles pénitentiaires européennes. La personne concernée

doit notamment se voir « offrir au moins deux heures de contact humain significatif par jour ». L'isolement cellulaire ne peut être imposé à titre de sanction disciplinaire que dans des cas exceptionnels et pour une période définie et aussi courte que possible. Il ne doit pas l'être s'il est susceptible d'aggraver l'état de santé mentale de la personne détenue.

Large éventail d'activités et de contacts sociaux

La recommandation énumère en outre différentes mesures visant à promouvoir la santé mentale des personnes détenues et en probation, notamment la mise en place d'un environnement bienveillant, la mise à disposition de mesures d'information et d'éducation, la garantie d'un accès à des services de santé mentale pendant toute la période de détention ou de probation et la prise en compte de déterminants sociaux, tels que la pauvreté ou la discrimination. L'accès à un large éventail d'activités, notamment dans les domaines de l'activité physique et du sport, de la formation initiale et continue ainsi que de la culture, doit également contribuer à atteindre cet objectif. La promotion des contacts sociaux avec la famille, les pairs et la collectivité, ainsi que l'accompagnement à la réinsertion dans la société, sont également essentiels.

Protection totale

Conformément à la recommandation, les autorités responsables devraient, par ailleurs, prendre des mesures pour protéger la santé mentale des personnes détenues ou en probation. Elles devraient lutter contre la consommation abusive de substances licites et illicites en proposant des programmes d'éducation et de traitement, donner accès à des services d'intervention en situation de crise et traiter les problèmes systémiques qui contribuent à de mauvais résultats en ma-

tière de santé mentale au sein du système pénitentiaire. Elles devraient notamment accorder un financement adéquat aux services de santé pour recruter des professionnels en nombre suffisant.

Prévention du suicide

Selon le Conseil de l'Europe, il peut être considéré que les autorités responsables violent le droit à la vie garanti par la Convention européenne des droits de l'homme si elles ne prennent pas de mesures adéquates pour prévenir le suicide. Elles devraient donc élaborer et appliquer des politiques portant spécifiquement sur la prévention de l'automutilation et du suicide. Elles devraient par ailleurs déterminer les risques et offrir aux personnes qui risquent de s'automutiler ou de se suicider un accès rapide à des services de conseil et à d'autres types de soutien (par ex. thérapie, traitement médicamenteux ou soutien familial et social).

Continuité des soins

La recommandation traite en détail de la prise en charge des personnes souffrant de troubles mentaux. Celle-ci commence par un dépistage, qui devrait être effectué lors de leur admission en prison, avant leur sortie de prison ou au début de la période de probation, et être renouvelé si nécessaire. Si ce dépistage révèle des signes de troubles mentaux, les personnes concernées devraient bénéficier d'une évaluation médicale complète. Les autorités responsables devraient faciliter l'accès de ces personnes à un éventail d'options thérapeutiques efficaces. Le traitement devrait être administré par du personnel spécialisé ou par des services de santé mentale généraux, si possible dans le cadre d'une approche pluridisciplinaire. Il devrait être fondé sur le consentement libre et éclairé des personnes concernées, sauf s'il peut être appliqué sans leur consentement pour des raisons médicales prévues par la loi.

Selon la recommandation, les crises de santé mentale devraient être traitées dans toute la mesure du possible dans le cadre d'une approche thérapeutique, qui ne devrait jamais être punitive, sous la supervision du personnel de santé. Il convient d'éviter, autant que possible, de séparer la personne concernée des autres détenus et de recourir à la force ou à des moyens de contention dans le cadre de ces interventions de crise, car de telles mesures peuvent aggraver l'état de la personne détenue.

Soutien et formation du personnel

Les autorités responsables devraient aider le personnel chargé de la promotion et de la protection de la santé mentale à faire face au stress lié à l'exécution de ces tâches. Elles devraient également porter leur attention sur la formation, afin que le personnel puisse interagir efficacement avec les personnes concernées, améliorer la qualité des soins et réduire le risque de répercussions négatives. Cette formation devrait en outre permettre au personnel de faire face à la tension mentale liée au travail. Enfin, les Etats membres devraient systématiquement

recueillir des données anonymisées sur les personnes atteintes de troubles mentaux au sein du système de justice pénale, afin de permettre une planification efficace des services de santé et de faciliter la recherche en vue d'améliorer les soins.

Pour promouvoir la santé mentale, l'accès à un large éventail d'activités devrait être assuré, notamment dans les domaines de l'activité physique et du sport, de la formation initiale et continue ainsi que de la culture.

Photo : Peter Schulthess



« Une recommandation doit exercer une certaine influence et servir de repère »

#prison-info : Le Conseil de l'Europe a adopté une recommandation relative à la promotion de la santé mentale des personnes détenues ou en probation et à la prise en charge de leurs troubles mentaux. Quelles raisons ont conduits le Conseil à adopter cette nouvelle recommandation ?

Ronald Gramigna : Les visites du Comité européen pour la prévention de la torture et des peines ou traitements inhumains ou dégradants (CPT) et les échanges avec les autorités d'exécution des sanctions pénales des Etats membres ont révélé une augmentation généralisée des maladies mentales. De nombreuses personnes ayant commis des infractions mineures ou majeures en relation avec leurs troubles mentaux se retrouvent aujourd'hui dans des établissements pénitentiaires alors qu'elles étaient auparavant prises en charge dans des établissements de psychiatrie générale. Il est essentiel que ces personnes bénéficient d'une prise en charge adéquate. C'est la raison pour laquelle une recommandation spécifique sur la promotion de la santé mentale et la prise en charge des troubles mentaux est nécessaire en complément des règles pénitentiaires européennes.

Qui a participé à l'élaboration de cette recommandation ?

Le juriste et criminologue Dirk van Zyl Smit et moi-même avons élaboré un premier projet de recommandation et de rapport explicatif, que nous avons ensuite constamment retravaillé et peaufiné sur la base des discussions et des consultations intensives menées au sein du Conseil de coopération pénologique (PC-CP), un comité d'experts composé de neuf membres. Lors de réunions ouvertes, les voix des Etats membres non représentés au sein du PC-CP, du CPT, de la Cour européenne des droits de l'homme et des organisations non gouvernementales ont également pu être entendues et prises en compte. Il a fallu faire preuve de patience, mais nous sommes parvenus à atteindre un large consensus et à finaliser la recommandation ainsi que le rapport explicatif en deux ans, ce qui est relativement rapide. Ces deux documents ont ensuite été approuvés par le Comité européen pour les problèmes criminels (CDPC) et adoptés par le Comité des Ministres du Conseil de l'Europe.



Ronald Gramigna, Docteur en psychologie et Chef de l'Unité Exécution des peines et mesures de l'Office fédéral de la justice, est l'un des deux auteurs de la nouvelle recommandation et du rapport explicatif du Conseil de l'Europe.

Photo : Peter Schulthess

Comment se sont déroulées les discussions au sein des instances du Conseil de l'Europe ?

Les discussions ont été très factuelles. C'est la formulation du principe essentiel et incontesté d'équivalence qui a fait le plus débat. La question a notamment été soulevée de savoir si, en raison du devoir particulier d'assistance de l'Etat envers les personnes détenues, ces dernières devaient avoir accès à des soins de santé mentale « au moins » de qualité équivalente à celle des soins dispensés à la population générale. Cette idée a ensuite été abandonnée, la recommandation énonçant simplement que les soins doivent être de qualité équivalente.

Quelle importance cette nouvelle recommandation revêt-elle pour la Suisse ?

Comme chacun sait, il manque en Suisse de places dans les établissements psychiatriques pour prendre en charge les délinquants souffrant de troubles mentaux. L'agrandissement du centre de thérapie forensique stationnaire à Rheinau ne sera pas suffisant pour remédier à la situation ; d'autres mesures seront nécessaires. En ce qui concerne aussi les longues périodes d'attente, la qualité de la prise en

charge psychiatrique et psychologique n'est pas optimale partout, mais c'est un constat qui vaut également à l'extérieur.

Quels autres points de la recommandation sont importants ?

Une recommandation du Conseil de l'Europe a un impact durable lorsqu'elle ne se limite pas au plus petit dénominateur commun, mais qu'elle va quelque peu au-delà de la situation existante. Cependant, si elle va trop loin, elle risque de se heurter à certaines résistances. La difficulté réside donc dans l'élaboration d'une recommandation qui fasse l'objet d'un consensus au sein des Etats membres, tout en exerçant une certaine influence et en servant de référence. A cet égard, trois points sont particulièrement importants dans la présente recommandation : le principe d'équivalence mentionné précédemment, qui ne doit pas être considéré comme quelque chose de définitivement acquis, mais au respect duquel nous devons veiller en permanence ; une meilleure prise en compte des facteurs culturels et liés au genre ainsi que la formation et le soutien du personnel pénitentiaire, un domaine dans lequel nous progressons grâce aux cours proposés par le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales. (gal)

Lien

La recommandation relative à la promotion de la santé mentale des personnes détenues ou en probation et à la prise en charge de leurs troubles mentaux ainsi que le rapport explicatif peuvent être consultés sur le site Internet du Conseil de l'Europe (www.coe.int).

Brèves

Global Prison Trends 2024 : un nombre record de détenus

Il n'y a jamais eu autant de personnes privées de liberté dans le monde (11,5 millions) ni de pays confrontés au problème de la surpopulation carcérale qu'en 2024. C'est ce que révèle le dernier rapport Global Prison Trends 2024 de l'ONG Penal Reform International (PRI). Depuis 2000, le nombre total de personnes incarcérées dans le monde a augmenté de 27%, ce qui est légèrement inférieur à la croissance démographique mondiale estimée sur la même période (31%). Parmi elles, environ un tiers se trouve en détention provisoire. A noter qu'il existe des différences considérables entre les continents et les régions : une hausse particulièrement marquée a été enregistrée en Amérique du Sud (+224%) et en Asie occidentale (+141%). En Amérique, le nombre de détenus a grimpé de 39%, en Asie de 43% et en Afrique de 53%. En Europe, en revanche, il a diminué de 26%, un chiffre qui reflète la forte baisse de la population carcérale en Russie (-59%), mais aussi en Europe centrale et de l'Est (-48%). Hormis la Russie, le nombre de détenus a connu une hausse de 12% en Europe. Le taux d'occupation national s'élève à 150%

dans 59 pays et il atteint même 300% environ dans huit pays. Onze pays européens, dont la Slovénie (133%), la France (123%) et la Croatie (113%), se disent par ailleurs confrontés au problème de la surpopulation carcérale. Un petit nombre de pays, parmi lesquels figurent les Pays-Bas et l'Estonie, ont signalé une baisse de la population carcérale.

Au niveau mondial, seuls 30% des systèmes nationaux fonctionnent dans les limites de leurs capacités officielles. Du fait de ces évolutions, les conditions de vie des détenus se sont nettement détériorées dans le monde au cours des vingt dernières années. Le personnel pâtit cependant, lui aussi, de cette situation, souffrant de stress et d'un manque de temps et de moyens. Dans leur rapport, les auteurs énumèrent les causes de la surpopulation carcérale et présentent des stratégies pour y remédier, comme par exemple le recours accru aux sanctions alternatives telles que la surveillance électronique, l'adoption de mesures ciblées de décriminalisation et la lutte contre les inégalités sociales. (CSCSP/nig)

Tribunal fédéral : Un détenu ne peut utiliser son compte d'affectation pour payer son avocat

Un détenu du canton de Berne condamné pour assassinat souhaitait utiliser l'argent de son compte d'affectation pour payer son avocat. Sa demande a été refusée par la justice bernoise, qui a estimé que ce n'était pas la vocation de ce compte. Il a alors déposé un recours devant le Tribunal fédéral, qui a confirmé en janvier 2025 la décision de la justice bernoise. Dans son arrêt, le Tribunal fédéral a rappelé les règles relatives à l'utilisation de la rémunération reçue par les détenus pour leur travail : ils ne peuvent disposer librement que d'une partie de celle-ci. Le compte d'affectation sert en premier lieu à

couvrir les dépenses personnelles lorsque le solde du compte libre est insuffisant. Il doit également permettre de payer les cotisations AVS/AI, les dépenses de santé, les demandes de remboursement des prestations d'aide accordées aux victimes et d'autres dépenses ciblées.

Le Code pénal fixe le cadre réglementaire applicable à la rémunération des détenus tandis que la législation cantonale en règle les détails. Le Tribunal fédéral estime que les règles fixées par la législation bernoise, qui s'applique dans le cas d'espèce, sont admissibles. Celles-ci prévoient trois comptes

– un compte libre, un compte d'affectation et un compte bloqué –, sur lesquels cette rémunération est versée sur la base d'une clé de répartition. Alors que le compte libre peut être utilisé pour couvrir les dépenses personnelles et les frais de procédure, l'utilisation du compte d'affectation est quant à elle réglementée, et le compte bloqué est en principe « intouchable », celui-ci devant servir à constituer un fonds de réserve dont le détenu disposera à sa libération et qui permettra de couvrir ses besoins vitaux durant la période qui suit immédiatement cette dernière. (nig)

Gouvernement argovien : Le théâtre en prison, une activité qui n'est pas absolument nécessaire mais qui a du sens

« Est-il nécessaire d'organiser des représentations théâtrales dans un établissement pénitentiaire ? Si oui, pourquoi ? » L'année dernière, le député UDC argovien Mario Gratwohl a posé plusieurs questions critiques concernant la pratique du théâtre dans l'établissement pénitentiaire de Lenzbourg. Le Conseil d'Etat vient de lui répondre : concernant les préoccupations en matière de sécurité exprimées par le député, le gouvernement a fait savoir que l'établissement examine tout risque éventuel. Il évalue pour chaque détenu intéressé, entre autres, son aptitude à travailler en équipe, la présence de maladies psychiques et son comportement en détention. Les détenus ayant reçu une évaluation positive passent ensuite un casting. En ce qui concerne la principale question de l'interpellation, à savoir s'il est nécessaire d'organiser des représentations théâtrales dans un établissement pénitentiaire, il a répondu : non, ce n'est pas nécessaire, mais si

l'on y renonçait, « l'offre de loisirs prescrite par la loi serait amputée d'une activité extrêmement utile à différents égards ». La pratique du théâtre contribue à promouvoir et à renforcer les compétences sociales, le respect, l'esprit critique, l'esprit d'équipe et la confiance en soi. « Il faut aussi une bonne dose de courage pour oser se présenter en tant que détenu devant des spectateurs. Tout cela participe à la resocialisation ». Ces représentations sont par ailleurs aussi l'une « des rares possibilités d'ouverture vers l'extérieur », ce qui permet de sensibiliser le public aux objectifs et au travail de l'exécution des peines. Le Conseil d'Etat a en outre précisé que le projet n'était pas financé par des fonds publics, indiquant dans sa réponse : « Le risque financier repose uniquement sur l'association « Ausbruch », dont le financement est assuré par la vente des billets, les dons et le soutien de l'Office fédéral de la culture. »

Le CSCSP lance un projet sur la prévention du suicide

En 2023, huit suicides ont eu lieu dans les prisons suisses. En 2022, on en comptait même treize. Chaque suicide ou tentative de suicide est un moment éprouvant pour les proches et les professionnels concernés. Le projet de prévention du suicide mené actuellement par le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP) s'intéresse aux besoins du personnel pénitentiaire. Il vise à obtenir une vue d'ensemble plus complète du traitement du suicide et de la suicidalité dans la recherche et la pratique. Ce projet se base à la fois sur un sondage réalisé auprès des participants à la formation de base proposée par le CSCSP et sur des entretiens structurés menés avec des professionnels des établissements pénitentiaires ainsi que des services de probation. Les contenus et les offres de formation seront adaptés sur la base des résultats obtenus.



Photo : Peter Schulthess, 2024

ZH : Le conseil en vue du retour fait ses preuves

Le service de conseil destiné aux délinquants étrangers qui doivent ou souhaitent quitter la Suisse après avoir purgé leur peine a fait ses preuves dans le canton de Zurich. Ce dernier entend donc pérenniser le projet pilote « Conseil en vue du retour dans l'exécution des sanctions pénales » à partir de 2026. L'objectif est d'aider les personnes concernées à réussir à démarrer leur nouvelle vie dans leur pays d'origine et à ne pas commettre de nouvelles infractions. Du lancement du projet en 2023 jusqu'à fin 2024, 309 délinquants ont bénéficié de ce service, avec un total de 545 entretiens réalisés.

BE : Des places de détention supplémentaires à la prison de Berthoud



Photo : Peter Schulthess, 2013

Une nouvelle section dotée de 40 places destinées à l'exécution des courtes peines privatives de liberté a été mise en service dans la prison régionale de Berthoud, qui accueille en temps normal quelque 110 détenus en moyenne. Afin de faire face à l'augmentation des peines privatives de liberté de substitution, le canton a fait transformer des locaux de travail en cellules pouvant accueillir 40 personnes. Le gouvernement souhaitait, au départ, installer des conteneurs pour créer des places de détention supplémentaires, mais le Grand Conseil a rejeté le crédit de 5,6 millions de francs qui était nécessaire.

SG : La prison régionale mise sur une codirection

Le canton de Saint-Gall mise pour la première fois sur une codirection dans le secteur pénitentiaire. La Chancellerie d'Etat a indiqué que cette solution vise à répondre aux exigences croissantes et à l'extension de la prison régionale d'Altstätten, dont la capacité d'accueil doit passer de 45 à 126 places d'ici à 2028. Depuis le 1^{er} avril, Silvio Fausch, qui dirigeait jusque-là l'établissement seul, et Monika Haaf, qui était son adjointe, en assurent la codirection. Silvio Fausch est responsable des affaires extérieures tandis que Monika Haaf s'occupe de la direction interne.



SG : Un nouveau directeur à la tête de l'établissement pénitentiaire de Saxerriet



L'établissement pénitentiaire de Saxerriet à Sennwald est désormais dirigé par Michael Heuberger. Cet homme de 46 ans succède à Barbara Looser Kägi, qui est devenue la nouvelle cheffe de l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Saint-Gall au début février. Avant cette nomination, il était à la tête du service social du réseau hospitalier d'Appenzell Rhodes-Extérieures depuis 2021. Selon le communiqué du Département saint-gallois de la sécurité et de la justice, il dispose « d'une solide formation académique en travail social, en gestion des prestations sociales ainsi qu'en conseil en organisation et en développement de l'organisation ». Ses diverses expériences au sein du service social, du service des curatelles professionnelles, de la fondation Suchthilfe et du centre de conseils pour les familles lui ont permis de se familiariser avec différents aspects de l'exécution des sanctions pénales.

Une nouvelle plate-forme pour renforcer les droits de l'enfant



En Suisse, les droits de l'enfant sont ancrés dans la loi, mais leur mise en œuvre est complexe. La nouvelle plate-forme en ligne kidlex.ch vise à faciliter leur mise en application dans le domaine de l'accompagnement professionnel. Le projet a été initié par Youvita, l'association de branche des prestataires de services pour les enfants et les jeunes. La plate-forme met à disposition des bases théoriques, des outils pratiques et un chatbot qui répond aux problématiques individuelles en lien avec les droits de l'enfant. Avec cette offre, kidlex s'adresse aux professionnels et aux organisations œuvrant dans le domaine de l'accompagnement des enfants et des jeunes ainsi qu'aux institutions de formation initiale et continue. Il est prévu que la plate-forme soit développée à long terme afin d'intégrer d'autres groupes professionnels comme les enseignants ou les membres de la police. Le projet a été financé par Youvita dans le cadre du crédit « droits de l'enfant » de l'Office fédéral des assurances sociales (OFAS). www.kidlex.ch

TI : Deux nouveaux établissements d'éducation pour mineurs

Dans les années à venir, deux établissements d'éducation pour mineurs seront construits dans le canton du Tessin : l'un fermé à Arbedo-Castione et l'autre ouvert à Lugano. Les travaux ont déjà débuté dans le quartier de Molino Nuovo à Lugano. Le bâtiment de sept étages pourra à l'avenir accueillir 47 jeunes confrontés à des situations familiales difficiles, dont 35 dans le cadre d'une prise en charge institutionnelle et 12 dans le cadre d'un accueil de jour. L'établissement fermé

« La Clessidra » à Arbedo-Castione est, quant à lui, encore en phase de conception. L'Office fédéral de la justice a validé son concept pédagogique au mois de mars. Il devrait ainsi disposer de dix places pour différents types de placements en milieu fermé. La nécessité de cet établissement dans le canton du Tessin est largement reconnue car, sans lui, les enfants et adolescents concernés seraient contraints d'être placés dans d'autres cantons ou régions linguistiques.

ZH : Pöschwies placé sous la protection des monuments

L'établissement pénitentiaire de Pöschwies, situé à Regensdorf, bénéficie d'une protection élargie de la part du canton de Zurich. Des éléments architecturaux importants, dont l'impressionnante porte d'entrée et le patrimoine bâti, figurent désormais dans l'inventaire de protection du canton. Cette mesure vise à préserver le patrimoine culturel. Les projets de construction d'une clôture de protection supplémentaire et d'une nouvelle zone d'entrée ne seront pas affectés

par cette mise sous protection. La décision de protection précise quelles modifications architecturales sont possibles. Ainsi, le nouveau bâtiment d'accueil, qui comportera des entrées distinctes pour les visiteurs, le personnel et les détenus, ainsi que des salles de réunion, des salles dédiées aux interventions de crise et une salle de jeux, ne sera pas construit au niveau de l'actuelle entrée principale, mais à côté.



**NE : Natalia Delgrande nommée
à la tête du service pénitentiaire**

Le Conseil d'Etat du canton de Neuchâtel a annoncé en février 2025 la désignation de Natalia Delgrande au poste de cheffe du service pénitentiaire (SPNE). Elle succède à Christian Clerici, qui deviendra secrétaire général de la Conférence latine des chefs des départements de justice et police (CLDJP) à l'automne. Âgée de 43 ans, elle dispose de près de vingt ans d'expérience professionnelle dans les domaines de la criminologie et de l'exécution des sanctions pénales. Diplômée en histoire et en psychopédagogie, elle est également titulaire d'un diplôme d'études supérieures spécialisées (DESS) en criminologie de l'Université de Lausanne, où elle a été responsable de recherche et chargée de cours à l'Ecole des sciences criminelles. Elle a rejoint le SPNE en 2023 en qualité de cheffe de service adjointe.

**SG : Barbara Looser Kägi,
nouvelle cheffe de l'Office de
l'exécution judiciaire**

L'Office de l'exécution judiciaire du canton de Saint-Gall est dirigé depuis le 1^{er} février 2025 par Barbara Looser Kägi. Cette juriste de 53 ans succède à Barbara Reifler, qui a rejoint la police cantonale de Saint-Gall fin 2024. Elle travaille depuis environ 21 ans pour le Département de la sécurité et de la justice du canton et peut se targuer d'un « riche parcours » en tant que juriste titulaire d'un brevet d'avocate et d'un master en criminologie, comme l'indique la chancellerie d'Etat dans un communiqué. Elle maîtrise parfaitement ce qui touche à la conduite stratégique et opérationnelle de l'Office de l'exécution judiciaire et est parfaitement familiarisée avec les tâches de direction grâce à ses précédentes expériences.

**ZH : Barbara Gisler,
nouvelle directrice de la
prison de Zurich-Ouest**

Barbara Gisler a pris ses fonctions de directrice de la prison de Zurich-Ouest (GZW) en mars 2025, mettant fin à la direction par intérim qui était assurée jusque-là. Elle jouit d'une quinzaine d'années d'expérience de conduite et travaille depuis 2017 à la direction d'institutions qui accueillent des personnes ayant des difficultés de développement et d'intégration psychiques ou physiques. Elle était auparavant directrice adjointe d'un réseau d'entreprises formatrices. Barbara Gisler est pédagogue, formatrice et experte aux examens. Elle a suivi diverses formations continues et est titulaire d'un master en gestion de la formation.

ZH : Dalibor Radovanovic prend la direction de la prison de Zurich

Dalibor Radovanovic a pris ses fonctions de directeur de la prison de Zurich le 1^{er} juin 2025. Il travaille depuis 2015 dans le milieu carcéral, ayant en dernier lieu occupé le poste de directeur adjoint de cet établissement. Il connaît donc très bien la détention provisoire, mais aussi la prison de Zurich. En plus de la formation de base de deux ans dispensée par le CSCSP, Dalibor Radovanovic a obtenu deux CAS dans le domaine du leadership à la Haute école des sciences appliquées de Zurich (ZHAW) et suivi la formation sur la sécurité personnelle proposée par l'Institut suisse de police (ISP), où il est reconnu comme formateur.



NE : Alice Bucher, nouvelle directrice de l'établissement de détention « La Promenade »



Alice Bucher est la nouvelle directrice de l'établissement de détention « La Promenade » à La Chaux-de-Fonds, qui dispose de 112 places. Agée de 38 ans et domiciliée dans le canton, elle est diplômée en sciences politiques et en droit des migrations. En tant que codirectrice du centre fédéral pour requérants d'asile de Boudry, dont elle était la référente pour les questions en matière de sécurité et de séjour, elle a collaboré avec plusieurs intervenants du canton de Neuchâtel, dont le service pénitentiaire (SPNE). Elle a ensuite été employée auprès de l'état-major de la Région Suisse romande au sein du Secrétariat d'Etat aux migrations (SEM). Elle succède à Nicolas Turtschi.

ZH : Sascha Schillo de retour à Pfäffikon en tant que directeur

Sascha Schillo a pris le 1^{er} juin 2025 la direction de la prison de Pfäffikon (GPF), qui est en rénovation depuis décembre 2023 et rouvrira début 2026. Cet établissement assure l'exécution de la détention provisoire classique, mais dispose aussi d'une section de sécurité pour toutes les formes de détention. Sascha Schillo, qui dirigeait auparavant la prison de Zurich, connaît parfaitement la prison de Pfäffikon pour y avoir travaillé entre 2018 et 2023. Il y a notamment exercé la fonction de directeur adjoint et a participé à la réorganisation de la section de sécurité ainsi qu'à la mise en place de l'exécution en groupe. Il a par ailleurs suivi des formations dans les domaines des services de sécurité et de la logistique ainsi que de nombreuses formations continues dans les domaines de la direction, du travail dans un contexte de contrainte et de la psychologie.



Manifestations

Colloque « Le droit des mesures hors de contrôle ? »

Selon l'Office fédéral de la statistique (OFS), le nombre de personnes faisant l'objet d'une mesure thérapeutique institutionnelle pour le traitement de leurs troubles mentaux a été multiplié par cinq environ au cours des vingt dernières années. Les chiffres sont certainement encore plus élevés en réalité, car l'OFS ne prend en compte que les institutions reconnues par l'Etat et non les établissements privés, qui ont gagné en importance ces dernières années dans l'exécution des mesures au sens de l'art. 59 CP. Lors du colloque « Massnahmenrecht ausser Kontrolle ? » (« Le droit des mesures hors de contrôle ? »), la question de savoir comment expliquer ou évaluer cette augmentation sera abordée. Il s'agira également de savoir si nous disposons en Suisse d'un nombre suffisant de places de détention adaptées et de définir les critères d'une place adaptée. Il sera également intéressant de comparer les traitements proposés dans le cadre médico-légal et dans le cadre civil. Outre la recherche d'explications et d'interprétations, ce colloque aura surtout pour objectif de permettre à des acteurs issus de différentes disciplines d'engager le dialogue afin d'amorcer un renversement de tendance durable. Le colloque est organisé par le groupe de travail « Reform Strafwesen » (« Réforme du système pénal »).

Date : 10 septembre 2025, 9 h 15 à 17 h,

Lieu : Paulusakademie, Pfingstweidstrasse 28, Zurich.

www.paulusakademie.ch

Travail et occupation dans le système pénitentiaire

Le huitième Forum de la détention et de la probation sera dédié au travail et à son importance dans le système pénitentiaire. Dans une première partie, les conférenciers expliqueront en quoi il est important, pour les personnes condamnées, d'avoir un travail et une occupation, tout en soulignant quel est le rôle de ce travail en exécution des sanctions dans la perspective d'une réinsertion réussie. La deuxième partie sera consacrée au système pénitentiaire en tant qu'employeur. Elle permettra de discuter des occasions et défis de ce domaine multiprofessionnel. Cet événement, qui se déroulera sur deux jours, est organisé par le Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales (CSCSP).

Organisateur : Centre suisse de compétences en matière d'exécution des sanctions pénales

Date : 19 et 20 novembre 2025

Lieu : Eventfabrik, Berne

Pour en savoir plus : www.skjv.ch

Publications



Daniel Fink, André Kuhn, Joëlle Vouille (Ed.)

« Criminologie en Suisse – Histoire, état, avenir »

Maison d'édition Helbing Lichtenhahn

ISBN 978-3-7190-4869-3

A l'occasion de ses 50 ans d'existence, le Groupe suisse de criminologie (GSC) a publié un volume anniversaire sur la criminologie en Suisse. Ce livre a pour objectif de contribuer à l'analyse de la criminologie en Suisse en tant que discipline scientifique, domaine de recherche et discipline d'enseignement.

Il comprend 21 contributions commandées par le GSC ou reçues à la suite d'un appel à contributions. Une première partie du projet a été publiée en ligne au printemps 2024 ; la publication est parue sous forme de livre en décembre 2024.



Ahmed Ajil, Daniel Fink, Jörg Arnold, Françoise Genillod (Ed.)

« Que vaut la justice pénale ? »

Maison d'édition Helbing Lichtenhahn

ISBN 978-3-7190-4883-9

En janvier 2025, le Groupe suisse de criminologie (GSC) a publié un recueil d'articles intéressants autour de la question suivante : « Que vaut la justice pénale ? ». A la croisée de la pratique et de la recherche, cet ouvrage traite de différents sujets, tels que le prix des expertises psychiatriques, les peines priva-

tives de liberté de substitution, la néolibéralisation de la sécurité, les ressources limitées de la police, la décroissance carcérale ou encore l'endettement comme obstacle à la réinsertion.



Louise Hauptmann

La relation parent-enfant à l'épreuve de la privation de liberté

Edition Helbing Lichtenhahn

ISBN 978-3-7190-4898-3

Cet ouvrage analyse le rôle que le droit accorde à la relation entre une personne prévenue ou condamnée pénalement et son enfant, lors du prononcé ou de l'exécution d'une privation de liberté. Présentant le droit international, fédéral et vaudois, l'autrice questionne l'effectivité des droits fondamentaux

des personnes concernées, en particulier le droit au respect de la vie familiale et les droits de l'enfant, ainsi que les enjeux d'égalité des sexes et des genres. Un état des lieux des pratiques dans les prisons vaudoises complète cette présentation du droit positif.

Un mur comme Horizon

Une artiste photographe questionne l'impact et la justification des courtes peines de prison à travers une œuvre

Dans le cadre de l'Enquête photographique neuchâteloise, j'ai obtenu l'autorisation de franchir les murs de l'Etablissement de détention La Promenade (EDPR) à La Chaux-de-Fonds. A travers des entretiens avec des expert.e.s suisses de la détention et des personnes incarcérées, elles-mêmes co-autrices des photographies, ce projet met en lumière la nécessité de repenser les courtes peines qui touchent de manière disproportionnée, les personnes en situation de précarité et de vulnérabilité.

Laurence Rasti



La photographe suisse d'origine iranienne Laurence Rasti était lauréate de l'Enquête photographique neuchâteloise 2024, organisée par l'Association pour la promotion de la photographie dans le canton de Neuchâtel. Elle a mené un projet dans l'Etablissement de détention La Promenade à La Chaux-de-Fonds (EDPR), dont des œuvres réalisées en collaboration avec des personnes détenues. Le livre « Un mur comme horizon » a été publié aux Editions Scheidegger & Spiess, 2024 regroupant le travail photographique ainsi que les contributions écrites de Luca Gnaedinger et Federica Martini. L'exposition s'est tenue d'octobre 2024 à mars 2025 au Musée des Beaux-Arts du Locle.

Avant d'entamer ce travail, je n'avais pas de position claire sur les questions carcérales ou abolitionnistes. La prison m'intéressait depuis un certain temps, notamment après mon précédent projet pour l'Enquête photographique genevoise sur la criminalisation du séjour irrégulier.

Au fil de mes lectures sur le sujet, de l'examen des dossiers d'anciennes personnes détenues, de l'attention portée à leur parcours et à leur situation personnelle, ainsi qu'à travers nos échanges, je ne m'attendais pas à être confrontée à une telle accumulation d'inégalités et de discriminations. Ce fut une expérience bouleversante, tant par ce que je découvrais que par la manière dont cela venait interroger ma position d'artiste et la place que j'occupais dans ce projet. J'en suis ressortie avec la conviction que, tant que le système pénal, notamment les courtes peines, ne sera pas profondément repensé en amont, il continuera à reproduire des injustices plutôt qu'à les réparer.

En effet, une personne qui vole pour se nourrir et qui est punie pour ce délit, continuera à voler à sa sortie, sa précarité ne faisant que s'aggraver après l'incarcération. La prison agit avant tout comme un outil de désinsertion. De même, une personne en situation irrégulière sera encore plus stigmatisée en raison d'un casier judiciaire, avec pour seule perspective une expulsion ou, en cas d'impossibilité de renvoi, une aide d'urgence de CHF 250.- par mois pour survivre.

En me concentrant sur ces courtes peines, qui représentent 75% des détentions en Suisse, je me suis interrogée sur leur véritable utilité, si ce n'est celle de punir certaines personnes et d'en épargner d'autres, les plus riches.

Pas de perspective d'avenir à la sortie

Un des enjeux d'un travail artistique est de rendre visible ce que l'on découvre, ce que l'on récolte. J'ai donc voulu donner une place aux personnes directement concernées, vu que

leur perspective n'est que rarement intégrée dans les discours publics.

Après plusieurs mois de recherches et d'observation dans la partie administrative de l'EDPR, j'ai pu rencontrer huit personnes détenues à qui j'ai proposé de devenir co-autrices du travail, notamment via la prise de photographies à l'aide d'un sténopé (une boîte en carton munie d'un papier photosensible et d'un simple trou).

Ces personnes m'ont très vite confié que l'entente entre les personnes détenues, les agent.e.s et la direction était plutôt correcte. L'EDPR est un établissement où les conditions de séjour et de vie sont moins mauvaises que dans d'autres cantons, où la surpopulation carcérale entraîne des conditions de vie très détériorées.

C'était en quelque sorte grâce aux dispositions de l'EDPR que nous avons pu parler d'autre chose, ne pas aborder uniquement la gestion du quotidien, mais évoquer ce que représente l'incarcération, les limites de la prison, ce qu'elle apporte, détruit et génère comme inégalités. La façon dont elle a profondément impacté la vie des personnes détenues sans leur offrir une perspective d'avenir à la sortie, voire en les privant de toute perspective. C'était un très dur constat. Finalement, on n'a pas tant parlé de l'EDPR, mais la prison est devenue un espace pour parler des prisons de manière générale.

Ces peines servent-elles à la réinsertion ?

J'ai choisi de mener un travail sur les courtes peines, car les longues peines concernent souvent d'autres types d'infractions. Il y a souvent des victimes impliquées dont la parole devient importante à intégrer. Ce sujet demande donc un autre type de traitement. Le temps du projet ne me permettait pas d'aborder ces questions et d'investiguer des problèmes bien plus larges, comme le traitement judiciaire des violences de genre.

Travailler sur les courtes peines me permettait aussi de questionner si ce type de détention remplit la fonction de la réinser-



Sur cette photo, on aperçoit le secteur extérieur de l'établissement de détention La Promenade, à La Chaux-de-Fonds (EDPR), où l'artiste Laurence Rasti a réalisé son projet « Un mur comme horizon » en 2024. Photo : Laurence Rasti

Des citations gravées dans du béton

Le sujet de la collaboration dans l'art est très actuel afin de repenser les dynamiques de pouvoir et d'éthique qu'il peut y avoir entre l'auteur.trice et les protagonistes. Il existe différentes possibilités de co-création ou co-autorat. Dans mon précédent projet, *Venuses*, qui traite des questions de féminité et d'identité, j'ai considéré que les deux personnes que j'ai photographiées étaient également les autrices du projet, car sans elles, le projet n'existerait pas. Elles sont donc aussi détentrices des droits. Dans d'autres projets, je rémunère le temps de travail des personnes qui y participent.

Dans le cadre de la prison, cela s'est avéré plus compliqué. D'une part, car l'anonymat devait être préservé, donc les personnes détenues ne pouvaient pas vraiment être considérées comme co-autrices. Il y a donc une mise en évidence de cette inégalité dans l'énumération des auteur.trice.s. D'autre part, leur rémunération posait des problèmes d'égalité au sein de la prison ainsi qu'entre les personnes détenues. J'ai donc donné une somme équivalente à leur contribution à des associations qui aident les personnes détenues qui sont sans ressources et sans aide extérieure.

Si le travail comprend la mise en valeur des éléments réalisés par les personnes elles-mêmes, depuis l'intérieur de la prison, il a fallu trouver d'autres formes visuelles pour le reste. J'ai décidé dès lors de me concentrer sur tout ce qui était extérieur aux cellules, aux parties administratives, à la cantine ou à l'architecture.

La scénographie présentée au Musée des Beaux-Arts du Locle s'articule autour de deux éléments importants : la mise en valeur du travail réalisé par les personnes détenues depuis l'intérieur des murs de la prison, à travers une installation de sténopés et de cyanotypes qu'elles ont créés et une autre partie avec mes images et les éléments documentaires que j'ai recueillis. En entrant dans la salle, on se trouvait directement confronté

tion des personnes dans la société, comme le prévoit l'article 75 du Code pénal suisse. Et si ces quelques mois d'emprisonnement ont réellement un effet positif pour la société. J'ai donc choisi de m'intéresser et de collaborer avec des personnes qui étaient en exécution de courtes peines, ou en exécution anticipée de peines, notamment en raison d'infractions contre le patrimoine, de la rupture de ban, de violations des lois sur les étranger.ère.s. et l'intégration ou de

celles sur les stupéfiants. Le constat est clair, ces types de peines concernent une très large majorité de personnes précaires en raison de leur situation financière et/ou de leur statut de séjour. Des personnes dont plus de la moitié ne peuvent pas payer les amendes ou les peines pécuniaires et qui voient leur sanction convertie en privation de liberté. On peut se poser la question de la sévérité de la punition pour ce type d'infractions et de l'utilité de ces sanctions pour le bien-être collectif.

à un premier mur, qui était l'une des quatre faces d'une cellule en béton de 10 m², taille moyenne des cellules individuelles de la prison. Sur ses murs extérieurs, les visiteurs pouvaient lire des citations recueillies lors des entretiens que j'ai gravées dans du béton. En référence au graffiti carcéral, ces mots donnent une place aux paroles des personnes, dont l'expertise est indispensable et complémentaire à l'académie ou aux discours politiques. Portant principalement sur des questions relatives à l'emprisonnement et à ses conséquences, j'espère qu'elles pourront faire émerger des questionnements sur l'impact réel des peines, hormis celui de punir des personnes pauvres.

Si l'on souhaite réfléchir à des alternatives au système de sanction actuel, qui me paraît inadapté, il faudrait envisager une justice transformative, qui prenne en compte le contexte dans lequel ces infractions ont été commises, analyse les violences systémiques, et tienne compte du rapport de domination hérité d'une histoire coloniale, ou encore de la culture du viol, par exemple. Ce n'est pas pour déresponsabiliser les personnes condamnées pour avoir commis ces délits, je sais qu'on va me le reprocher, mais de nombreuses recherches montrent qu'il pourrait y avoir d'autres réponses à ces problèmes sociaux, sans passer par l'emprisonnement, qui dans le cas de courtes peines, non seulement ne conduisent pas à la réinsertion des personnes dans la société mais sont, et cela a été prouvé, pour les marginaliser et les précariser encore davantage.



Ces deux clichés ont été pris à l'aide d'un sténopé (boîte en carton percée d'un simple trou, dans laquelle on a disposé un papier photosensible) par des détenus à l'intérieur de l'Etablissement de détention La Promenade, à La Chaux-de-Fonds.

« Nombreux sont ceux qui pensent que des peines plus sévères empêchent la délinquance. D'après mon expérience, ce n'est pas le cas chez les criminels qui présentent des traits de personnalité associés à un risque. Ces individus n'apprennent pas à modifier leur comportement, mais uniquement à ne pas se faire attraper. Il est en revanche établi que des mesures qui favorisent une véritable réflexion sur le comportement personnel durant la détention sont utiles. »

Frank Urbaniok, psychiatre forensique, Kirchenbote du 1.4.2025, canton de Schaffhouse

Impressum

Editeur : Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, Ronald Gramigna (ronald.gramigna@bj.admin.ch)

Rédaction : Nicola Gattlen (nicola.gattlen@bj.admin.ch), Kaspar Meuli (kaspar.meuli@bj.admin.ch)

Collaboration rédactionnelle : Reto Liniger, Folco Galli, Giorgia Pancaldi, Patricia Meylan, Patricia Michaud

Traduction : Raffaella Marra, Evelyne Carrel

Administration et logistique : Marie-Lys Erard (marie-lys.erard@bj.admin.ch)

Mise en page, impression et distribution : Produktion Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL)

Commandes, questions et changements d'adresse :

Office fédéral de la justice, Unité Exécution des peines et mesures, CH-3003 Berne; +41 58 462 41 46, marie-lys.erard@bj.admin.ch

Version Internet : www.prison-info.ch

Copyright / Reproduction : © Office fédéral de la justice (Reproduction autorisée moyennant l'indication de la source et l'envoi d'un justificatif.)

51^{ème} année, 2025 / ISSN 2571-5119



La fondation Felber organise, sur mandat de l'Office de l'exécution judiciaire du canton de Berne, environ un tiers des prestations de travail d'intérêt général effectuées chaque année dans le canton. L'une d'elles consiste, par exemple, à conditionner du café dans son atelier de torréfaction. Photo : Peter Schulthess, 2025

#prison-info

Dernière page

Coup d'œil au-delà des frontières : La prison de Nuuk, située au Groenland et dont la construction a coûté 50 millions d'euros, est en service depuis 2019. Avec ses pièces inondées de lumière, sa vue imprenable sur le fjord Nuup Kangerlua, ses peintures accrochées aux murs et son architecture épurée, son aile de sécurité a des allures d'hôtel design, reflétant ainsi la philosophie de l'établissement, qui entend traiter chaque personne dans le respect et la dignité.

Photo : Adam Mørk, cabinet d'architectes Friis et Moltke.

